D 7735 C

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Nr. 31
9. Jahrgang

Wochenzeitung · Erscheint freitags
Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Druckort Frankfurt

31. Juli 1981
Preis 1 DM



Gewerkschaften am Scheideweg

Ob die Krise der SPD zu einer Krise der Arbeiterbewegung wird, hängt von der Entwicklung der Gewerkschaften ab.

Von Bernhard Peters

Es werde grausam werden, soll Bundeskanzler Schmidt nach dem Weltwirtschaftsgipfel über die bevorstehenden Haushaltsberatungen gesagt haben. Grausam wird es nicht zuletzt für die SPD. Bei den Verhandlungen geht es vor allem darum, wie die Lasten unter verschiedenen Teilen der Lohnabhängigen (die Empfänger von Arbeitslosengeld und Rente eingeschlossen) und Teilen der Mittelklassen, vor allem den Bauern, zu verteilen sind. Dabei sind wahltaktische Gesichtspunkte der Parteien ebenso von Bedeutung wie ihr Bestreben, die Belastungen so zu dosieren und zu verteilen, daß geschlossener Widerstand der Betroffenen vermieden wird. Das mag auch gelingen. Gefördert wird dadurch Spaltung und Entsolidarisierung. Eine konservative oder liberale Standardkritik am ,,Wohlfahrtsstaat" lautet, es würden ,,jene Gruppen besonders üppig bedient, die am lautesten brüllten und am massivsten drohten; für andere, wie etwa die psychisch Kranken oder die Kleinstrentner, galten solche humanitären Begründungen nicht" (Spiegel). Die Politik der SPD, die bloße Verwaltung der Mängel des Kapitalismus ohne jedes positive Konzept, muß genau solche Reaktionen fördern. Aus der angebli-

wirtschaftsgipfel über die bevorstehenden Haushaltsberatungen gesagt haben. Grausam wird es nicht zuletzt für die SPD. Bei den Verhandlungen geht es vor allem darum, wie die Lasten unter verschiedenen Teilen der Lohnabhängigen (die Empfänger von Arbeitslosengeld und Rente eingeschlossen) und Teilen der Mittelklassen, vor allem den Bauern, zu verteilen sind. Dabei sind wahltaktische Gesichtspunkte der Parteien ebenso von Bedeutung wie ihr Bestreben, die Belastungen so zu dosieren und zu verteilen, daß geschlossener Widerstand der Betroffenen vermieden wird. Das mag auch gelingen. Gefördert wird dadurch Spaltung und Entsolidarisierung. Eine konservative oder liberale Standardkritik am ,,Wohlfahrtsstaat" lautet, es würden ,,jene Gruppen besonders üppig bedient, die am lautesten brüllten und am massivsten drohten; für andere, wie etwa die psychisch Kranken oder die Kleinstrentner, galten solche humanitären Begründungen nicht" (Spiegel). Die Politik der SPD, die bloße Verwaltung der Mängel des Kapitalismus ohne jedes positive Konzept, muß genau solche Reaktionen fördern. Aus der angebli-

chen ,,gerechten Verteilung der Lasten" wird dann das Prinzip ,,Rette sich, wer kann". Welche Antwort hat denn die SPD auf die Frage, zu welchem Zweck, für welche Zukunft die geforderten Opfer erbracht werden sollen?

Im Prinzip dieselbe, die von den konservativen Parteien überall in der kapitalistischen Welt gepredigt wird: Verbessern wir die Investitionsbedingungen des Kapitals, und die Mechanismen von Markt und Profit werden einen neuen Aufschwung herbeiführen und damit wieder sozialen Fortschritt ermöglichen. Wer daran glaubt, warum sollte der nicht gleich zur CDU gehen? Die politische Basis der SPD muß sich zersetzen. Darin liegt eine Gefahr. Zwar mögen die Alternativ- und Protestbewegungen weiter wachsen. Aber es ist nicht ausgeschlossen, daß die Schwächung der SPD zugleich die konservativen Kräfte stärkt und nicht nur zu einer Regierungsübernahme der CDU/CSU auf dem Wege des Koalitionswechsels der FDP führt, sondern auch zu einer Verstärkung ihres Anhangs durch Kräfte, die vom SPD-Staat enttäuscht sind. In- und ausländische Beispiele aus den letzten Jahren gibt es ja. In Westberlin hat schließlich *auch* die CDU gewonnen.

Sucht man nach einer Alternative zu dieser Entwicklung, kann man an einer wichtigen Tatsache nicht vorbeigehen: der veränderten politischen Rolle der Gewerkschaften, die mit einer *eigenen* Politik auf den Plan treten. Nie seit der Regierungsübernahme durch die SPD 1969 waren die Widersprüche zwischen Regierung und Gewerkschaft so groß, nie seit Bestehen der Bundesrepublik haben sich so deutlich Risse zwischen SPD und Gewerkschaften aufgetan. Die sozialdemokratische Vorherrschaft in den Gewerkschaften ist keineswegs beseitigt, aber es ist in vieler Hinsicht bereits eine *andere* sozialdemokratische Politik, die da vertreten wird. In der Mitbestimmungsfrage, in den gegenwärtigen Auseinandersetzungen um die Wirtschafts- und Sozialpolitik sind die DGB-Gewerkschaften darauf gestoßen, daß die politische Einflußnahme über die SPD fragwürdig und ein eigenständiges Auftreten erforderlich wird. Äußerungen über die Möglichkeit politischer Streiks sind nicht mehr tabu. Industrielle Entwicklung um jeden Preis wird längst nicht mehr vertreten. Das neue Grundsatzprogramm des DGB und sein sozialpolitisches Programm fordern eine Wirtschaftsentwicklung, die nicht nur soziale Sicherheit und Vollbeschäftigung ermöglicht, sondern auch eine andere Qualität des Lebens und Arbeitens. Bastionen der Regierungspolitik in den Gewerkschaften, etwa im Hinblick auf die Energiepolitik und die Außen- und Militärpolitik, sind zumindest umkämpft.

Die westdeutschen Einheitsgewerkschaften haben gegen die Versuche, die Lasten der krisenhaften kapitalistischen Produktion vor allem auf die schwächeren Teile der Klasse abzuwälzen, bisher – verglichen mit anderen kapitalistischen Ländern – *relativ* erfolgreich Widerstand geleistet. Gegenwärtig wehren sie sich gegen weitere Eingriffe in das Sozialversicherungssy-

schaften darauf gestoßen, daß die politische Einflußnahme über die SPD fragwürdig und ein eigenständiges Auftreten erforderlich wird. Äußerungen über die Möglichkeit politischer Streiks sind nicht mehr tabu. Industrielle Entwicklung um jeden Preis wird längst nicht mehr vertreten. Das neue Grundsatzprogramm des DGB und sein sozialpolitisches Programm fordern eine Wirtschaftsentwicklung, die nicht nur soziale Sicherheit und Vollbeschäftigung ermöglicht, sondern auch eine andere Qualität des Lebens und Arbeitens. Bastionen der Regierungspolitik in den Gewerkschaften, etwa im Hinblick auf die Energiepolitik und die Außen- und Militärpolitik, sind zumindest umkämpft.

Die westdeutschen Einheitsgewerkschaften haben gegen die Versuche, die Lasten der krisenhaften kapitalistischen Produktion vor allem auf die schwächeren Teile der Klasse abzuwälzen, bisher – verglichen mit anderen kapitalistischen Ländern – *relativ* erfolgreich Widerstand geleistet. Gegenwärtig wehren sie sich gegen weitere Eingriffe in das Sozialversicherungssy-

stem. Es ist nicht unbedingt ein Ablenken von diesem Kampf, wenn der DGB die Notwendigkeit wirtschaftspolitischer Maßnahmen zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit hervorhebt. Die demoralisierenden Folgen der Arbeitslosigkeit werden auch durch die beste Versicherung nicht völlig verhütet. Die bloß defensive Verteidigung eines Systems sozialer Sicherungen, ja die ganze gewerkschaftliche Interessenvertretung wird ungeheuer schwierig, wenn die Krisenerscheinungen andauern und Massenarbeitslosigkeit anhält. Wollen die Gewerkschaften dem entgehen, sind sie mit Notwendigkeit darauf gestoßen, Eingriffe in die Freiheit des Kapitals nicht nur im Hinblick auf die Arbeitsbedingungen und die Arbeitszeit der Lohnabhängigen, sondern auch im Hinblick auf Investitionen und damit die Planung der Produktion zu fordern. Die Vorstellungen der DGB-Gewerkschaften gehen gegenwärtig noch kaum über die Konzepte staatlicher Investitionen und staatlicher Investitionsförderung im Rahmen der ,,freien Marktwirtschaft" hinaus. Obwohl die offiziellen Ideologien über Sozialpartnerschaft und soziale Marktwirtschaft erschüttert sind, sind die Gewerkschaften noch nicht über ihren Schatten gesprungen, und die Widerstände dagegen sind sicher nicht gering. Aber nichts führt daran vorbei, daß die Politik der Gewerkschaften der Schlüssel ist, um auch auf Ebene der Regierung eine Verschiebung der Kräfteverhältnisse nach links zu erreichen. Dazu gehört – gleich wie sich die übrigen politischen Kräfte entwickeln – eine entsprechende Linksentwicklung in der SPD. Auch die wird eher von den Gewerkschaften ausgehen als umgekehrt.



Israelische Panzer und Artillerie beim Beschießen südlibanesischer Dörfer. Der Vertreter der PLO in Bonn, Frangi, hat zu einer Spendensammlung für die Opfer der israelischen Angriffe aufgerufen (s. Seite 7).

Trotz Waffenstillstand neue Kriegsdrohungen Israels

lup. Kaum hatte der amerikanische Unterhändler Habib den formell zwischen der libanesischen und der israelischen Regierung vereinbarten Waffenstillstand verkündet, ließ Israels Ministerpräsident Begin seinen Pressespre-

der PLO zu weitgehende Zugeständnisse gemacht zu haben.

Tatsächlich scheint Begin mit seinen Angriffen auf den Libanon zu weit vorgeprescht zu sein. So weit, daß ihn schließlich die USA unüberhörbar zu-



Israelische Panzer und Artillerie beim Beschießen südlibanesischer Dörfer. Der Vertreter der PLO in Bonn, Frangi, hat zu einer Spendensammlung für die Opfer der israelischen Angriffe aufgerufen (s. Seite 7).

Trotz Waffenstillstand neue Kriegsdrohungen Israels

lup. Kaum hatte der amerikanische Unterhändler Habib den formell zwischen der libanesischen und der israelischen Regierung vereinbarten Waffenstillstand verkündet, ließ Israels Ministerpräsident Begin seinen Pressespre-

cher Uri Porat Erklärungen abgeben, denen zufolge der Waffenstillstand entweder einer bedingungslosen Kapitulation gleichkommt, oder aber bloß jederzeit anwendbare Vorwände für einen neuen israelischen Krieg gegen den Libanon und die PLO liefert. Porat nannte Bedingungen, die Israel als Verletzungen des Waffenstillstandes und als Kriegsgrund ansehen werde. Dazu gehören unter anderem Angriffe auf die von den Haddad-Milizen besetzten Gebiete im Süd-Libanon, Aktionen der Palästinenser in Israel und den von Israel besetzten Gebieten, dem Westjordan und dem Gazastreifen, aber auch Verstärkungen der PLO-Stellungen im Südlibanon. Umgekehrt werde Israel seine ,,Aufklärungsflüge" über dem Libanon fortsetzen.

Der PLO-Vorsitzende Arafat hat seinerseits die strikten Bedingungen bekräftigt, unter denen sich die PLO an den Waffenstillstand gebunden fühle, der im übrigen nicht die Einstellung des Kampfes für die Rechte des palästinensischen Volkes, insbesondere des Kampfes in den von Israel 1967 besetzten Gebieten, bedeutet. Israel müsse *alle* militärischen Aktionen gegen den Libanon und seine Flüge über den Libanon einstellen. Begin wiederum ist in Israel von seiten der Arbeiterpartei ausgerechnet mit dem Argument unter Beschuß gekommen, seine Politik habe die ,,Sicherheitsinteressen" Israels verletzt. Erstens seien die Angriffe auf die PLO-Stellungen abgebrochen worden, ohne die palästinensischen Guerillas nachhaltig geschwächt zu haben. Und im übrigen wurde Aufklärung über die möglichen diplomatischen Folgen der Waffenstillstandsvereinbarungen verlangt. Ausgerechnet von Seiten der Arbeiterpartei also der Vorwurf an Begin,

der PLO zu weitgehende Zugeständnisse gemacht zu haben.

Tatsächlich scheint Begin mit seinen Angriffen auf den Libanon zu weit vorgeprescht zu sein. So weit, daß ihn schließlich die USA unüberhörbar zu-

rückpfeifen mußten, wollten sie nicht die Zukunft ihrer Nahostpolitik auf's Spiel setzen. So mußte er schließlich einer Vereinbarung zustimmen, die eher für die PLO vorteilhaft ist als für Israel. Nicht nur deshalb, weil Israel seine Massaker an der palästinensischen und libanesischen Zivilbevölkerung einstweilen einstellen muß, die Hunderte von Toten und noch wesentlich mehr Verletzte gefordert haben. Die

Spendenaufruf des PLO-Vertreters A. Frangi für die Opfer der israelischen Angriffe im Libanon ...... S. 7

PLO kann sich nun besser auf einen nach wie vor drohenden israelischen Krieg vorbereiten. Und Israel mußte zum ersten Mal, wenn nicht formell, so doch faktisch eine Vereinbarung mit der PLO eingehen, was die Weigerung der israelischen Regierung, die PLO anzuerkennen, langfristig unterhöhlen kann.

Trotzdem ist die Kriegsgefahr im Nahen Osten keineswegs gebannt, und die Presse strickt auch bereits an Rechtfertigungsgründen für einen drohenden israelischen Angriff. Sie stützen sich dabei auf die Tatsache, daß einzelne Widerstandsgruppen den Waffenstillstand ablehnen und vielleicht auch nicht einhalten wollen.

Trotzdem hat die jüngste Enwicklung die internationale Isolierung Israels weiter verstärkt, vielleicht aber auch die – allerdings nach wie vor außerordentlich schwachen – Kräfte in Israel gestärkt, die eine politische Lösung anstreben, die die Anerkennung der Rechte des palästinensischen Volkes einschließt.

Kein Rauch ohne Feuer

gek. Ohne nähere Quellenangaben hat der ,,Spiegel" berichtet, daß in Ost-Berlin Flugblätter aufgetaucht seien, die Unterstützung für ,,Solidarność" bekundet und 19 sozialpolitische Reformen für die DDR gefordert hätten. In einigen Betrieben sei gegen allzu schlechte Arbeitsbedingungen gestreikt worden. In Erfurt, Rostock, Karl-Marx-Stadt, Plauen, Eisenhüttenstadt und Weimar sei es zu Zusammenstößen zwischen Vopos und Jugendlichen gekommen, u.a. wegen der Besetzung einiger leerstehender Häuser.

Mag das im einzelnen sein, wie es sei: Daß an verschiedenen Orten der DDR Jugendliche wegen Sympathie-Erklärungen für die polnischen Arbeiter inhaftiert worden sind (uns positiv bekannt ist der Fall der Tochter des ausgebürgerten Schriftstellers Rudolf Mainz), ist eine Tatsache; ebenso, daß es in Ost-Berlin und anderen Städten der DDR zu Hausbesetzungen gekommen ist. Ein neues oppositionelles Manifest aus der DDR, das – im Gegensatz zu früheren – eine Reihe praktischer Vorschläge enthält, ist vor einigen Wochen aufgetaucht.

(Dies Manifest, verbunden mit einer ganzen Reihe sehr eindrücklicher aktueller Berichte aus der DDR, ist im Osteuropa-Info 2/81 veröffentlicht, gegen Vorausbezahlung von 6,50 DM zu beziehen über *Sozialistisches Osteuropa-Komitee, Postfach 2648, 2000 Hamburg 13, Postscheckkonto Hamburg 531 73 – 206.)*

Eine Tatsache ist auch, daß in einem Aufsatz in der Ost-Berliner Zeitschrift ,,Neue Justiz" jetzt der Justiz-Staatssekretär Kern und der Vizepräsident des Obersten Gerichts, Sarge,

Mag das im einzelnen sein, wie es sei: Daß an verschiedenen Orten der DDR Jugendliche wegen Sympathie-Erklärungen für die polnischen Arbeiter inhaftiert worden sind (uns positiv bekannt ist der Fall der Tochter des ausgebürgerten Schriftstellers Rudolf Mainz), ist eine Tatsache; ebenso, daß es in Ost-Berlin und anderen Städten der DDR zu Hausbesetzungen gekommen ist. Ein neues oppositionelles Manifest aus der DDR, das – im Gegensatz zu früheren – eine Reihe praktischer Vorschläge enthält, ist vor einigen Wochen aufgetaucht.

(Dies Manifest, verbunden mit einer ganzen Reihe sehr eindrücklicher aktueller Berichte aus der DDR, ist im Osteuropa-Info 2/81 veröffentlicht, gegen Vorausbezahlung von 6,50 DM zu beziehen über *Sozialistisches Osteuropa-Komitee, Postfach 2648, 2000 Hamburg 13, Postscheckkonto Hamburg 531 73 – 206.)*

Eine Tatsache ist auch, daß in einem Aufsatz in der Ost-Berliner Zeitschrift ,,Neue Justiz" jetzt der Justiz-Staatssekretär Kern und der Vizepräsident des Obersten Gerichts, Sarge,

über die Aufgaben der Justiz folgendes erklärt haben: ,,Zu jeder Zeit und überall sind die öffentliche Ordnung und Sicherheit, das störungsfreie Leben und Arbeiten der Bürger und die Staatsdisziplin zu gewährleisten." ,,Terroristischen Handlungen, Diversions- und anderen Gewaltakten wird auch in Zukunft konsequent entgegengetreten ... Tendenzen der Anarchie, Skrupellosigkeit und Demoralisierung werden auch in Zukunft energisch bekämpft werden."

Das ist dieselbe Sprache, in der über die Ereignisse im Nachbarland Polen täglich in der DDR-Presse berichtet wird. Noch wirkt der wirtschaftliche Zusammenbruch in Polen abschreckend. Aber schon jetzt tut polnischer Galgenhumor mit seiner täglichen Devise ,,Kein Brot, aber Freiheit" seine gewisse Wirkung; werden die westdeutschen Fernsehberichte aus Warschau sicher nicht ohne Spannung verfolgt. Der Glaube, die preußische Kadaverdisziplin sichere wenigstens den eigenen Lebensstandard, wird erschüttert, wenn der eben verkündete Wirtschaftszuwachs im 1. Hj. 1981 von 5% fast komplett in die um 17% erhöhten Lieferungen an die Sowjetunion (für drastisch verteuerte Rohstoffe) wegfließt, oder aus rein nominellem Umsatzzuwachs infolge stillschweigend erhöhter Preise besteht. Und immer enger wird die DDR ihren Menschen, seit Polen gesperrt ist für Urlauber. Man versetze sich mal in die Lage. – Sicher, Spekulationen. Nach dem ,,polnischen Sommer" wird es dies Jahr keinen preußischen Sommer geben. Aber – kein Rauch ohne Feuer, sagt man auch.

Vor dem Nord-Süd-Gipfel in Mexiko: Die Lage der 3. Welt ist dramatisch

Von Bernhard Peters

Die gegenwärtige Krise ist im strikten Sinn *Welt*wirtschaftskrise. Sie hat nicht nur die kapitalistischen Industrieländer des Westens ergriffen, sondern berührt auch die RGW-Staaten. Weitaus am stärksten betroffen ist aber die Dritte Welt, ausgenommen vielleicht eine kleine Zahl erdölexportierender Länder. Die anderen sind nicht nur durch die gestiegenen Ölpreise getroffen. Ihre Einnahmen aus Exporten in die Industrieländer wachsen langsamer, ebenso die Zuflüsse aus Entwicklungshilfe. Gleichzeitig steigen durch die Inflation in den kapitalistischen Ländern die Preise der importierten Industriegüter und Nahrungsmittel. Notwendige Einfuhren müssen gedrosselt werden. Eine tiefgreifende Krise in der Entwicklung der Dritten Welt wurde in der zweiten Hälfte der 70er Jahre zuerst bei den ärmsten Ländern sichtbar. Ihre Pro-Kopf-Produktion stagnierte oder sank. Die Nahrungsmittelversorgung für 800 Millionen Menschen ist auf absehbare Zeit nicht gesichert. Darüber hinaus drohen ökologische Katastrophen. Nun hat es auch die „Schwellenländer" getroffen. Bei gesunkenen Wachstumsraten (wenn überhaupt) sehen sie sich einer riesigen Verschuldung gegenüber, die zusammen mit den dramatisch gestiegenen Zinsen dazu führt, daß ein großer Teil des Exports bloß für Zinszahlungen aufgewandt werden muß (für Argentinien, Brasilien und die Türkei beträgt die Zinsbelastung 34 bis 40% der Exporteinnahmen).

Diese Entwicklung ist nicht bloß Folge der Ölpreiserhöhung und der Krise der Industrieländer. Ihre Wurzeln liegen in einer Form der „Entwicklung", die durch die Mechanismen des kapitalistischen Weltmarkts geprägt war. Um zwei Erscheinungen zu nennen: eine Industrialisierung, ausgerichtet auf den Export oder die Luxuskonsumtion, in scharf abgegrenzten Enklaven, für die der übrige, verelendete Teil des Landes allenfalls die Arbeitskräfte lieferte; eine Entwicklung der Landwirtschaft für den Export, bei Verfall der einheimischen Nahrungsmittelproduktion und darauffolgenden Ernährungskrisen.

Die Länder der Dritte Welt haben eine neue Runde des Ringens um eine neue Weltwirtschaftsordnung eingeläutet: Zwei UN-Sonderkonferenzen im August und September und der Nord-Süd-Gipfel in Mexiko im Oktober werden der Schauplatz sein. In Mexiko soll das Energieproblem nach dem Wunsch des mexikanischen Präsidenten Portillo an erster Stelle der Tagesordnung stehen. Portillo strebt ein Erdölabkommen zwischen Regierungen der Produktions- und Abnehmerländer unter Ausschaltung der privaten Konzerne an. Die devisenschwachen Länder sollen in den abzuschließenden Verträgen begünstigt werden, die Industrieländer sollen den vollen Preis zahlen. Ein Weltenergieplan soll ein erster konkreter Ordnungsfaktor für eine neue Weltwirtschaftsordnung sein.

Die USA, die in ihren Beziehungen zur Dritten Welt unverhüllter als zuvor ihren wirtschaftlichen und militärischen Interessen folgen, werden diesen Vorschlag mit Sicherheit ablehnen. Die westeuropäischen Länder haben sich in den letzten Monaten in Konfrontation zu dieser Politik der USA für die Fortsetzung der Kooperation mit der Dritten Welt ausgesprochen. Auch die Bundesregierung verspricht die Fortsetzung der Entwicklungshilfe, vor allem für die ärmsten Länder. Gleichzeitig ist eine Diskussion um die Umorientierung von Entwicklungshilfe in Gang gekommen: weg von den Großprojekten, hin zu einer Vielzahl von Projekten mit „angepaßter Technologie", die sich an „Grundbedürfnissen" orientieren. Dagegen ist nichts zu sagen, wenn damit nicht abgelenkt wird von den Forderungen der Entwicklungsländer nach ungehindertem Zugang ihrer Produkte auf die Märkte der Industrieländer und gerechteren Erlösen für ihre Rohstoffe. Noch im letzten Herbst ist jedenfalls der Versuch, im UN-Rahmen in „Globalverhandlungen" die Themen Rohstoffe, Handel, Energie, Entwicklung sowie Währung und Finanzen neu zu verhandeln, am Veto der USA, Großbritanniens und der BRD gescheitert, offenbar weil diese die Entmachtung der UN-Sonderorganisationen IWF, Weltbank und GATT, in denen die Industrieländer die Mehrheit haben, zugunsten von UN-Gremien fürchten, in denen die Dritte Welt die Mehrheit hat.

Ieng Sary bezeichnet New Yorker Konferenz als Erfolg

Gespräch mit dem Außenminister des Demokratischen Kampuchea in Paris

lup. „Kurz gesagt, bedeutet die New Yorker Kampuchea-Konferenz einen Sieg für unsere Sache", erklärte der Außenminister und stellvertretende Ministerpräsident des Demokratischen Kampuchea, Ieng Sary, auf dem Rückweg von der Konferenz am 26. Juli in Paris während eines Treffens mit Vertretern von Komitees und Organisationen, die den Widerstandskrieg des Demokratischen Kampuchea unterstützen.

Bereits die Eröffnung der Konferenz stelle einen Erfolg dar, denn dies sei der erste Schritt in der Verwirklichung der UNO-Resolution vom September 1980. Trotz des Boykotts durch die Sowjetunion und Vietnam hätte sich die überwiegende Mehrheit der Länder an der Konferenz beteiligt. Noch am Vortag der Konferenz habe Vietnam behauptet, sie würde von höchstens 30 oder 40 Ländern besucht. Tatsächlich hätten sich über 90 Länder beteiligt, davon 79 als Mitglieder der Konferenz.

Über die Entwicklung der militärischen Lage in Kampuchea äußerte sich Ieng Sary durchweg optimistisch. Der Krieg habe jetzt den Höhepunkt der zweiten strategischen Phase, der Phase des Gleichgewichts der Kräfte, erreicht. Und allgemein könne man über einen Guerillakrieg sagen, daß derjenige, der in der Lage sei, die erste Phase der strategischen Verteidigung zu meistern, auch die Kraft habe, den Krieg zu gewinnen.

„Die Frage ist aber, wie wir den Krieg verkürzen können. Je länger der Krieg andauert, um so mehr Zeit haben die Vietnamesen, unser Volk zu töten. Vietnam führt gegen unser Volk einen rassistischen Vernichtungskrieg. Deshalb unternehmen wir alles, um den Krieg zu verkürzen." Im Sinne der Verkürzung des Krieges unternähme die Regierung des Demokratischen Kampuchea große Anstrengungen zum Aufbau der Einheitsfront gegen den sowjetisch-vietnamesischen Expansionismus.

Auf internationalem Gebiet gäbe es zwei Tendenzen: Die eine Tendenz befürworte den entschiedenen Kampf gegen den sowjetischen und vietnamesischen Expansionismus. Die andere Tendenz befürworte Kompromisse mit den Expansionisten. Vor diesem Hintergrund habe die Konferenz in New York stattgefunden. Insofern sei auch der Inhalt der Resolution als Erfolg zu werten: sie bekräftige die Forderung nach vollständigem Rückzug der vietnamesischen Truppen aus Kampuchea. Allerdings sei über den Mechanismus der Verhandlungen mit Vietnam keine Einheit erzielt worden. Deshalb sei diese Frage in der Resolution nicht im Detail ausgeführt worden. Im Interesse einer einheitlichen Schlußerklärung hätten China, das Demokratische Kampuchea und die ASEAN-Länder in der Schlußerklärung die strittigen Fragen ausgeklammert. Die westeuropäischen Länder hätten in New York keine eigene Position bezogen, sondern versucht, zwischen China und den ASEAN-Ländern zu vermitteln.

Ieng Sary dementierte Berichte, denen zufolge zwischen dem Demokratischen Kampuchea, Kräften um Sihanouk und den Kräften um Son Sann in New York ein Spitzengespräch zwecks Bildung einer Regierung der nationalen Einheitsfront vereinbart worden sei. Die Delegation des Demokratischen Kampuchea habe sich in New York zwar entschieden um ein Treffen von Vertretern der drei Kräfte bemüht. Son Sann habe sich aber geweigert, mit jemand anderem als Khieu Samphan zusammenzutreffen. Auf einem Treffen von Vertretern der drei Seiten, das schließlich auf Druck der ASEAN-Staaten zustandegekommen sei, habe sich der Vertreter Son Sanns geweigert, eine von der Delegation des Demokratischen Kampuchea vorgeschlagene Vereinbarung über die Einberufung eines Spitzengesprächs zu unterschreiben. „Son Sann geht es vor allem um die Übernahme der Regierungsgewalt", erklärte Ieng Sary. Seine Antwort darauf sei: Wenn sich Son Sann dazu entschließe, den Kampf im Inneren Kampucheas persönlich anzuführen, dann könne man darüber diskutieren.

Ieng Sary erklärte, daß in die internationale Einheitsfront gegen das sowjetisch-vietnamesische Vordringen auch die USA einbezogen seien: „Die gegenwärtige Regierung der USA, insbesondere Außenminister Haig, nimmt eine feste Position gegenüber dem sowjetischen und vietnamesischen Expansionismus ein. Die neue amerikanische Administration hat eine klare Stellung zum kampucheanischen Problem bezogen. Sie wird keine Beziehungen zu Vietnam aufnehmen, solange Vietnams Aggression in Kampuchea andauert. Die USA können so eine wichtige Rolle spielen."

Ieng Sary betonte, daß es einen engen Zusammenhang zwischen der Entwicklung in Polen und den Kämpfen der Völker Kampucheas und Afghanistans gäbe. „Wenn es den Kampf in Kampuchea und Afghanistan nicht gäbe, hätte Polen das Schicksal der CSSR erlitten. Insofern sind diese Probleme miteinander verbunden. Zu der Zeit, als die Sowjetunion in die CSSR einmarschierte, gab es keinen Widerstand gegen die Sowjetunion. Andererseits waren die USA in Vietnam beschäftigt. Die Sowjetunion hatte freie Hand. Jetzt ist die Sowjetunion in Afghanistan und mittels Vietnam in Kampuchea engagiert. Deswegen konnte sie bis jetzt ihre Truppen nicht in Polen einsetzen. Wenn das polnische Volk entschlossen ist, dann kann es Schritt für Schritt vorankommen."



Links: Ieng Sary, stellvertretender Ministerpräsident und Außenminister, rechts: Keat Chhoun, Minister im Amt des Ministerpräsidenten

„Schwellenländer" getroffen. Bei gesunkenen Wachstumsraten (wenn überhaupt) sehen sie sich einer riesigen Verschuldung gegenüber, die zusammen mit den dramatisch gestiegenen Zinsen dazu führt, daß ein großer Teil des Exports bloß für Zinszahlungen aufgewandt werden muß (für Argentinien, Brasilien und die Türkei beträgt die Zinsbelastung 34 bis 40% der Exporteinnahmen).

Diese Entwicklung ist nicht bloß Folge der Ölpreiserhöhung und der Krise der Industrieländer. Ihre Wurzeln liegen in einer Form der „Entwicklung", die durch die Mechanismen des kapitalistischen Weltmarkts geprägt war. Um zwei Erscheinungen zu nennen: eine Industrialisierung, ausgerichtet auf den Export oder die Luxuskonsumtion, in scharf abgegrenzten Enklaven, für die der übrige, verelendete Teil des Landes allenfalls die Arbeitskräfte lieferte; eine Entwicklung der Landwirtschaft für den Export, bei Verfall der einheimischen Nahrungsmittelproduktion und darauffolgenden Ernährungskrisen.

Die Länder der Dritte Welt haben eine neue Runde des Ringens um ei-

gierung verspricht die Fortsetzung der Entwicklungshilfe, vor allem für die ärmsten Länder. Gleichzeitig ist eine Diskussion um die Umorientierung von Entwicklungshilfe in Gang gekommen: weg von den Großprojekten, hin zu einer Vielzahl von Projekten mit „angepaßter Technologie", die sich an „Grundbedürfnissen" orientieren. Dagegen ist nichts zu sagen, wenn damit nicht abgelenkt wird von den Forderungen der Entwicklungsländer nach ungehindertem Zugang ihrer Produkte auf die Märkte der Industrieländer und gerechteren Erlösen für ihre Rohstoffe. Noch im letzten Herbst ist jedenfalls der Versuch, im UN-Rahmen in „Globalverhandlungen" die Themen Rohstoffe, Handel, Energie, Entwicklung sowie Währung und Finanzen neu zu verhandeln, am Veto der USA, Großbritanniens und der BRD gescheitert, offenbar weil diese die Entmachtung der UN-Sonderorganisationen IWF, Weltbank und GATT, in denen die Industrieländer die Mehrheit haben, zugunsten von UN-Gremien fürchten, in denen die Dritte Welt die Mehrheit hat.

reicht. Und allgemein könne man über einen Guerillakrieg sagen, daß derjenige, der in der Lage sei, die erste Phase der strategischen Verteidigung zu meistern, auch die Kraft habe, den Krieg zu gewinnen.

„Die Frage ist aber, wie wir den Krieg verkürzen können. Je länger der Krieg andauert, um so mehr Zeit haben die Vietnamesen, unser Volk zu töten. Vietnam führt gegen unser Volk einen rassistischen Vernichtungskrieg. Deshalb unternehmen wir alles, um den Krieg zu verkürzen." Im Sinne der Verkürzung des Krieges unternähme die Regierung des Demokratischen Kampuchea große Anstrengungen zum Aufbau der Einheitsfront gegen den sowjetisch-vietnamesischen Expansionismus.

Auf internationalem Gebiet gäbe es zwei Tendenzen: Die eine Tendenz befürworte den entschiedenen Kampf gegen den sowjetischen und vietnamesischen Expansionismus. Die andere Tendenz befürworte Kompromisse mit den Expansionisten. Vor diesem Hintergrund habe die Konferenz in New York stattgefunden. Insofern sei auch der Inhalt der Resolution als Erfolg zu werten: sie bekräftige die Forderung nach vollständigem Rückzug der vietnamesischen Truppen aus Kampuchea. Allerdings sei über den Mechanismus der Verhandlungen mit Vietnam keine

tischen Kampuchea vorgeschlagene Vereinbarung über die Einberufung eines Spitzengesprächs zu unterschreiben. „Son Sann geht es vor allem um die Übernahme der Regierungsgewalt", erklärte Ieng Sary. Seine Antwort darauf sei: Wenn sich Son Sann dazu entschließe, den Kampf im Inneren Kampucheas persönlich anzufüh-

seits waren die USA in Vietnam beschäftigt. Die Sowjetunion hatte freie Hand. Jetzt ist die Sowjetunion in Afghanistan und mittels Vietnam in Kampuchea engagiert. Deswegen konnte sie bis jetzt ihre Truppen nicht in Polen einsetzen. Wenn das polnische Volk entschlossen ist, dann kann es Schritt für Schritt vorankommen.



Links: Ieng Sary, stellvertretender Ministerpräsident und Außenminister, rechts: Keat Chhoun, Minister im Amt des Ministerpräsidenten

Hamburger IG Metall: Mitgliedslisten an das BKA

edd.Hamburg. Im Zusammenhang mit der Verhaftung des Gewerkschaftssekretärs Hermann Gaßmann vernimmt das BKA zur Zeit in den Betrieben Kollegen. U.a. stützt sie sich bei den Vernehmungen auf eine Liste der Mitglieder des IGM-Arbeitskreises Referenten und des Bildungsarbeitskreises. Die Ortsverwaltung der IGM, Otto Mohr, mußte dazu erklären, daß sie diese Unterlagen freiwillig dem Bundeskriminalamt zur Verfügung gestellt hätte. Die Ortsverwaltung erklärte nun dazu, es handele sich um eine Tätigkeit, die auf Anraten des Anwaltes geschehen sei. Außerdem wurde den Kollegen ein Merkzettel beigelegt, wie sie sich bei der Vernehmung zu verhalten hätten.

Abschiebung weiterer Tamilen steht bevor

wem.Westberlin. Gegen die Abschiebung von 125 Tamilen nach Sri Lanka durch den Westberliner Senat fand am 24.7. eine Protestkundgebung von 60–80 Menschen – darunter viele Tamilen – statt. Offensichtlich wurden Menschen abgeschoben, die in ihrem Heimatland politische Verfolgung zu erwarten haben, denn die tamilische Nationalität in Sri Lanka (Ceylon) unterliegt nationaler Unterdrückung. Hält diese Flüchtlingswelle an – im Juli kamen allein 1600 Tamilen nach Westberlin – muß ihre Unterbringung und Versorgung auf jeden Fall in der UNO verhandelt werden. Der Westberliner CDU-Senat benutzt diese Menschen, um Druck für ein Bundesgesetz zur Neuregelung des Asylaufnahmeverfahrens zu machen. Seine Losung ist dabei: ‚Verteidigung des Asylrechts durch Beseitigung von Mißbrauchsmöglichkeiten' (‚Beschleunigung des Verfahrens bei aussichtslosen Anträgen'). Dieses forsche Manöver ist geplatzt: 39 der Abgeschobenen hatten keine Pässe, weil sie Asylantrag gestellt hatten; 144 Tamilen sind in Abschiebehaft, z.T. wurden sie festgenommen, als sie Asylantrag stellen wollten, z.T. wurden sie in Unterkünften von Wohlfahrtsorganisationen festgenommen, ohne diese zu informieren. Innensenator Lummer dazu: ein Asylantrag ist ja auch in der Inhaftierung möglich. Die Befragung durch einen Richter mußte er inzwischen zugestehen, obwohl er nach wie vor jegliche politische Verfolgung der Asylbewerber in Sri Lanka zu bestreiten versucht.

„Anti-Atom-Festival" in Kalkar fand statt

rof.Kleve. Das „Anti-Atom-Festival" in Kalkar/Niederrhein wurde gegen ständige Polizeiübergriffe und -provokationen mehrerer Hundertschaften am Wochenende durchgeführt. Ca. 800 Teilnehmer vereitelten somit das erklärte Ziel der Kreisbehörden, diese Veranstaltung auf der Wiese von Bauer Maas in unmittelbarer Nachbarschaft des Schnellen Brutreaktors nicht zuzulassen. Verhindert wurde durch massive Polizeieinsätze jedoch der Aufbau eines festen Dorfes durch Beschlagnahme sämtlicher Baumaterialien bis hin zu Zelten und Schlafsäcken. Als nach dem dritten Überfall am Sonntag ca. 400 Demonstranten die Rheinbrücke bei Rees blockieren wollten, um zwei Verhaftete frei zu bekommen, wurden bei einem Knüppeleinsatz, angeführt von einem Trupp des Sondereinsatzkommandos (SEK), mindestens 12 Demonstranten verletzt. Kreis- und Kalkarer Behörden hatten bereits zuvor sämtliche Register juristischer Schikanen gezogen. Dem Bauern Maas als Eigentümer der Wiese und des sich darauf befindlichen Melkstalles, der als Informationszentrum genutzt wird, wurde jegliche Nutzung zu „Informationszwecken" unter hoher Zwangsgeldandrohung untersagt; schließlich wurde ihm sogar das Betreten des eigenen Grundstücks verboten. Mit einem Bußgeld bis zu 50000 DM (fünfzigtausend!) wollte der Oberkreisdirektor ihn zwingen, sich von den Veranstaltenden BIs zu distanzieren. Genutzt haben diese Manöver wenig. Wiese und Melkstall wurden besetzt, und zumindest die örtliche Presse mußte die eigentlichen Drahtzieher beim Namen nennen.

Anklage wegen Brokdorf-Demonstration

edd.Hamburg. Staatsanwalt Widuwilt von der politischen Abteilung der Staatsanwaltschaft Itzehoe hat beim Landgericht Itzehoe Anklage gegen zwei Vertrauensleute erhoben wegen der Demonstration am 28.2. in Brokdorf. Den beiden wird als angeblichen Fahrern und Beifahrern des Lautsprecherwagens des „Aktionskreises Leben, Gewerkschafter gegen Atom", gefährlicher Eingriff in den Straßenverkehr, gefährliche Körperverletzung, Widerstand und Mitführen von Waffen und waffenähnlichen Gegenständen auf einer verbotenen Demonstration vorgeworfen. Sie waren aus dem Block der gewerkschaftlichen Atomkraftgegner aus Hamburg festgenommen worden. Gegen sieben weitere Leute wurde Anklage in Itzehoe erhoben, willkürlich aus den 100000 herausgegriffen, um so die Demonstrationsfreiheit anzugreifen.

NRW-Sparhaushalt '82 vorgelegt

kvz.Dortmund. Der jüngste, von der Landesregierung am 21.7. beratene Haushaltsentwurf von NRW für 1982 sieht Senken der Verschuldung um 1 Mrd. DM im Vergleich zum Vorjahr vor. Finanzminister Posser erwartet außerdem eine Steuermehreinnahme von ca. 6,6%; gleichzeitig sollen Ausgaben, besonders beim Personal, gesenkt werden. Ob der erwünschte Erfolg eintritt, bleibt fraglich. Trotz kalkulierter Sparmaßnahmen wird mit einem Nachtragshaushalt über ca. 4 Mrd. DM für '81 gerechnet: wegen „minderer Steuereinnahmen" und „höherer Ausgaben nach dem Bundessozialhilfegesetz"; eine Folge des Sparens durch den Staat? Woher die Millionen? Durch „Eingriffe in die Leistungsgesetze"? (FDP-Lambsdorff) oder „Schonen der Arbeitslosen und Familien"? (SPD-Matthöfer) Die SPD steht etwas unter dem Feuer des DGB, der ihr vorgeschlagen hat, vor allem bei den „Leistungen" für Unternehmen bei Subventionen und durch Steuererhöhungen bei den Höher- und Spitzenverdienern zu sparen. Aber: es geht in NRW doch vor allem an die Leistungen für die Familien. 7000 Beamtenstellen sollen ab '82 (durch KW-Vermerke) nicht wiederbesetzt werden, allein 4400 Lehrer, also keine kleineren Klassen. Der kostenlose Kindergarten wird noch nicht eingeführt. Gymnasiasten der Oberstufe sollen nicht mehr Freifahrtscheine bekommen, nur noch, wer BAföG bezieht. Die übrigen Schüler aller Schulen werden mit 20 DM für Fahrtkosten zur Kasse gebeten. Reformen im Erziehungs- und Ausbildungsbereich sollen also vor allem dran glauben – die ärmsten der Familien sind nicht betroffen von Kosten, die Lernmittelfreiheit bleibt erhalten. Der Druck der Gewerkschaften muß größer werden, soll die Regierung sich gezwungen sehen, Unternehmen und Großverdiener mehr zur Kasse zu bitten.

Beinahe-Freisprüche in NS-Verbrecher-Prozessen

dpa/gk. Wegen der Teilnahme an Massenerschießungen und sogenannten Aussiedlungen jüdischer Bevölkerung aus besetzten polnischen Gebieten in NS-Vernichtungslager wurden am vergangenen Donnerstag von der Großen Strafkammer des Landgerichts Hamburg der frühere SS-Sturmscharführer Walter Stegemann und Ernst Bewesch zu sechs Jahren bzw. sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Ein Haftbefehl wurde nicht erlassen.

„Süppchen kochen auf bayerisch, mit der besonderen Nürnberger Würze“

Gespräch mit Mitgliedern des Ermittlungsausschusses zum Beginn der Prozesse in Nürnberg

mej.Nürnberg. Das im folgenden abgedruckte Interview ist ein Auszug aus einem längeren Gespräch mit 3 Mitgliedern des „Ermittlungsausschusses 5. März“. Sie haben uns gebeten, darauf hinzuweisen, daß sie dabei nicht für den Ermittlungsausschuß, sondern nur für sich als dessen Mitglieder gesprochen haben.

Die demnächst anlaufenden Prozesse werden nach Meinung des Ermittlungsausschusses eine Geldsumme von rd. 200000 DM erfordern. Die benötigten Anwälte müssen z.T. von weit her kommen, da jeder Anwalt nur einen Angeklagten verteidigen und die Nürnberger Anwaltschaft den durch die bayerische Staatsregierung geschaffenen Bedarf längst nicht abdecken kann. Eine größere Spendenaktion ist daher notwendig.

(Spendenkonten: Kulturladen Nord/Spendenaktion 5. März: Bank für Gemeinwirtschaft (BfG), BLZ 76010111, Kto.Nr. 1084761600 oder Postscheckamt Nürnberg, BLZ 76010085, Kto.Nr. 9020-856)

KVZ: Ihr seid vom „Ermittlungsausschuß 5. März“. Wen vertretet ihr, und welche Aufgaben hat sich der Ausschuß gesetzt?

R: Der Ermittlungsausschuß hat sich gegründet nach den Ereignissen vom 5. und 6. März. Er ist eigentlich ein relativ loser Zusammenschluß von Leuten, die durch die Aktion selber oder über Freunde usw. betroffen waren. Es ist ein Kreis von 15 – 20 Leuten, der versucht, die notwendigen ermittelnden, unterstützenden Aufgaben wahrzunehmen, für die Verhafteten und Eltern als Gremium da zu sein und über die Ereignisse eine kontinuierliche Gegenöffentlichkeit herzustellen.

W: Du kannst vielleicht sagen, daß der Ermittlungsausschuß in gewisser Weise auch die Diffusität der Bewegung repräsentiert.

KVZ: Gibt es noch andere Unterstützungskomitees, und wie sieht eure Zusammenarbeit aus?

A: Es gibt die Elterninitiative, die sich auch nach den Ereignissen gegründet hat. Wir haben Kontakt zu ihnen; der Ermittlungsausschuß hat jetzt auch die Demonstration unterstützt, ab und zu sind gemeinsame Treffen, oder jetzt bei dem geplanten Bürgerrechtskomitee wird Zusammenarbeit stattfinden. Dann gibt's von den Rechtsanwälten eine Initiative. Das sind zwei, drei Kanzleien in Nürnberg, die besonders aktiv sind, wo auch guter Kontakt besteht.

KVZ: Du hast gerade von einem Bürgerrechtskomitee gesprochen.

L: Das ist im Gespräch, eine Idee von Dr. Glaser (SPD-Kulturreferent der Stadt Nürnberg), ein die Prozesse begleitendes Büro einzurichten, wo die Informationen zusammenlaufen (...)

unterstützenden Aufgaben wahrzunehmen, für die Verhafteten und Eltern als Gremium da zu sein und über die Ereignisse eine kontinuierliche Gegenöffentlichkeit herzustellen.

W: Du kannst vielleicht sagen, daß der Ermittlungsausschuß in gewisser Weise auch die Diffusität der Bewegung repräsentiert.

KVZ: Gibt es noch andere Unterstützungskomitees, und wie sieht eure Zusammenarbeit aus?

A: Es gibt die Elterninitiative, die sich auch nach den Ereignissen gegründet hat. Wir haben Kontakt zu ihnen; der Ermittlungsausschuß hat jetzt auch die Demonstration unterstützt, ab und zu sind gemeinsame Treffen, oder jetzt bei dem geplanten Bürgerrechtskomitee wird Zusammenarbeit stattfinden. Dann gibt's von den Rechtsanwälten eine Initiative. Das sind zwei, drei Kanzleien in Nürnberg, die besonders aktiv sind, wo auch guter Kontakt besteht.

KVZ: Du hast gerade von einem Bürgerrechtskomitee gesprochen.

L: Das ist im Gespräch, eine Idee von Dr. Glaser (SPD-Kulturreferent der Stadt Nürnberg), ein die Prozesse begleitendes Büro einzurichten, wo die Informationen zusammenlaufen (...)

KVZ: Die Anklageschriften liegen jetzt vor. In 59 Fällen ist das Verfahren eingestellt worden, und zuvor hat es schon eine Verurteilung wegen Meineid gegeben. Worauf wollen die Justiz und die bayerische Staatsregierung mit den Prozessen hinaus?

Bei den Prozessen geht es der bayerischen Justiz und Staatsregierung um die juristische Rechtfertigung dieser beispiellosen Aktion am 5. März. So mit der Konstruktion des Mobs auf der Straße, der zwar wenig reingeknallt hat, aber ganz massiven Landfriedensbruch begangen hat. Erst 141 zu verhaften und dann nur einen oder zwei zu verurteilen, geht schon deshalb nicht, weil das ein Eingeständnis dieser unverhältnismäßigen Reaktion der bayerischen Polizei und Justiz wäre. Das schaut anders aus, wenn 30 oder 40 verurteilt werden können.

W: Ein zweiter Aspekt ist der juristische, wie mit dem Tatbestand „schwerer Landfriedensbruch“ umgegangen wird. Ich glaube, daß die Justiz durch die Rechtsprechung die alte Fassung von dem Paragraphen wieder einführen will, die besagt hat, daß die bloße Teilnahme an einer Demonstration, aus der heraus es zu Gewalttaten kommt, genügt, um den Tatbestand des schweren Landfriedensbruchs zu erfüllen.

R: Das ist auch ein Punkt, wo die Hausbesetzungen und die Demonstration in Nürnberg nur Mittel zum Zweck für die bayerische Staatsregierung gewesen sind. Es ist kein Wunder, daß gleich am 6. März in der Landtagsdebatte der Tandler (bayerischer Innenminister) gleich voll auf die Aufrüstung der Polizei und die Verschärfung des Demonstrationsrechts abgezielt hat ... jetzt vorzupreschen, was gerade mit dem CS-Gas geschieht. Das ist so das Süppchen kochen auf bayerisch, mit der besonderen Nürnberger Würze.

KVZ: Der Verfassungsrichter Hirsch hat auf der letzten Kundgebung sich in der Richtung optimistisch geäußert, daß die Richter jetzt nur ohne öffentlichen Druck zu vernünftigen Entscheidungen kommen werden. Wie wollt ihr die jetzt anlaufenden Prozesse führen?

W: Man kann sagen, daß dieser Optimismus sehr wahrscheinlich keine Basis hat, weil sich allein schon durch den Kommentar, den die Justiz abgegeben hat zu der Einstellung der 59 Verfahren, eine bestimmte Mentalität klar gezeigt hat: Da wird schlicht gesagt, daß die teilgenommen haben und daß sie sich an Gewalttaten beteiligt haben. Wir können's ihnen aber nicht nachweisen. Das ist dann so ungefähr das Motto, es gibt zwar Täter, aber keine Tat. Und aufgrund so einer Mentalität halt ich das für ziemlich ausgeschlossen, daß die Justiz aus eigener Kraft von ihrer Strategie der Kriminalisierung abgeht.

A: Ich denke, das ist die Strategie, jetzt ja nicht weiter zu provozieren. Das ist halt diese Stillhaltetaktik, um Gottes willen Ruhe zu bewahren und die Öffentlichkeit durch Einschätzungen, die über rein juristische Geschichten an der Sache hinausgehen, nicht zu beunruhigen.

R: Generell ist unsere Linie, daß wir sagen: Es gibt – im Gegensatz zum Rangehen der SPD – nicht „Gute“

daß die Richter jetzt nur ohne öffentlichen Druck zu vernünftigen Entscheidungen kommen werden. Wie wollt ihr die jetzt anlaufenden Prozesse führen?

W: Man kann sagen, daß dieser Optimismus sehr wahrscheinlich keine Basis hat, weil sich allein schon durch den Kommentar, den die Justiz abgegeben hat zu der Einstellung der 59 Verfahren, eine bestimmte Mentalität klar gezeigt hat: Da wird schlicht gesagt, daß die teilgenommen haben und daß sie sich an Gewalttaten beteiligt haben. Wir können's ihnen aber nicht nachweisen. Das ist dann so ungefähr das Motto, es gibt zwar Täter, aber keine Tat. Und aufgrund so einer Mentalität halt ich das für ziemlich ausgeschlossen, daß die Justiz aus eigener Kraft von ihrer Strategie der Kriminalisierung abgeht.

A: Ich denke, das ist die Strategie, jetzt ja nicht weiter zu provozieren. Das ist halt diese Stillhaltetaktik, um Gottes willen Ruhe zu bewahren und die Öffentlichkeit durch Einschätzungen, die über rein juristische Geschichten an der Sache hinausgehen, nicht zu beunruhigen.

R: Generell ist unsere Linie, daß wir sagen: Es gibt – im Gegensatz zum Rangehen der SPD – nicht „Gute“



und „Böse“ oder juristisch zu rechtfertigende Urteile gegen „Steineschmeißer“. Wir sind der Auffassung, daß es bei den 141 nur Opfer gibt, nicht nur der bayerischen Justiz, sondern auch einer Politik, die jede Gegenbestrebung gegen Mißstände wie z.B. die Wohnungspolitik versucht, auf die übliche Art der Staatsräson zuzudecken. Wir wollen auch den Rechtshilfefonds allen 141 zur Verfügung stellen, und nicht wie die Stadt, die mal 20000 DM zur Verfügung gestellt hat, aber das Geld nur denen zubilligt, die juristisch vollkommen ungerechtfertigt im Knast gelandet sind ... Wir wollen gerade zu dieser Position, die sich ausdrücken läßt in der Forderung: keine Kriminalisierung, keine Verurteilungen, vollständige Rehabilitierung aller 141 Verhafteten, mit entsprechender Öffentlichkeitsarbeit die Diskussion darum führen, was diese Verurteilungen sollen usw.

KVZ: Unmittelbar nach der Verhaftung der 141 im März kam es zu einer Protestkundgebung vor der Lorenzkirche mit rd. 10000 Teilnehmern. An der Demonstration vor 3 Wochen beteiligten sich ca. 2000. Drückt das bestimmte Schwierigkeiten der Bewegung zu Beginn der Prozesse aus?

A: Da muß man darauf schau'n, wer diese 10000 Leute waren. Das war eine Kundgebung, die von der SPD ausging, die hat auch ein sozialdemokratisches-gewerkschaftliches Spektrum erreicht. Dieses Spektrum muß man gegenwärtig fast abziehen, weil sich die SPD in der Zwischenzeit nicht mehr da drum gekümmert hat. Es ging ihr nach meiner Einschätzung nur darum, sich gegenüber der CSU zu profilieren, was sie nichts gekostet hat.

KVZ: Es spielen aber sicher auch subjektive Faktoren eine Rolle. Auch die politische Schwäche der Bewegung über das „Wie weiter“?

W: Ich glaub', das, was viele Leute am Anfang aktiviert hat, war so 'ne spontane Empörung über den Rechtsbruch, und es wurde nicht das Vorgehen der Polizei und Justiz in Zusammenhang mit einer Gesamtstrategie gesehen. Bei einem Rechtsbruch, den man als einmaligen ansieht, gibt's erst Empörung, dann wieder ein Abflauen, dann gibt's Abwarten, was macht die Justiz. Jetzt fangen die Prozesse an, und dann gibt's aufgrund der Prozeßführung ein weiteres Mal Empörung, und dann schläft das Ganze wieder ziemlich stark ein. – Die verschiedenen Auffassungen von dem, was da passiert ist – es gab ja auch drei Verhaftungen und Anklagen wegen Zugehörigkeit zu einer kriminellen Vereinigung und Unterstützung, wovon öffentlich nicht gesprochen wird – haben uns in der Zusammenarbeit mit anderen Leuten ganz schön Schwierigkeiten gemacht. Z.B. mit den Eltern.

KVZ: Meiner Meinung nach wollte die bayerische Staatsregierung mit den Massenverhaftungen gegen das KOMM und das SPD-regierte Nürnberg vorgehen; gedacht war sicher auch an die im Oktober stattfindenden Oberbürgermeisterwahlen. Wie ist das öffentliche Engagement der SPD mit Glaser an der Spitze zu sehen?

A: Ich schätze dieses Engagement von diesen SPDlern als wahltaktisches

W: Ich glaub', das, was viele Leute am Anfang aktiviert hat, war so 'ne spontane Empörung über den Rechtsbruch, und es wurde nicht das Vorgehen der Polizei und Justiz in Zusammenhang mit einer Gesamtstrategie gesehen. Bei einem Rechtsbruch, den man als einmaligen ansieht, gibt's erst Empörung, dann wieder ein Abflauen, dann gibt's Abwarten, was macht die Justiz. Jetzt fangen die Prozesse an, und dann gibt's aufgrund der Prozeßführung ein weiteres Mal Empörung, und dann schläft das Ganze wieder ziemlich stark ein. – Die verschiedenen Auffassungen von dem, was da passiert ist – es gab ja auch drei Verhaftungen und Anklagen wegen Zugehörigkeit zu einer kriminellen Vereinigung und Unterstützung, wovon öffentlich nicht gesprochen wird – haben uns in der Zusammenarbeit mit anderen Leuten ganz schön Schwierigkeiten gemacht. Z.B. mit den Eltern.

KVZ: Meiner Meinung nach wollte die bayerische Staatsregierung mit den Massenverhaftungen gegen das KOMM und das SPD-regierte Nürnberg vorgehen; gedacht war sicher auch an die im Oktober stattfindenden Oberbürgermeisterwahlen. Wie ist das öffentliche Engagement der SPD mit Glaser an der Spitze zu sehen?

A: Ich schätze dieses Engagement von diesen SPDlern als wahltaktisches
ein.

W: Die CSU versucht ja in Nürnberg seit Jahren, das Selbstverwaltungsmodell KOMM (Jugendzentrum) zu liquidieren. Gerade für den Glaser sind diese Auseinandersetzung um das KOMM und die Verhaftungen sowas wie ein Schlüsselpunkt für seine ganze Kulturpolitik geworden, wo er sehr stark in einen politischen Clinch reingekommen ist, den er nicht so gerne hat.

R: Ich denke, daß diese Ereignisse der SPD in Bayern und in Nürnberg sehr zugute kommen. Der SPD geht es doch nicht darum, von sich selber aus, was dahinter steckt, die Wohnungspolitik aufzugreifen, die sie ja hier selber verantwortet. Im Grunde ist es der SPD recht zugute gekommen, daß der Sprengstoff der Kritik der Wohnungspolitik hier von der ersten Stelle verdrängt wurde, und daß die CSU hier was geboten hat, wo sich die SPD als demokratiewahrende Kraft dann profilieren kann.

KVZ: Anfangs wurde gerade aus den Reihen der ÖTV ganz massiv das Vorgehen der Polizei und der Justiz verurteilt; ganz vereinzelt nur aus der IGM. Der DGB Bayern hatte damals nur allgemein den Rechtsbruch beklagt, den der Bodenspekulanten und den der „Steineschmeißer“. Wie hat sich die Solidarität innerhalb der Gewerkschaft entwickelt?

R: Diesen Punkt haben wir so ziemlich vernachlässigt, auch weil sich aufgrund der Zusammensetzung des Ermittlungsausschusses keine unmittelbare Verbindung zur Gewerkschaft ergeben hat. Dazu kommt noch, daß Horst Klaus (1. Bevollmächtigter der IGM Nürnberg) sich in seiner Rede am 10. März ziemlich massiv gegen die Demonstranten geäußert hat. Auch ist in der Gewerkschaft sehr wenig angelaufen. Mittlerweile hat sich das geändert. Da hat es von dem GEW-Frauenkreis eine Veranstaltung gegeben mit der Elterninitiative, auch die ÖTV will jetzt im September eine Veranstaltung zu den Prozessen machen. Es ist halt so, daß am Anfang den wenigsten die politische Stoßrichtung der bayerischen Staatsregierung klar war, daß über den Verknüpfungspunkt: Polizeiaufrüstung und Einschränkung des Demonstrationsrechts auch Gewerkschaftler und Arbeiter mal betroffen sein werden. Das haben wir zwar von Anfang an betont, von den Gewerkschaften wurde das aber nicht als Verknüpfungspunkt einer Mobilisierung aus ihren Reihen verstanden. Für die Gewerkschaft war's halt immer „die Scene“.

A: Ich denke, das liegt auch daran, daß der 5. März erst mal als Ausrutscher diskutiert wurde und nicht im Zusammenhang mit dem Demonstrationsrecht. Wenn das massiver von Seiten der SPD passiert wäre, wären auch eher Aktivitäten der Gewerkschaften angelaufen.

R: Unmittelbar für die Prozesse wird



„Im Namen des Volkes?“ – Aus: Plärrer, Nürnberger Stadtzeitung, 7/81

„Im Namen des Volkes?“ – Aus: Plärrer, Nürnberger Stadtzeitung, 7/81

geben hat. Dazu kommt noch, daß Horst Klaus (1. Bevollmächtigter der IGM Nürnberg) sich in seiner Rede am 10. März ziemlich massiv gegen die Demonstranten geäußert hat. Auch ist in der Gewerkschaft sehr wenig angelaufen. Mittlerweile hat sich das geändert. Da hat es von dem GEW-Frauenkreis eine Veranstaltung gegeben mit der Elterninitiative, auch die ÖTV will jetzt im September eine Veranstaltung zu den Prozessen machen. Es ist halt so, daß am Anfang den wenigsten die politische Stoßrichtung der bayerischen Staatsregierung klar war, daß über den Verknüpfungspunkt: Polizeiaufrüstung und Einschränkung des Demonstrationsrechts auch Gewerkschaftler und Arbeiter mal betroffen sein werden. Das haben wir zwar von Anfang an betont, von den Gewerkschaften wurde das aber nicht als Verknüpfungspunkt einer Mobilisierung aus ihren Reihen verstanden. Für die Gewerkschaft war's halt immer „die Scene“.

A: Ich denke, das liegt auch daran, daß der 5. März erst mal als Ausrutscher diskutiert wurde und nicht im Zusammenhang mit dem Demonstrationsrecht. Wenn das massiver von Seiten der SPD passiert wäre, wären auch eher Aktivitäten der Gewerkschaften angelaufen.

R: Unmittelbar für die Prozesse wird
es schon wichtig, daß die Gewerkschaften sich stärker auf das, was politisch läuft, beziehen. Das könnte man nur begrüßen.

KVZ: Welche Forderungen werden einheitlich in der Bewegung vertreten?

R: Das mit der Wohnungsnot ist eigentlich schon ziemlich heraußen. Alles, was sich ergeben hat an Gegenpositionen, sind eigentlich defensive Parolen: Keine Kriminalisierung, vollständige Rehabilitierung, d.h. Einstellung aller Ermittlungsverfahren, Vernichtung der Akten, die angelegt wurden, zum Teil auch Amnestieforderungen. Es ist wichtig, daß die Elterninitiative sich in dieser Richtung radikalisiert hat, die jetzt auch sagt: Man darf die 141 nicht in „Gute“ und „Böse“ trennen. Auch der Beitrag von dem einen Gewerkschafter auf der letzten Kundgebung ließ solche Tendenzen erkennen.

KVZ: In den letzten Monaten ist im Zusammenhang mit den Massenverhaftungen von mehr kommunalen Selbstverwaltungsrechten die Rede gewesen, vor allem hinsichtlich der Polizei. Seht ihr da auch einen Vorteil drin?

R: Man kann spekulieren. Die Polizei ist als verstaatlichte Polizei weisungsgebunden an das Innenministerium, an Gremien, die nicht in SPD-Händen sind. Wäre die Polizei noch kommunal, wär' das vielleicht etwas anders abgelaufen. Das wäre dann so gewesen, daß die SPD in einem gewissen Legitimationsdruck gestanden hätte. Ich weiß nicht, ob sie es tatsächlich unterlassen hätte.

KVZ: Welche Solidaritätsaktionen plant ihr für die nächste Zeit?

R: Wir sind zur Zeit schwach auf der Brust. Es geht halt da drum, 'ne möglichst breite Öffentlichkeit, auch liberale herzustellen. Wenn's geht, Veranstaltungen zu machen, publizistisch einzugreifen usw.

W: Seit 14 Tagen läuft jetzt auch eine Unterschriftensammlung, die sich mit unseren Forderungen deckt. (Der Aufruf enthält die Forderungen: „Keine Strafverfolgung aller im Zusammenhang mit Instandbesetzungen ermittelten Personen, Amnestie für verurteilte Instandbesetzer und deren Sympathisanten in der BRD.“) Das Problem im Moment ist, wir wollen erst mal 'ne Reihe von prominenten Persönlichkeiten und Organisationen, die diesen Aufruf unterstützen, und die bereit sind, daß ihre Unterstützung veröffentlicht wird. Dann soll dieser Aufruf erst breit vertrieben werden. Der einzige, der sich öffentlich bisher für diese auch in dem Aufruf vertretene Amnestieforderung ausgesprochen hat, ist der Hirsch im Interview mit dem „Zündfunk“, dann hat noch ein Richter aus Dortmund unterzeichnet, aber sonst ist das recht schwierig ...

te. Ich weiß nicht, ob sie es tatsächlich unterlassen hätte.

KVZ: Welche Solidaritätsaktionen plant ihr für die nächste Zeit?

R: Wir sind zur Zeit schwach auf der Brust. Es geht halt da drum, 'ne möglichst breite Öffentlichkeit, auch liberale herzustellen. Wenn's geht, Veranstaltungen zu machen, publizistisch einzugreifen usw.

W: Seit 14 Tagen läuft jetzt auch eine Unterschriftensammlung, die sich mit unseren Forderungen deckt. (Der Aufruf enthält die Forderungen: „Keine Strafverfolgung aller im Zusammenhang mit Instandbesetzungen ermittelten Personen, Amnestie für verurteilte Instandbesetzer und deren Sympathisanten in der BRD.“) Das Problem im Moment ist, wir wollen erst mal 'ne Reihe von prominenten Persönlichkeiten und Organisationen, die diesen Aufruf unterstützen, und die bereit sind, daß ihre Unterstützung veröffentlicht wird. Dann soll dieser Aufruf erst breit vertrieben werden. Der einzige, der sich öffentlich bisher für diese auch in dem Aufruf vertretene Amnestieforderung ausgesprochen hat, ist der Hirsch im Interview mit dem „Zündfunk“, dann hat noch ein Richter aus Dortmund unterzeichnet, aber sonst ist das recht schwierig ...

KVZ: Was ist aus der Forderung nach Rücktritt von Tandler, Hillermeier und Kraus (Polizeipräsident von Mittelfranken) geworden?

R: Das ist 'ne sehr schöne Forderung.

Leserbriefe zu dem Artikel:

Die USA, die Sowjetunion und der drohende Krieg

aus: KVZ Nr. 28, Seite 9

Das Kräfteverhältnis zwischen den USA und der Sowjetunion wird nicht untersucht

Im Artikel „Die USA, die Sowjetunion und der drohende Krieg" (KVZ 28) soll nach unserem Verständnis das derzeitige Kräfteverhältnis zwischen den USA und der SU in der Welt in bezug auf einen drohenden Krieg untersucht werden. Diesem Anspruch wird der Artikel jedoch nicht gerecht! Nachdem der „Niedergang" der USA und die „strategische Expansion" der SU dargestellt worden sind, zieht sich die gesamte Argumentation des Gen. Plümer auf den einen Satz zusammen: „Aber die Sowjetunion hat noch an keiner Stelle eine historische Niederlage eingesteckt. Solange aber bleibt sie innerhalb des Ringens der beiden Supermächte der Hauptkriegstreiber." Was ist das für eine Begründung, vor allem, bedeutet die „historische Niederlage" der USA, daß nicht auch von ihr wieder die Hauptgefahr für einen Krieg ausgehen kann? Bisher haben wir uns immer bemüht, den Krieg als ein Mittel der Politik zu begreifen und zu erklären. Das hat uns vor die Aufgabe gestellt, die wirtschaftliche und politische Lage eines Landes, seinen Charakter und seine Stellung in der Welt zu untersuchen.

Dieser Aufgabe enthebt sich der Genosse Plümer, stattdessen schreibt er von strategischer Offensive und Defensive, was immer das sein mag. Wozu sollen diese Begriffe dienen, wenn nicht die Bedingungen geklärt sind, unter denen offensiv oder defensiv, strategisch oder taktisch, von wem, warum, wie, wo und wozu verfahren werden kann? Wie verkraftet es die SU z.B. ökonomisch, daß sie Kuba dabei unterstützen muß, seine Armeen weit über Afrika verstreut zu halten, desgleichen Vietnams Truppen in Kampuchea? Kommt sie politisch weiter in Afrika oder in Nahost oder in Indochina? Welche Folgen wirtschaftlicher und politischer Art haben der Einmarsch und Kleinkrieg in Afghanistan? Welche Auswirkungen haben die Ereignisse in Polen auf die sowjetische Bevölkerung, welche auf die der „Bruderländer"? Wie wirkt die Wirtschaftskrise der westlichen Industriestaaten auf den Comecon, wie ist die wirtschaftliche Lage innerhalb der SU? Hat die Dissidentenbewegung Wirkung bei der Bevölkerung der SU? Solche Fragen fallen einem spontan ein, wenn man versucht, die Lage der SU einzuschätzen; ähnliche stellen sich auch bei der Einschätzung der USA. Selbst wenn man in Betracht zieht, daß in einem solchen Artikel diese Fragen nicht alle umfassend geklärt werden können, so muß man sich ihnen doch wenigstens nähern. Mit der Plümerschen Vorgehensweise kommt man allenfalls dahin, die Umtriebe der USA in El Salvador und Guatemala als defensiv darzustellen. Für diese Art Defensive werden sich die Völker bedanken! In einer Studie des Pentagon mag dies einfach frech und zynisch klingen („Wir müssen unseren Hinterhof sauber halten!"); in einer kommunistischen Zeitung zeugt es allerdings von einem erschreckenden Mangel an politischer Einschätzungsfähigkeit.

Eine begründete Einschätzung zur Stellung von USA und SU in der Welt und ihrer Möglichkeit, einen Krieg zu beginnen, haben wir nach diesem Artikel nicht, wir wären dankbar, wenn sie möglichst bald in der KVZ erscheinen würde.

Zelle Leer

historische Niederlagen könnten ja auch etwas schleichender daherkommen. Dann kann man sie jedenfalls nicht unbedingt sofort erkennen. Vielleicht hat sie für die SU schon in Afghanistan oder Polen begonnen?

Jedenfalls sollte man den Kopf für solche Überlegungen frei halten und die Kriegsgefahr nicht tendenziell auf eine Supermacht reduzieren, sondern davon ausgehen, daß die Kriegsgefahr von der *Rivalität der beiden* Supermächte ausgeht. Welche dabei den aggressiveren Kurs steuert, ist dabei nicht für immer entschieden.

Auch wer von Weltreaktion spricht, sollte nicht auf einem Auge blind sein: die Vorzüge z.B. eines südafrikanischen Kolonialregimes als US-Domäne gegenüber einem SU-eigenen Regime in Afghanistan müßten mir erst noch erläutert werden. Auch wenn sich die Arbeiterbewegung in den westlichen Ländern bessere Kampfbedingungen und auch Lebensbedingungen erkämpft hat, sehe ich jedenfalls in Moskau und Washington zwei Zentren der Weltreaktion, von denen sich die Völker befreien müssen.

H. Arend, Kassel

Bestreitbarer Versuch, die Aggressionsvorbereitungen beider Supermächte gegeneinander aufzurechnen

Falsch ist die Behauptung des Genossen Plümer, die UdSSR sei *das* Zentrum der Weltreaktion, die in beiden Artikeln enthalten ist. Wäre es so, müßte sich die gesamte Reaktion in der Welt an der UdSSR ausrichten, wie sie sich im 19. Jahrhundert an dem Zarismus orientierte. Das ist aber offensichtlich nicht der Fall. Wenn man den Begriff schon verwenden will, dann kann man zwei Zentren feststellen, an denen sich die Reaktion orientiert, die USA und die UdSSR. Bei einer Aufteilung der Welt in die Herrschaftsbereiche dieser beiden Supermächte ist das auch nicht gerade verwunderlich. Das einzige, was die These des Genossen Plümer auf den ersten Blick zu stützen scheint, ist die, verglichen mit den inneren Verhältnissen der USA, schärfere Unterdrückung im Inneren der UdSSR. Das allein kann aber nicht Maßstab sein. Die politischen Verhältnisse, um deren Aufrechterhaltung oder Errichtung die USA in der 3. Welt kämpfen, sind nicht weniger reaktionär als die Verhältnisse im Innern der UdSSR und die Ziele, die die UdSSR vertritt.

In seinem zweiten Artikel versucht der Genosse Plümer aus der Einschätzung der UdSSR als Hauptkriegstreiber praktische Konsequenzen zu ziehen und sowohl dem Genossen Fücks wie der Bewegung gegen die US-Mittelstreckenraketen zu unterschieben, sie würden sich an der Suche nach *dem* Hauptkriegstreiber beteiligen, nur andersherum. Die Kategorie taugt aber gar nicht, um den drohenden Krieg zu analysieren. Ihre Anwendung auf den ersten Weltkrieg, zu der Genosse Plümer ansetzt, führte dazu, den deutschen Imperialismus als Hauptkriegstreiber zu identifizieren. Welche Konsequenzen hätte die internationale Arbeiterbewegung daraus ziehen sollen? Gerade der revolutionäre Flügel der Sozialdemokratie hat eine derartige Differenzierung abgelehnt und hat die Verantwortung der imperialistischen Ziele aller am Krieg beteiligten Großmächte herausgestellt. Der Clou ist, daß der drohende Krieg zwischen USA und UdSSR nicht deshalb droht, weil ein Hauptkriegstreiber existierte, sondern nur deshalb überhaupt drohen kann, weil es deren zwei gibt. Nur weil beide nach Weltherrschaft streben und den Kampf darum vorbereiten, besteht die drohende Kriegsgefahr überhaupt (sonst könnten nur imperialistische Eroberungskriege gegen ihre Unabhängigkeit verteidigende Nationen drohen). Der – im Ergebnis sowieso stets bestreitbare – Versuch, die Aggressionsvorbereitungen der beiden Supermächte gegeneinander aufzusaldieren, um eine als „aggressiver" zu brandmarken, trägt mehr dazu bei, ihre beiderseitigen Aggressionsvorbereitungen zu verschleiern, als daß er sie erhellte. Zudem nährt eine solche Analyse Illusionen über ausgewogene Abrüstung und Kräftegleichgewicht. Wenn der Begriff der besonderen Aggressivität nutzen soll, um die Strategie und Taktik der Arbeiterbewegung gegenüber einem drohenden Krieg zu bestimmen, dann muß man seinen Gebrauch auf Situationen beschränken, in denen sich die Ziele der (potentiell) kriegführenden Parteien qualitativ unterscheiden, wie z.B. im 2. Weltkrieg. Ein solcher qualitativer Unterschied der Kriegsziele von USA und UdSSR ist nicht zu erkennen.

Man kann und sollte sich also in Westeuropa mit allen Kräften zusammenschließen, die die Aggressionsvorbereitungen der USA und insbesondere die Stationierung ihrer Mittelstreckenraketen in Westeuropa bekämpfen. Konkrete Kämpfe sind in Westeuropa sowieso nur dagegen möglich. – Wie anders als entweder mit papiernen Resolutionen oder mit stählernen Panzern sollte denn der Kampf gegen die Stationierung von Sowjettruppen in der DDR von Westeuropa aus geführt werden?

Wo.F., Bensheim

Die tatsächlichen Ressourcen der kriegsführenden Parteien untersuchen

1. Die These vom Hauptkriegstreiber Sowjetunion. Im großen und ganzen wird die These deduktiv begründet. Etwa so: Weil die Sowjetunion nach Weltherrschaft strebt, weil sie die Supermacht ist, die dabei angreifen muß (die USA kann verteidigen), weil sie insbesondere mit normalen ökonomischen Mitteln die Weltherrschaft nicht erringen, ihr auch nicht entscheidend näherkommen kann, muß sie den militärischen Weg, den Angriff wählen. Diese These hatte bis vor einiger Zeit viel für sich, aber in der gegenwärtigen Entwicklung scheint sie uns in der ersten Voraussetzung zweifelhaft zu werden, und zwar sowohl von der Sowjetunion wie den USA her. Wenn wir in der Analyse der BRD davon weggekommen sind (zu Recht), aus einer allgemeinen Tendenz des Kapitals nach Unterwerfung aller Ressourcen, aus Schulbuchgrenzen und Träumen von Reaktionären ein Streben der BRD nach Weltherrschaft zu konstatieren, dann müssen wir bei der Untersuchung der Sowjetunion die Möglichkeit einbeziehen, daß die dort herrschende Bürokratie zwar möchte, aber vielleicht im Moment und für einige Zeit nicht kann und das auch weiß. Man muß also die tatsächlichen Ressourcen der kriegführenden Parteien untersuchen und da scheint es uns doch so zu sein, daß sich da die Lage für die Sowjetunion in der letzten Zeit nicht verbessert, sondern verschlechtert hat. Wenn unbestritten ist, daß die Sowjetunion Rückschläge erlitten hat (Kampuchea, Afghanistan, Eritrea und Polen), kann man das mit dem Hinweis beseitigen, es seien keine „strategischen Niederlagen" (Lutz Plümer, KVZ 28/81)? Was ist denn für eine Supermacht mit schwacher ökonomischer Basis eine strategische Niederlage? War die Sowjetunion z.B. bezüglich Afghanistan nicht gerade darauf angewiesen, dies Land in kürzester Zeit zu unterwerfen, um es ausplündern zu können? Kann nicht bei schwacher ökonomischer Basis die Tatsache, daß Afghanistan für die Sowjetunion weder politisch noch militärisch noch ökonomisch ein Gewinn, sondern ein Verlustgeschäft (bisher) gewesen ist, ganz andere Auswirkungen haben als Vietnam für die USA?

Wir meinen also, daß die aktuelle Untersuchung der inneren Verhältnisse der Sowjetunion, die Auswirkungen der Rückschläge auf die Planungen und die Politik der Sowjetunion nicht ausreichend verfolgt werden, was ohne Zweifel auch dazu führen kann, daß man sich bei Kriegsausbruch „blamiert". Die Kehrseite davon ist, daß die Politik der Reagan-Regierung im wesentlichen auch nur in ihren Auswirkungen nach innen untersucht wird, nicht nach aussen. Die *Äußerungen* dieser Regierung sind eindeutig aggressiver als die der Carter Regierung. Wenn Genosse Plümer meint, die USA seien an keiner Stelle in die Offensive gekommen, so muß man ja nach unserer Auffassung die Zeit seit Reagan betrachten, und seitdem ist die Sowjetunion auch nicht gerade in die Offensive gekommen. Tatsache ist doch aber, daß das immer frechere Auftreten der Zionisten ohne Reagan gar nicht denkbar wäre. Die Hauptfrage, die dadurch entsteht, ist doch: Gibt es in den USA nicht relevante Kräfte, die die gegenwärtige Lage der Sowjetunion nicht nur nutzen wollen um die Ausbreitung zu verhindern, sondern die Sowjetunion zurückdrängen wollen, oder den einzigen Konkurrenten im Kampf um die Weltherrschaft militärisch schlagen wollen.

Zelle Rechtsanwälte/Lehrer Köln/Rhein-Sieg

Antwort des Verfassers

Auf den in der KVZ 28 abgedruckten Artikel „Die USA, die Sowjetunion und der drohende Krieg" haben eine Reihe von Genossen in Leserbriefen geantwortet. Auszüge aus einigen der eingegangenen Briefe sind auf dieser Seite abgedruckt. Ich will hier nur den Charakter des Problems erläutern, um das es in dieser Auseinandersetzung m.E. geht.

Es geht nicht darum, die Bewegung gegen die Stationierung von US-Mittelstreckenraketen nicht oder nur halbherzig zu unterstützen. Es geht vielmehr darum, ob die

gebnis einer solchen Untersuchung ist aber nur in zweiter Linie von Belang. Vor allem muß man die strategische Entwicklung und die Politik der beiden Supermächte untersuchen. Wenn man von den Tatsachen ausgeht, sieht man, daß die Sowjetunion nach wie vor durch militärische, aber auch durch andere Mittel ihren Herrschaftsbereich *ausdehnt*. Die Rückschläge, die sie etwa in Afghanistan oder Kampuchea erleidet, erleidet sie in expansiven Kriegen. Die Rückschläge, die die USA in Mittelamerika erlei-

stimmten Taktik gegen diese Kriegsvorbereitungen, sondern allenfalls zu leeren Deklarationen, verbunden vielleicht mit Anhängen an das, was gerade populär ist.

Beide Supermächte wenden bei der Beherrschung von Ländern der 3. Welt terroristische Methoden an, und es ist nicht besonders vernünftig, diese nach besser oder schlechter zu differenzieren. Angesichts eines drohenden Krieges der beiden Supermächte um Europa ist es gleichwohl vernünftig, sich die politischen Systeme anzusehen, die innerhalb der beiden Super-

Bestreitbarer Versuch, die Aggressionsvorbereitungen beider Supermächte gegeneinander aufzurechnen

Falsch ist die Behauptung des Genossen Plümer, die UdSSR sei *das* Zentrum der Weltreaktion, die in beiden Artikeln enthalten ist. Wäre es so, müßte sich die gesamte Reaktion in der Welt an der UdSSR ausrichten, wie sie sich im 19. Jahrhundert an dem Zarismus orientierte. Das ist aber offensichtlich nicht der Fall. Wenn man den Begriff schon verwenden will, dann kann man zwei Zentren feststellen, an denen sich die Reaktion orientiert, die USA und die UdSSR. Bei einer Aufteilung der Welt in die Herrschaftsbereiche dieser beiden Supermächte ist das auch nicht gerade verwunderlich. Das einzige, was die These des Genossen Plümer auf den ersten Blick zu stützen scheint, ist die, verglichen mit den inneren Verhältnissen der USA, schärfere Unterdrückung im Inneren der UdSSR. Das allein kann aber nicht Maßstab sein. Die politischen Verhältnisse, um deren Aufrechterhaltung oder Errichtung die USA in der 3. Welt kämpfen, sind nicht weniger reaktionär als die Verhältnisse im Innern der UdSSR und die Ziele, die die UdSSR vertritt.

In seinem zweiten Artikel versucht der Genosse Plümer aus der Einschätzung der UdSSR als Hauptkriegstreiber praktische Konsequenzen zu ziehen und sowohl dem Genossen Fücks wie der Bewegung gegen die US-Mittelstreckenraketen zu unterschieben, sie würden sich an der Suche nach *dem* Hauptkriegstreiber beteiligen, nur andersherum. Die Kategorie taugt aber gar nicht, um den drohenden Krieg zu analysieren. Ihre Anwendung auf den ersten Weltkrieg, zu der Genosse Plümer ansetzt, führte dazu, den deutschen Imperialismus als Hauptkriegstreiber zu identifizieren. Welche Konsequenzen hätte die internationale Arbeiterbewegung daraus ziehen sollen? Gerade der revolutionäre Flügel der Sozialdemokratie hat eine derartige Differenzierung abgelehnt und hat die Verantwortung der imperialistischen Ziele aller am Krieg beteiligten Großmächte herausgestellt. Der Clou ist, daß der drohende Krieg zwischen USA und UdSSR nicht deshalb droht, weil ein Hauptkriegstreiber existierte, sondern nur deshalb überhaupt drohen kann, weil es deren zwei gibt. Nur weil beide nach Weltherrschaft streben und den Kampf darum vorbereiten, besteht die drohende Kriegsgefahr überhaupt (sonst könnten nur imperialistische Eroberungskriege gegen ihre Unabhängigkeit verteidigende Nationen drohen). Der – im Ergebnis sowieso stets bestreitbare – Versuch, die Aggressionsvorbereitungen der beiden Supermächte gegeneinander aufzusaldieren, um eine als „aggressiver" zu brandmarken, trägt mehr dazu bei, ihre beiderseitigen Aggressionsvorbereitungen zu verschleiern, als daß er sie erhellte. Zudem nährt eine solche Analyse Illusionen über ausgewogene Abrüstung und Kräftegleichgewicht. Wenn der Begriff der besonderen Aggressivität nutzen soll, um die Strategie und Taktik der Arbeiterbewegung gegenüber einem drohenden Krieg zu bestimmen, dann muß man seinen Gebrauch auf Situationen beschränken, in denen sich die Ziele der (potentiell) kriegführenden Parteien qualitativ unterscheiden, wie z.B. im 2. Weltkrieg. Ein solcher qualitativer Unterschied der Kriegsziele von USA und UdSSR ist nicht zu erkennen.

Man kann und sollte sich also in Westeuropa mit allen Kräften zusammenschließen, die die Aggressionsvorbereitungen der USA und insbesondere die Stationierung ihrer Mittelstreckenraketen in Westeuropa bekämpfen. Konkrete Kämpfe sind in Westeuropa sowieso nur dagegen möglich. – Wie anders als entweder mit papiernen Resolutionen oder mit stählernen Panzern sollte denn der Kampf gegen die Stationierung von Sowjettruppen in der DDR von Westeuropa aus geführt werden?

Wo.F., Bensheim

buchgrenzen und Träumen von Reaktionären ein Streben der BRD nach Weltherrschaft zu konstatieren, dann müssen wir bei der Untersuchung der Sowjetunion die Möglichkeit einbeziehen, daß die dort herrschende Bürokratie zwar möchte, aber vielleicht im Moment und für einige Zeit nicht kann und das auch weiß. Man muß also die tatsächlichen Ressourcen der kriegführenden Parteien untersuchen und da scheint es uns doch so zu sein, daß sich da die Lage für die Sowjetunion in der letzten Zeit nicht verbessert, sondern verschlechtert hat. Wenn unbestritten ist, daß die Sowjetunion Rückschläge erlitten hat (Kampuchea, Afghanistan, Eritrea und Polen), kann man das mit dem Hinweis beseitigen, es seien keine „strategischen Niederlagen" (Lutz Plümer, KVZ 28/81)? Was ist denn für eine Supermacht mit schwacher ökonomischer Basis eine strategische Niederlage? War die Sowjetunion z.B. bezüglich Afghanistan nicht

nach innen untersucht wird, nicht nach aussen. Die *Äußerungen* dieser Regierung sind eindeutig aggressiver als die der Carter Regierung. Wenn Genosse Plümer meint, die USA seien an keiner Stelle in die Offensive gekommen, so muß man ja nach unserer Auffassung die Zeit seit Reagan betrachten, und seitdem ist die Sowjetunion auch nicht gerade in die Offensive gekommen. Tatsache ist doch aber, daß das immer frechere Auftreten der Zionisten ohne Reagan gar nicht denkbar wäre. Die Hauptfrage, die dadurch entsteht, ist doch: Gibt es in den USA nicht relevante Kräfte, die die gegenwärtige Lage der Sowjetunion nicht nur nutzen wollen um die Ausbreitung zu verhindern, sondern die Sowjetunion zurückdrängen wollen, oder den einzigen Konkurrenten im Kampf um die Weltherrschaft militärisch schlagen wollen.

Zelle Rechtsanwälte/Lehrer Köln/Rhein-Sieg

Vordringlich ist der Kampf gegen die US-Hegemonie in Westdeutschland

Genosse Plümer hat Recht, wenn er in dem Artikel (KVZ) zu dem Schluß kommt, daß die Bewegung gegen die US-Mittelstreckenraketen nur dann mehrheitsfähig werden kann, wenn sie zugleich eine Antwort auf die sowjetische Bedrohung geben kann in Richtung Blockfreiheit. Ist deshalb der Kampf gegen diese geplante Raketenstationierung kein entscheidendes Kettenglied im Kampf gegen die imperialistische Kriegsgefahr? Gen. Plümer ist scheinbar dieser Auffassung.

Die Arbeiterbewegung in Westdeutschland steht jedoch vor der Aufgabe, die Hegemonie des US-Imperialismus zu bekämpfen, ohne in die der Sowjetunion zu geraten und ohne der SU militärisch ausgeliefert zu sein. Der unmittelbare Gegner (und damit der, der zuerst geschlagen sein will) ist aber wohl der, der die Herrschaft oder Hegemonie ausübt und nicht der, der sie erst bekommen will. Das darf man über die Diskussion um den „Hauptkriegstreiber" nicht vergessen, auch wenn sich durch einen militärischen Überfall der SU auf Westeuropa die Frage schlagartig anders stellen würde.

Gegenwärtig jedoch können wir *praktisch* die Kriegsvorbereitungen beider Supermächte entscheidend durch die Verhinderung der US-Raketenstationierung bekämpfen, wie *praktisch* z.B. die polnische Arbeiterbewegung die Aufmarschpläne der SU durchkreuzt durch die Entwicklung der eigenen Stärke und Unabhängigkeit. Erfolgreich können alle diese Kämpfe nur geführt werden, wenn in ihnen die Perspektive gegen Hegemonie und Kriegsvorbereitung beider Supermächte entwickelt wird. Daraus sollte jedoch nicht die Rechtfertigung für eine halbherzige Unterstützung einer Bewegung gezogen werden, die ein richtiges (und in der Frage des Kampfes gegen die Kriegsvorbereitungen im eigenen Land entscheidendes) Aktionsziel verfolgt, auch wenn die genannte Perspektive in ihr noch relativ schwach entwickelt ist und große Teile dieser Bewegung auf einem Auge blind sind.

Die Frage, ob der US-Imperialismus im Kampf um die Weltherrschaft zur Gegenoffensive übergegangen ist oder übergeht, verneint Gen. Plümer. Er sieht keine Anhaltspunkte für neue territoriale Eroberungen der USA, damit gäbe es diese Gegenoffensive nicht. Gewiß sind Reagans Worte noch keine Taten, aber auch nicht Schall und Rauch. Das Interesse an der Gegenoffensive ist offensichtlich vorhanden – ob machbar, muß sich erst noch herausstellen. Jedenfalls ist es gefährlich für die viel beschworene konkrete Analyse der konkreten Situation, wenn die SU ein für allemal als Hauptkriegstreiber festgeschrieben wird, weil sie noch keine historische Niederlage eingesteckt habe. Mit scheint in der gegenwärtigen Situation diese Frage von Offensive bzw. Gegenoffensive zwischen den Supermächten ziemlich auf der Kippe zu stehen, wobei ich nicht weiß, wohin diese sich neigen wird. Im übrigen muß eine historische Niederlage nicht immer mit einem großen Knall verbunden und damit ziemlich schlagartig sichtbar sein (wie für den US-Imperialismus die Niederlage in Süd-Ost-Asien Mitte der 70er Jahre). Nicht weniger

Antwort des Verfassers

Auf den in der KVZ 28 abgedruckten Artikel „Die USA, die Sowjetunion und der drohende Krieg" haben eine Reihe von Genossen in Leserbriefen geantwortet. Auszüge aus einigen der eingegangenen Briefe sind auf dieser Seite abgedruckt. Ich will hier nur den Charakter des Problems erläutern, um das es in dieser Auseinandersetzung m.E. geht.

Es geht nicht darum, die Bewegung gegen die Stationierung von US-Mittelstreckenraketen nicht oder nur halbherzig zu unterstützen. Es geht vielmehr darum, ob die Forderung gegen die US-Mittelstreckenraketen der Konzentrationspunkt des Kampfes gegen die imperialistischen Kriegsvorbereitungen sein kann. Das hängt zusammen mit der Frage, ob von den geplanten US-Mittelstreckenraketen heute tatsächlich die Hauptgefahr für den Frieden ausgeht, oder allgemeiner, ob insgesamt von den USA heute die Hauptbedrohung des Friedens ausgeht. Dazu habe ich die Auffassung vertreten, daß der sowjetische Expansionismus, oder anders ausgedrückt die sowjetische Bedrohung, keine Propagandalüge von NATO-Generälen, sondern eine Tatsache ist. Daß man im Kampf gegen die geplanten US-Mittelstreckenraketen diese Tatsache nicht ignorieren kann, und deshalb im Kampf für die Verteidigung des Friedens mehr braucht als bloß eine Forderung gegen diese Raketen. Die Frage nach der bestimmten Rolle der USA und der Sowjetunion ist keineswegs hergeholt, sondern es gibt darüber zum Teil einseitige und auch falsche Auffassungen in der gegenwärtigen Friedensbewegung, mit denen man sich auseinandersetzen muß in dem Interesse, daß diese Bewegung ihr allgemeines Ziel – Verteidigung des Friedens – und ihr unmittelbares Ziel – Nichtstationierung der US-Mittelstreckenraketen – möglichst erreicht.

Die Frage, ob eine der beiden Supermächte besonders aggressiv ist oder nicht, ist eine andere Frage als die nach dem ökonomischen und militärischen Kräfteverhältnis. In der Geschichte Europas ging die Vorbereitung großer Kriege, insbesondere der beiden Weltkriege, keineswegs stets von den Mächten aus, die wirtschaftlich und militärisch überlegen waren. Ich wende mich nicht gegen die Notwendigkeit, auch diese Kräfteverhältnisse zu untersuchen. Das Ergebnis einer solchen Untersuchung ist aber nur in zweiter Linie von Belang. Vor allem muß man die strategische Entwicklung und die Politik der beiden Supermächte untersuchen. Wenn man von den Tatsachen ausgeht, sieht man, daß die Sowjetunion nach wie vor durch militärische, aber auch durch andere Mittel ihren Herrschaftsbereich *ausdehnt*. Die Rückschläge, die sie etwa in Afghanistan oder Kampuchea erleidet, erleidet sie in expansiven Kriegen. Die Rückschläge, die die USA in Mittelamerika erleiden, stecken sie bei dem Versuch ein, ihr traditionelles Imperium zu verteidigien. Wieso ist es zynisch, die Militärinterventionen der USA in El Salvador unter dem Begriff defensiv zu fassen? Der Gegensatz von defensiv und offensiv hat nichts zu tun mit dem Gegensatz gut und böse, gerecht und ungerecht. Es handelt sich nicht um moralische Kategorien, sondern um Kategorien, die die strategische Lage untersuchen.

Möglicherweise kommen die USA in Zukunft erneut in die Offensive. Möglicherweise wird das Vordringen der Sowjetunion noch vor einem Weltkrieg gestoppt und sie gerät in die Defensive. Man darf keine dieser Möglichkeiten ausschließen. Einstweilen muß man aber von den Tatsachen ausgehen, die heute bestehen.

Man muß die Entwicklung aller Faktoren untersuchen, die die beiden Supermächte jeweils stärken oder schwächen. Insbesondere muß man aber von den Resultaten dieser Entwicklung ausgehen.

Haben die – glücklicherweise wachsenden – inneren und äußeren Schwierigkeiten bereits das Vordringen der Sowjetunion gestoppt? Trotz Schwierigkeiten in Kampuchea bedroht Vietnam ausdrücklich die Souveränität Thailands. Trotz Schwierigkeiten in Afghanistan bedroht die Sowjetunion die Souveränität Pakistans, und die Gefahr ist groß, daß sie im Iran (weiter) an Boden gewinnt. Man kann weitere Beispiele für das Vordringen der Sowjetunion anführen, wie auch für Versuche der USA, gegen das Vordringen der Sowjetunion Positionen zu errichten. Vor allem aber sollte man die prinzipielle These, daß die Kriegsgefahr von der Rivalität beider Supermächte herrührt, nicht gegen die Notwendigkeit einer konkreten Analyse konkreter Kriegsvorbereitungen wenden. Denn ohne eine konkrete Analyse kommt man nicht zu einer bestimmten Taktik gegen diese Kriegsvorbereitungen, sondern allenfalls zu leeren Deklarationen, verbunden vielleicht mit Anhängen an das, was gerade populär ist.

Beide Supermächte wenden bei der Beherrschung von Ländern der 3. Welt terroristische Methoden an, und es ist nicht besonders vernünftig, diese nach besser oder schlechter zu differenzieren. Angesichts eines drohenden Krieges der beiden Supermächte um Europa ist es gleichwohl vernünftig, sich die politischen Systeme anzusehen, die innerhalb der beiden Supermächte und in den von ihnen dominierten bzw. mit ihnen verbündeten Ländern Europas herrschen. Und bei aller politischen Unterdrückung, Willkür, Polizeimethoden, die es in Westeuropa und vor allem in den USA gibt – *gegenüber* dem „Westen" repräsentiert die Sowjetunion, repräsentiert der „Ostblock" Reaktion und Despotismus, haben die Arbeiterklasse und die Völker dort *wesentlich* größere Schwierigkeiten, nicht nur politische Kämpfe praktisch zu führen, sondern überhaupt eine selbständige Auffassung zu entwickeln. Insofern habe ich die Sowjetunion als das *Zentrum* der Weltreaktion bezeichnet, was ja nicht heißt, daß nur dort, wo die Sowjetunion herrscht, Reaktion vorkommt. Der Despotismus der Sowjetunion ist auch eine innere Bedingung für die Fähigkeit der Sowjetunion, Aggressionskriege zu führen. Daß es in den USA eine begrenzte Pressefreiheit und Presse gibt, die hin und wieder auch über die Machenschaften des amerikanischen Imperialismus informiert, war eine wichtige Bedingung für die Entwicklung der Anti-Kriegs-Bewegung in den USA, die zu der Niederlage in Südostasien beigetragen hat. Solche Probleme hat die Sowjetunion derzeit nicht. Deshalb kann sie auch trotz ökonomischer Probleme Rückschläge in einem Aggressionskrieg wohl länger aushalten, als die USA das konnten.

Der Despotismus hat sicherlich seine Ursachen auch in dem wirtschaftlich und sozial rückschrittlicheren System der Sowjetunion. Beides zusammen erhöht aber die Gefahr, daß sie angesichts wachsender innerer und äußerer Schwierigkeiten das Heil in einem forcierten Expansionismus ohne Rücksicht auf die möglichen Folgen sucht.

Lutz Plümer

10. Oktober: Demonstration gegen NATO-Beschluß und gegen den drohenden Krieg

ges. ,,Gegen die atomare Bedrohung gemeinsam vorgehen – für Abrüstung und Entspannung in Europa", unter diesem Motto soll am 10. Oktober in Bonn eine Demonstration stattfinden (s. nebenstehender Aufruf). Das Zentrale Komitee des KBW hat diese Initiative, die bereits von zahlreichen Organisationen (Die Grünen, Jusos, u.a.) unterstützt wird, beraten und sich dafür entschieden, zur Teilnahme an der geplanten Demonstration aufzurufen. Auf dieser Demonstration wird ein großer Teil der Kräfte gegen den drohenden Krieg zusammenwirken können. Die Demonstration wird auch von Organen und Einheiten der Gewerkschaftsjugend unterstützt. Daran wird sich auch nichts dadurch ändern, daß der Vorstand des DGB eine offizielle Beteiligung der DGB-Jugend unterbinden will.

Innerhalb der Bewegung gegen den drohenden Krieg vertritt der KBW folgende Forderungen und wird sie auch auf der Demonstration in Bonn und bei ihrer Vorbereitung vertreten:

Blockfreies Europa – Abzug der Atomwaffen der beiden Supermächte aus Europa – Verbot und Vernichtung aller Kernwaffen – Abzug aller fremden Truppen aus Europa – Auflösung von NATO und Warschauer Pakt – Demokratischer Friedensvertrag für Deutschland – Austritt der BRD aus der NATO – Rücknahme der Zustimmung der BRD zum NATO-Mittelstreckenraketenbeschluß – Keine Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in der BRD.

Diese Forderungen geben nach unserer Auffassung die Perspektive an, unter der der Kampf gegen den drohenden Krieg erfolgreich geführt werden kann. Praktisch konzentriert er sich in der BRD zunächst auf die Forderung nach Rücknahme der Zustimmung der Bundesregierung zur Stationierung der US-Mittelstreckenraketen. Der KBW hält es für notwendig, daß der Kampf gegen den drohenden Krieg in Westdeutschland damit beginnt, die Stationierung der US-Mittelstreckenraketen zu verhindern. Er wird bloß erfolgreich geführt werden können, wenn sich die europäischen Völker zusammenschließen, um Unabhängigkeit und Souveränität gegenüber den beiden Supermächten zu erringen, von deren Rivalität um die Weltherrschaft die Kriegsgefahr heute ausgeht. Da diese Kriegsgefahr nach dem Überfall der Sowjetunion auf Afghanistan immer deutlicher durch das Expansionsstreben der sozialimperialistischen Sowjetunion vergrößert wird, wird die Verzögerung und Verhinderung des drohenden Weltkrieges gerade auch davon abhän-

ten und von offener militärischer Intervention bedrohten polnischen Volk die gleiche Solidarität erweist wie dem von US-Intervention bedrohten El Salvador.

Wir stellen den Kampf gegen die NATO und ihren Mittelstreckenraketenbeschluß gegen die USA als Führungsmacht der NATO und gegen die Politik der herrschenden Klasse, die BRD im Bündnis mit und in Abhängigkeit von den USA zu halten, nicht zurück, bis die SS 20 abgebaut sind und der Warschauer Pakt aufgelöst ist. Der gemeinsame Kampf der europäischen Völker gegen den drohenden Krieg kann sich nur entfalten, wenn ihn jedes Volk entsprechend den konkreten Bedingungen im eigenen Land *beginnt*. Aber er kann nur *gewonnen* werden, wenn er in jedem Land mit gemeinsamer Perspektive geführt wird, um die

2. Der Aufruf richtet sich hauptsächlich gegen Atomwaffen, aber nicht gegen die Kräfte, die mit Hilfe der Atomwaffen den Krieg vorbereiten. 3. Er appelliert nicht in erster Linie an die Völker, von deren Kampf jeder Fortschritt abhängt, und verlangt 4. die ,,Fortsetzung der Entspannungspolitik", die am Zustandekommen der jetzigen Lage nichts ändern konnte und sie im Gegenteil mit hervorgebracht hat.

Wenn die Losung nach einem atomwaffenfreien Europa nicht in die Irre führen soll, dann muß sie folgende Schritte anstreben:
1. Abzug aller Atomwaffen der beiden Supermächte aus Europa, im Falle der Sowjetunion hinter den Ural, im Falle beider Supermächte auch aus den an Europa angrenzenden Meeren. 2. Verpflichtung aller Atommächte, niemals als erste Atomwaffen einzusetzen und

Aufruf:

Gegen atomare Bedrohung gemeinsam vorgehen Für Abrüstung und Entspannung in Europa

Die 80er Jahre werden mehr und mehr zum gefährlichsten Jahrzehnt in der Geschichte der Menschheit. Ein dritter Weltkrieg wird aufgrund der weltweiten Aufrüstung immer wahrscheinlicher. Seit mehr als 30 Jahren haben die Militärblöcke der NATO und des Warschauer Paktes soviele Waffen angehäuft, daß jedes Leben auf der Erde mehrfach vernichtet werden kann. Wir in Europa sind durch die Stationierung neuer Atomwaffen in besonderem Maße bedroht. Deshalb rufen Friedensorganisationen aus den Niederlanden, der Bundesrepublik Deutschland und anderen europäischen Ländern zu einer Demonstration und Kundgebung am 10. Oktober 1981 in Bonn auf.
– Wir wehren uns gegen neue Atomwaffen in Europa.
– Wir fordern die Regierungen der Mitgliedsländer der NATO auf, ihre Zustimmung zum Beschluß über die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen zurückzuziehen. Damit soll der Weg für die Verringerung der Atomwaffen in West- und Osteuropa geöffnet werden mit dem Ziel, einen wechselseitigen, umfassenden Abrüstungsprozeß in Gang zu setzen.
– Wir treten ein für ein atomwaffenfreies Europa, in dem Atomwaffen weder hergestellt noch gelagert oder verwendet werden. Dies gilt auch für andere Massenvernichtungswaffen.
– Unsere Regierungen müssen eigene Initiativen für wirksame Abrüstungsverhandlungen und zur Fortsetzung der Entspannungspolitik ergreifen.

Wir sind alle aufgerufen, uns mit Mut, Kraft, Phantasie und langem Atem gegen einen drohenden Atomkrieg zu wehren und Alternativen zur gegenwärtigen Militärpolitik zu entwickeln.

Veranstalter: Aktion Sühnezeichen Friedensdienst und Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden.

Gesamtsituation in Europa, auf das sich die Rivalität der beiden Supermächte konzentriert, entscheidend zu ändern. Eine einseitige Ausrichtung des Kampfes gegen die USA kann weder die Kriegsgefahr beseitigen, noch

Atomwaffen niemals gegen Länder ohne Atomwaffen einzusetzen. 3. Verbot und Vernichtung aller Kernwaffen.

Wird sie anders verstanden, dann ändert sie an der Bedrohung Europas durch die beiden Supermächte gar

Pakt – Demokratischer Friedensvertrag für Deutschland – Austritt der BRD aus der NATO – Rücknahme der Zustimmung der BRD zum NATO-Mittelstreckenraketenbeschluß – Keine Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in der BRD.

Diese Forderungen geben nach unserer Auffassung die Perspektive an, unter der der Kampf gegen den drohenden Krieg erfolgreich geführt werden kann. Praktisch konzentriert er sich in der BRD zunächst auf die Forderung nach Rücknahme der Zustimmung der Bundesregierung zur Stationierung der US-Mittelstreckenraketen. Der KBW hält es für notwendig, daß der Kampf gegen den drohenden Krieg in Westdeutschland damit beginnt, die Stationierung der US-Mittelstreckenraketen zu verhindern. Er wird bloß erfolgreich geführt werden können, wenn sich die europäischen Völker zusammenschließen, um Unabhängigkeit und Souveränität gegenüber den beiden Supermächten zu erringen, von deren Rivalität um die Weltherrschaft die Kriegsgefahr heute ausgeht. Da diese Kriegsgefahr nach dem Überfall der Sowjetunion auf Afghanistan immer deutlicher durch das Expansionsstreben der sozialimperialistischen Sowjetunion vergrößert wird, wird die Verzögerung und Verhinderung des drohenden Weltkrieges gerade auch davon abhän-gen, wieweit es den Völkern der Dritten Welt und Europas gelingt, die Aufmarschpositionen der SU zu schwächen. Deshalb muß sich die Ernsthaftigkeit jeder Friedensbewegung darin erweisen, daß sie jene Völker im Widerstandskrieg unterstützt, die durch die Sowjetunion und ihre Vasallen gegenwärtig bereits von Aggression überzogen sind: das kampucheanische Volk, das afghanische und das eritreische Volk, daß sie dem halb okkupier-

in der Geschichte der Menschheit. Ein dritter Weltkrieg wird aufgrund der weltweiten Aufrüstung immer wahrscheinlicher. Seit mehr als 30 Jahren haben die Militärblöcke der NATO und des Warschauer Paktes soviele Waffen angehäuft, daß jedes Leben auf der Erde mehrfach vernichtet werden kann. Wir in Europa sind durch die Stationierung neuer Atomwaffen in besonderem Maße bedroht. Deshalb rufen Friedensorganisationen aus den Niederlanden, der Bundesrepublik Deutschland und anderen europäischen Ländern zu einer Demonstration und Kundgebung am 10. Oktober 1981 in Bonn auf.
– Wir wehren uns gegen neue Atomwaffen in Europa.
– Wir fordern die Regierungen der Mitgliedsländer der NATO auf, ihre Zustimmung zum Beschluß über die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen zurückzuziehen. Damit soll
pa geöffnet werden mit dem Ziel, einen wechselseitigen, umfassenden Abrüstungsprozeß in Gang zu setzen.
– Wir treten ein für ein atomwaffenfreies Europa, in dem Atomwaffen weder hergestellt noch gelagert oder verwendet werden. Dies gilt auch für andere Massenvernichtungswaffen.
– Unsere Regierungen müssen eigene Initiativen für wirksame Abrüstungsverhandlungen und zur Fortsetzung der Entspannungspolitik ergreifen.
Wir sind alle aufgerufen, uns mit Mut, Kraft, Phantasie und langem Atem gegen einen drohenden Atomkrieg zu wehren und Alternativen zur gegenwärtigen Militärpolitik zu entwickeln.
Veranstalter: Aktion Sühnezeichen Friedensdienst und Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden.

Gesamtsituation in Europa, auf das sich die Rivalität der beiden Supermächte konzentriert, entscheidend zu ändern. Eine einseitige Ausrichtung des Kampfes gegen die USA kann weder die Kriegsgefahr beseitigen, nochkann sie zu einschneidenden Erfolgen führen, da sie an den Tatsachen vorbeigeht und keine einheitliche Mobilisierung aller Kräfte gegen den drohenden Krieg erlaubt. An diesen Punkten ist der vorliegende Aufruf zu messen, um dann zu entscheiden, ob ihn der KBW unterschreiben kann.

Der Aufruf enthält einige Schwächen: 1. Der politische Inhalt der Forderung nach einem atomwaffenfreien Europa ist nicht genau bestimmt.

Atomwaffen niemals gegen Länder ohne Atomwaffen einzusetzen. 3. Verbot und Vernichtung aller Kernwaffen.
Wird sie anders verstanden, dann ändert sie an der Bedrohung Europas durch die beiden Supermächte garnichts und richtet sich in erster Linie gegen Atomwaffen in Händen europäischer Länder. Da die Gefahr des Krieges in Europa nicht von den Atomwaffen ausgeht, sondern vom Weltherrschaftstreben der beiden Supermächte, während von den Atomwaffen die Gefahr der völligen Vernichtung in diesem Krieg ausgeht, kann sich der Kampf gegen den drohenden Krieg nicht auf den Kampf gegen die Atomwaffen beschränken, sondern muß die Vormachtstellung der beiden Supermächte in Europa brechen. Deshalb kann die Hauptlosung nicht ,,atomwaffenfreies Europa", sondern nur ,,blockfreies Europa" lauten, das unter dem Druck der Völker seinen Platz an der Seite der Dritten Welt sucht.

Der Aufruf enthält also Unklarheiten, Mängel und auch Fehler. Kann man ihn, um der Einheit der Aktion willen, die durch einen gemeinsamen Aufruf aller an der Aktion beteiligten Kräfte sicherlich gestärkt würde, dennoch unterschreiben? Jedenfalls unterscheidet er sich positiv vom Krefelder Appell, in dem die Sowjetunion und ihre Kriegsvorbereitungen gar nicht vorkommen. Jedenfalls enthält der Aufruf Ansätze zur weiteren Klärung der Perspektive des Kampfes gegen den drohenden Krieg. Jedenfalls setzt er nicht ausschließlich auf die Regierungen. Das Zentrale Komitee des KBW wird Ende August erneut beraten, ob es den Aufruf im Namen des KBW unterschreibt oder nicht. So oder so wird sich der KBW bemühen, dazu beizutragen, daß die Demonstration am 10. Oktober zu einem Schritt im Kampf gegen den drohenden Krieg wird.

Übersicht über Aktionen gegen den Krieg

6. – 8. August
Jahrestag des amerikanischen Bombenabwurfs auf Hiroshima und Nagasaki. Voraussichtlich finden örtlich von Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit (KoFAZ) und pazifistischen Kräften initiierte Mahnwachen etc. statt.

1. September
Antikriegstag. Es finden örtliche Aktivitäten statt.

10. Oktober
Demonstration in Bonn. Initiator ist die Aktion Sühnezeichen, unterstützt wird die Demonstration von KoFAZ, BBU, vds, KPD, Jusos, Grüne, DKP, inoffiziell wird sie auch von der Gewerkschaftsjugend unterstützt.

17. Oktober
Demonstration in den Niederlanden

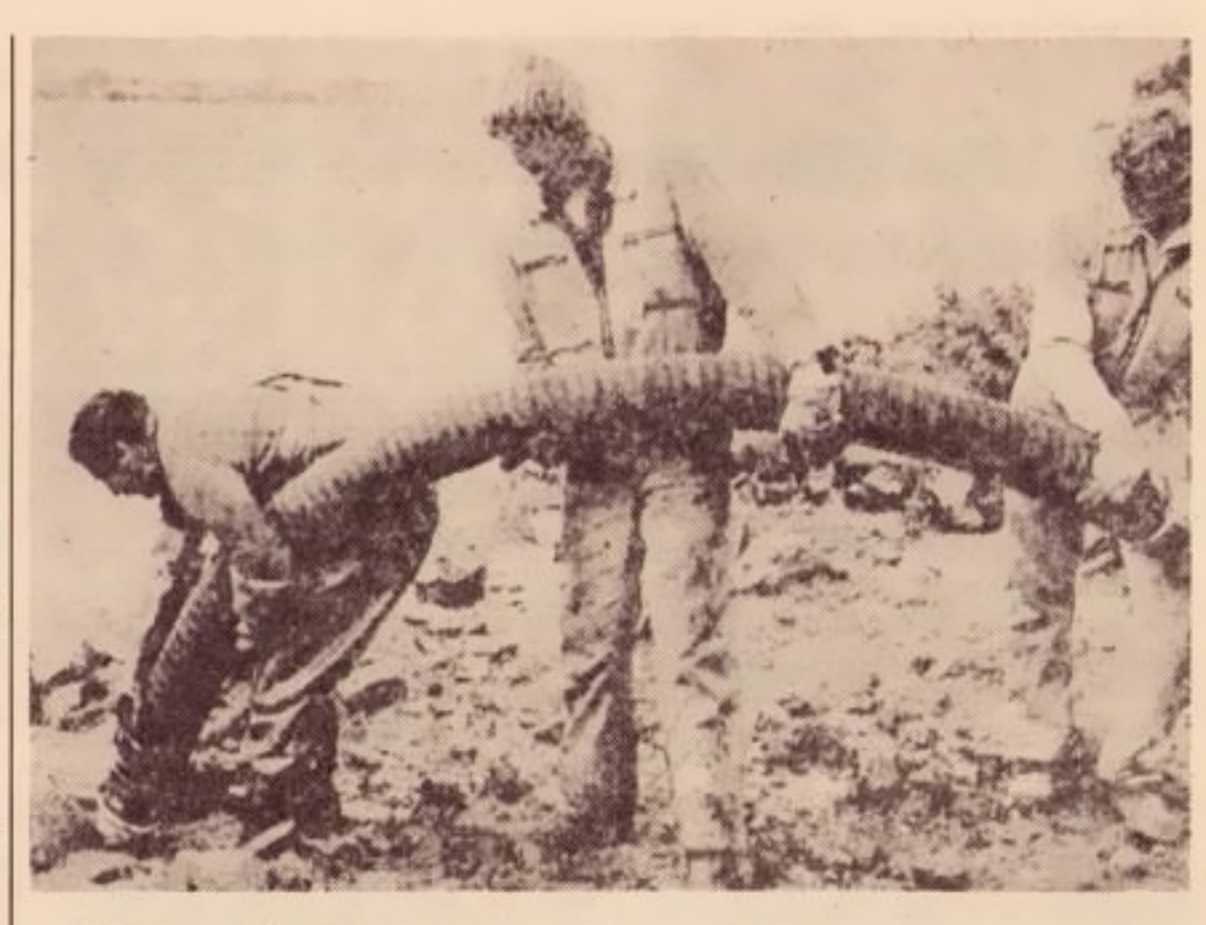
25. Oktober
Europaweite Demonstration in Brüssel

8. – 21. November
,,Friedenswochen". Initiator ist die Aktion Sühnezeichen. Es finden örtliche Aktivitäten statt.

21. November
Veranstaltung in der Dortmunder Westfalenhalle zum Jahrestag der Verabschiedung des Krefelder Appells.

12. Dezember
Das Komitee für Frieden Abrüstung und Zusammenarbeit (KoFAZ) schlägt eine zentrale Manifestation anläßlich des 2. Jahrestages des NATO-Beschlusses vor. Verhandlungen hierüber sollen auf Einladung des KoFAZ am 19. und 20. September in Frankfurt sein.

12. Dezember
Demonstration in Brüssel



bel.Hamburg. Die ökologischen Auswirkungen des Tankerunglücks auf der Elbe sind noch ungeklärt. Tonnenweise sind tote Fische am ölverschmutzten Nordufer der Elbe von Hamburg bis Wedel angeschwemmt worden. Ob die 400 t Rohöl der durch Industrieabfälle ohnehin stark belasteten Unterelbe und der Elbfischerei den Todesstoß versetzt haben, läßt sich noch gar nicht absehen. Dabei schlugen lediglich einer von 20 Bunkern der ,,Afran Zenith" und einige mit Ballastwasser gefüllte Tanks leck. Der Tanker hatte 80000 t giftiges und explosive Dämpfe bildendes Rohöl geladen. Die ,,Afran Zenith" hat beladen einen Tiefgang von 14 Metern, die Unterelbe ist auf 13,5 Metern bei mittlerem Hochwasser ausgebaggert worden. Nur bei auflaufendem Wasser hat die Elbe ca. eine Stunde vor Hochwasser einen Tiefgang von 14 Metern. Die ,,Afran Zenith" ist auf Grund gelaufen, als eine halbe Wende in die Süderelbe manövriert werden mußte. Daß es bei derartigen Millimeterarbeiten nicht häufiger zu Unfällen kommt, ist wohl der präzisen Arbeit der Schleppermannschaften und Lotsen zu verdanken.

Um künftig ähnliche Unfälle auf der Elbe zu vermeiden, bieten der Umweltsenator Hamburgs und die Industrieverbände ihren langgehegten Plan des Baus einer Ölpipeline von Wilhelmshaven nach Hamburg als Lösung an. Die Jade bei Wilhelmshaven ist für die Tankerlöschung an der für die Pipeline vorgesehenen Ölpier in den letzten zwei Jahrzehnten von 12 auf ca. 19 Meter vertieft worden. Aber allein die ausreichende Tiefe verhindert Tankerunfälle nicht. Erst 1974 rammte ein Tanker diese Ölpier; etwa 500 Tonnen Rohöl flossen in die Jade.

Die seit längerem von der ÖTV aufgestellten Forderungen bezüglich der Tankersicherheit muß man unterstützen: verstärkter, doppelter Bugschutz; Doppelruder und Notaggregat, um den Tanker bei Ausfällen manövrierfähig halten zu können; Verbot für Tanker, die diesen Sicherheitsbestimmungen nicht entsprechen, deutsche Häfen anzulaufen.

Wenig Gegenliebe für Ehrenbergs Streichvorschläge bei den Kassen

gkr. Für Mittwoch vergangener Woche hatte Ehrenberg die Spitzen der Krankenkassen zu sich geladen. Der Grund: In den vergangenen Monaten sind die Ausgaben erneut so stark gestiegen, daß ein Teil der Krankenkassen schon weitere Beitragserhöhungen für Anfang des kommenden Jahres angekündigt hat. Ehrenberg hatte der Runde einen Katalog von 32 Maßnahmen vorgelegt, den er im folgenden auch mit den Verbänden im Gesundheitswesen, mit den Gewerkschaften und den Kapitalisten beraten will. Seine Hoffnung war offensichtlich: Ohne erneute gesetzliche Regelung sollten die Krankenkassen Maßnahmen ergreifen, die zu

streichungen über das Krankenhauskostendämpfungsgesetz hinaus vor.

Für Arzneimittel soll eine ,,Positivliste" eingeführt werden, die Kranken sollen nach Ehrenbergs Vorstellungen noch mehr ,,Bagatellarzneimittel" selbst bezahlen. Den größten Anteil an den Kürzungen würde eine ,,vorübergehende Senkung" der Zuschüsse für Zahnersatz von 80 auf 70% der Gesamtkosten (Einsparungen von insgesamt 0,5 Mrd. DM) ausmachen. Schon heute sind die von den Betroffenen zu tragenden Kosten für Zahnersatz oftmals unerschwinglich, was nicht gerade der Zahnerhaltung dient.

Schließlich sollen bei den Heil- und

Ölpipeline von Wilhelmshaven nach Hamburg als Lösung an. Die Jade bei Wilhelmshaven ist für die Tankerlöschung an der für die Pipeline vorgesehenen Ölpier in den letzten zwei Jahrzehnten von 12 auf ca. 19 Meter vertieft worden. Aber allein die ausreichende Tiefe verhindert Tankerunfälle nicht. Erst 1974 rammte ein Tanker diese Ölpier; etwa 500 Tonnen Rohöl flossen in die Jade.

Die seit längerem von der ÖTV aufgestellten Forderungen bezüglich der Tankersicherheit muß man unterstützen: verstärkter, doppelter Bugschutz; Doppelruder und Notaggregat, um den Tanker bei Ausfällen manövrierfähig halten zu können; Verbot für Tanker, die diesen Sicherheitsbestimmungen nicht entsprechen, deutsche Häfen anzulaufen.

Wenig Gegenliebe für Ehrenbergs Streichvorschläge bei den Kassen

gkr. Für Mittwoch vergangener Woche hatte Ehrenberg die Spitzen der Krankenkassen zu sich geladen. Der Grund: In den vergangenen Monaten sind die Ausgaben erneut so stark gestiegen, daß ein Teil der Krankenkassen schon weitere Beitragserhöhungen für Anfang des kommenden Jahres angekündigt hat. Ehrenberg hatte der Runde einen Katalog von 32 Maßnahmen vorgelegt, den er im folgenden auch mit den Verbänden im Gesundheitswesen, mit den Gewerkschaften und den Kapitalisten beraten will. Seine Hoffnung war offensichtlich: Ohne erneute gesetzliche Regelung sollten die Krankenkassen Maßnahmen ergreifen, die zueiner Kostensenkung beitragen, und verschiedene Leistungen kürzen.

Die Vergütungen für Ärzte und Zahnärzte sollen danach geringer als veranschlagt steigen. Durch die Festlegung von Verweildauerstandards, für deren Dauer die Kasse bei bestimmten Krankheiten nur noch bezahlt, soll die Aufenthaltsdauer in Krankenhäusern deutlich herabgesetzt werden. So soll für den Normalfall bei der Entbindung die Aufenthaltsdauer in einem Krankenhaus von bisher 10 auf 6 Tage begrenzt werden. Und schließlich sieht der Katalog im Krankenhausbereich, der einen überproportionalen Ausgabenanstieg ausweist, weitere Betten-

streichungen über das Krankenhauskostendämpfungsgesetz hinaus vor.
Für Arzneimittel soll eine ,,Positivliste" eingeführt werden, die Kranken sollen nach Ehrenbergs Vorstellungen noch mehr ,,Bagatellarzneimittel" selbst bezahlen. Den größten Anteil an den Kürzungen würde eine ,,vorübergehende Senkung" der Zuschüsse für Zahnersatz von 80 auf 70% der Gesamtkosten (Einsparungen von insgesamt 0,5 Mrd. DM) ausmachen. Schon heute sind die von den Betroffenen zu tragenden Kosten für Zahnersatz oftmals unerschwinglich, was nicht gerade der Zahnerhaltung dient.
Schließlich sollen bei den Heil- undHilfsmitteln – die Kosten hierfür zeigen neben dem Zahnersatz die höchsten Steigerungsraten – drastische Kürzungen vorgenommen werden. So will Ehrenberg die Verordnung einer Brille nur noch alle drei Jahre zulassen gegenüber bisher jährlich.

Die Krankenkassen zeigten sich von den Vorschlägen wenig begeistert. Ihrer Auffassung nach haben sie den den Selbstverwaltungen der Kassen belassenen Spielraum voll ausgenutzt. Weitere Maßnahmen erforderten neue Gesetze. Entgegen der Absicht Ehrenbergs wurde kein weiterer Gesprächstermin vereinbart – die Herbstrunde der Konzertierten Aktion soll weiter darüber verhandeln.

Kommunistische Volkszeitung
Wochenzeitung. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)

Redaktion. Verantwortlich: Bernhard Peters · Politik, Gesellschaft, Ideologie: Gerd Koenen, Günther Kruse, Bernhard Peters · Ausland: Lutz Plümer, Chérifa el-Masri, Gerd Koenen · Betrieb, Gewerkschaften, Sozialversicherungen: Michael Ackermann, Günther Kruse · Wirtschaft: Friedemann Bleicher · Jugend, Kultur, Wissenschaft: Michael Ackermann

Erscheint im Kühl-Verlag; Geschäftsführer B. Wagner · Druck: Caro-Druck GmbH, Frankfurt

Anschrift von Verlag und Redaktion: Mainzer Landstraße 147, Postfach 111162, 6000 Frankfurt am Main 11 · Telefon 0611/730231 · Telex: 413080 kuehl d.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1 DM, Jahresabonnement 50 DM (zzgl. Postgebühr, z.Zt. 8,40 DM); Halbjahresabonnement 25 DM (zzgl. Postgebühr, z.Zt. 4,20 DM); Vierteljahresabonnement 13 DM (zzgl. Postgebühr, z.Zt. 2,30 DM) · Abbestellungen sollen 4 Wochen vor Ablauf des Abonnements eingegangen sein; das Abonnement verlängert sich sonst automatisch um den vorher bestellten Zeitraum. Bestellungen an: Buchvertrieb Hager GmbH, Mainzer Landstraße 147, Postfach 111162, 6000 Frankfurt am Main 11 · Tel. 0611/730234 · ISSN 0720-8898

Katastrophaler Kerosinunfall auf Rhein-Main

Mindestens 3,5 Mio. Liter ausgelaufen / Grundwasser von Verseuchung bedroht

acd.Frankfurt. Kerosin (Flugzeugbenzin, in etwa mit Dieselöl vergleichbar) wird am Frankfurter Rhein-Main-Flughafen durch ein über 30 km langes, unterirdisches Rohrsystem zu den Tankstellen gepumpt. Die Rohre sind bis zu 22 Jahre alt und rostanfällig. Vor dem bisher größten Kerosinaustritt im Dezember 80 wurden drei weitere Unfälle bekannt: 1977 (200000 l), Februar 1979 (415000 l) und Januar 1980 (20000 l).

Mittlerweile wird offiziell zugegeben: Durch ein (angeblich nur millimetergroßes) Loch einer Leitung im Norden des Flughafens sickerten rund acht Monate lang bis zum Dezember 1980 2,5 bis 3,5 Mio. Liter Kerosin aus. Umweltverbände schätzen die Menge auf 4,4 bis 5,6 Mio. Liter. Jährlich werden rund 1,8 Mio. Kubikmeter durch das Rohrsystem gepumpt, die tägliche Höchstmenge liegt bei 7 Mio. Liter. Selbst bei genauer Messung wird eine Toleranz von 0,5% zugegeben – sodaß also 35000 Liter täglich auslaufen könnten, ohne daß es in der Abrechnung je auffällt!

Die katastrophalen Folgen des jüngsten Lecks wurden von der Flughafen AG (Aktionäre sind das Land Hessen, Bund und Stadt Frankfurt) und der hessischen Landesregierung planmäßig vertuscht. Der Skandal kam erst im Juli vollkommen ans Licht. FAG und Regierung wollen Ruhe, um endlich mit dem Bau der Startbahn West beginnen zu können. In diesen Tagen bereiten sie die Räumung des Hüttendorfes vor. Gleichzeitig werden in ganz Hessen Unterschriften für ein Volksbegehren gegen die Startbahn gesammelt. Was kommt also ungelegener als eine Umweltkatastrophe am Flughafen?

Noch im Februar hatte sich der FAG-Chef bei der Landtagsanhörung zur Startbahn West als Umweltsaubermann gepriesen und freiwillig 5 Mio. DM für solche Zwecke gestiftet. Zur selben Zeit wußte er schon, daß bei ihm soviel Kerosin ausgelaufen war, daß es mit 5 Mio. nicht, wenn überhaupt, bezahlbar ist. Der offiziellen Vertuschung entsprach eine sträfliche Nachlässigkeit bei den Gegenmaßnahmen, verglichen mit 1979. Anfang 1981 hieß es vom Regierungspräsidium noch, es „handele sich um ein Bruchteil dessen, was im Februar '79 auslief", „weniger ein dicker Strahl als ein Sickern". Dabei war damals, drei Wochen nach der Entdeckung, bereits ein Abschöpfbrunnen gebohrt, der kerosinverschmutztes Grundwasser abpumpte. Acht Wochen später waren es schon sechs Brunnen. 1979 gab es allerdings nach vier Tagen bereits fünf Brunnen. Bis zum März 1980 waren schon 250000 Liter zurückgepumpt. Heute gibt es 15 Abschöpfbrunnen, zwei weitere sind geplant. Insgesamt 1,2 Mio. Liter sind abgepumpt, ohne daß ein Ende in Sicht ist.

1979 wurde noch am selben Tag begonnen, kerosindurchtränktes Erdreich auf die Giftmülldeponie zu fahren. Es wurde auf einer Fläche von 3000 m² und einer Tiefe von fünf bis zehn Metern ausgehoben, insgesamt 15000 m³. 1980 wurde „eine Baugrube mit den Maßen 18 × 3 Meter und einer Tiefe von 1,5 Meter ausgehoben und rund 60 m³ des ‚am gröbsten' mit Kerosin verseuchten Erdreichs abtransportiert" (Frankfurter Rundschau, 24.12.80).

Der Grund dafür: Das verseuchte Erdreich liegt zum großen Teil unter den Rollbahnen – und der FAG ist reibungsloser Flugverkehr wichtiger als verseuchtes Grundwasser. Die Abfangbrunnen sind sowieso nur in Richtung des 1,5 km entfernten Trinkwasserbrunnens Hinkelstein angelegt, der zwei Frankfurter Stadtteile versorgen muß. 200 Meter ist das Kerosin schon in diese Richtung gewandert. 1 l Kerosin kann 1000 l Grundwasser verseuchen. Ob der Trinkwasserbrunnen gerettet wird, bleibt offen. Genauso offen bleibt, was mit dem Kerosin passiert, das in andere Richtungen wandert.

Die Kapitalisten haben sich bisher wenig für die Entwicklung sicherer Tanksysteme interessiert. Entsprechende Ratlosigkeit der Regierung bezüglich einer besseren Lösung: Eine oberirdische Leitung ist wegen des Rollfeldverkehrs undenkbar, ein 30 km langes Schachtsystem scheidet „aus Sicherheitsgründen" aus, und ein doppelwandiges Röhrensystem „gibt es heute nicht zu kaufen", da die Forschung noch nicht so weit sei. Schon nach dem letzten Kerosin-Unfall hatte die Hydrantengesellschaft die Auflage erhalten, ein neues Röhrensystem (z.B. in unterirdischen begehbaren Schächten) einzurichten. Durch Widerspruch bei Gericht ließ sie dies aber wieder aufschieben. Die Bürgerinitiative gegen die Flughafenerweiterung fordert dagegen die sofortige Stillegung der Leitungen, die restlose Beseitigung der Schäden und den Rücktritt des Umweltministers.



Das beschädigte Rohr kurz nach der Entdeckung, rechts die Umrandung eins Abschöpfbrunnens

Unterstützung der Hausbesetzer aus den Gewerkschaften

Patenschaften mit Instandbesetzern

stc.Westberlin. Angesichts der drohenden Räumung der besetzten Häuser Knobelsdorffstraße 40/42 und Bülowstraße 89, die der „Neuen Heimat" gehören, wächst die Unterstützung innerhalb der Gewerkschaften für die Instandbesetzer.

Die ÖTV-Betriebsgruppe des Klinikum Westend hat eine Patenschaft für das besetzte Haus Knobelsdorffstraße 40/42 übernommen, ebenso die Rundfunk Fernseh Film Union (RFFU) für die Sophie-Charlotte-Straße 81. Weitere Patenschaften wurden übernommen vom Bezirksfrauenausschuß der ÖTV und der gewerkschaftlichen Betriebsgruppe des Gartenbauamts Reinickendorf. Außerdem unterstützen die Gewerkschafter die Instandbesetzer dadurch, daß sie vorübergehend in den besetzten Häusern wohnen, bzw. dort übernachten und gemeinsam mit den Instandbesetzern Informationsstände in der Stadt machen.

Da es sich bei der „Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft Neue Heimat" um eine gewerkschaftseigene Einrichtung handelt, ist es völlig richtig und an der Zeit, daß sich die gewerkschaftlichen Körperschaften mit der Wohnungspolitik dieser Einrichtung befassen und darüber auch Beschlüsse fassen. Allein im Bezirk Schöneberg gehören 20 der instandbesetzten Häuser der „Neuen Heimat". Gewerkschaftliche Betriebsgruppen der Freien Universität, der Technischen Universität und der Amerika-Gedenkbibliothek haben in Briefen die „Neue Heimat" aufgefordert, ihre Wohnungspolitik zu ändern, von einer Räumung der besetzten Häuser abzusehen und Strafanträge zurückzunehmen.

Auf einer Veranstaltung des ÖTV-Bezirksjugendausschusses wurde von 80 Teilnehmern folgende Resolution verabschiedet: „Die anwesenden gewerkschaftlich organisierten Kolleginnen und Kollegen der Informationsveranstaltung vom 10.7.81 fordern die Neue Heimat Berlin auf, die in Aussicht genommenen Räumungen von instandbesetzten Häusern solange aufzuschieben, bis durch Verhandlungen mit den Besetzern zu entwickelnde, vernünftige Konzepte von den Beteiligten anerkannt werden. Eine Räumung aufgrund von Strafanträgen schadet dem Ansehen der Gewerkschaften und der gewerkschaftlichen gemeinwirtschaftlichen Unternehmen. Sie fordern den DGB, die ÖTV auf, auf die Staatsanwaltschaft einzuwirken, Durchsuchungsbefehle auszusetzen, bis Planungen im Sinne aller Beteiligten (siehe oben) vorliegen."

Am 20. Juli wollten ca. 30 Gewerkschafter und Instandbesetzer den Vorsitzenden der Neuen Heimat, Lahmann, in seinen Räumen auffordern, die Pläne über eine Modernisierung der betroffenen Häuser offenzulegen und diese Häuser nicht zu räumen. Herr Lahmann war nicht zu einem Gespräch bereit, sondern ließ stattdessen die Polizei rufen. Am Mittwoch der selben Woche ließ die „Neue Heimat" durch die Presse verbreiten, daß sie die Räumung der betroffenen Häuser für drei Wochen aussetzen werde, wenn die Bewohner der Knobelsdorffstraße 40/42 in die Häuser Danckelmannstraße 43-45 überwechseln würden. Dieses Angebot lehnen die Instandbesetzer deshalb ab, weil die Häuser Danckelmannstraße 43-45 z.Zt. teilweise bewohnt bzw. instandbesetzt sind. Sie wollen sich jetzt nicht weiter herumschieben lassen, sondern verlangen von der „Neuen Heimat" eine Frist von mindestens zwei Monaten, um ein Alternativkonzept für eine Modernisierung vorlegen zu können.

Am 28.7. fand eine Veranstaltung von ca. 200 Gewerkschaftern und Instandbesetzern statt. Herr Lahmann, der eigentlich Rede und Antwort stehen sollte, war nicht anwesend, da er nur zusammen mit den Vorsitzenden der großen Einzelgewerkschaften (ÖTV, GEW und BSE) erscheinen wollte und er außerdem, wie er gegenüber dem Rundfunk erklärte, die Teilnehmer der Veranstaltung ja gar nicht kenne. Anwesend waren zum größten Teil Kollegen von der ÖTV, der GEW, aber auch von der IG Metall, Druck u. Papier, Post, HBV, RFFU und BSE. Entgegen Positionen innerhalb der BSE, die die Räumung besetzter Häuser unterstützen, da durch die Besetzungen Arbeitsplätze vernichtet würden, wies ein BSE-Gewerkschafter nach, daß bei weitem genügend Aufträge da wären, wenn nur die notwendigen Instandsetzungsarbeiten durchgeführt werden würden.

In der verabschiedeten Resolution wurde die „Neue Heimat" erneut aufgefordert, die Strafanträge gegen die Instandbesetzer in den betreffenden Häusern zurückzuziehen. Die Frist für die geplante Räumung läuft am 15. August ab.

uwa. Am 1.1.1977 ist auf Bundesebene
zu können. In diesen Tagen bereiten sie die Räumung des Hüttendorfes vor. Gleichzeitig werden in ganz Hessen Unterschriften für ein Volksbegehren gegen die Startbahn gesammelt. Was kommt also ungelegener als eine Umweltkatastrophe am Flughafen?
Noch im Februar hatte sich der FAG-Chef bei der Landtagsanhörung zur Startbahn West als Umweltsaubermann gepriesen und freiwillig 5 Mio. DM für solche Zwecke gestiftet. Zur selben Zeit wußte er schon, daß bei ihm soviel Kerosin ausgelaufen war, daß es mit 5 Mio. nicht, wenn überhaupt, bezahlbar ist. Der offiziellen Vertuschung entsprach eine sträfliche Nachlässigkeit bei den Gegenmaßnahmen, verglichen mit 1979. Anfang 1981 hieß es vom Regierungspräsidium noch, es „handele sich um ein Bruchteil dessen, was im Februar '79 auslief", „weniger ein dicker Strahl als ein Sickern". Dabei war damals, drei Wochen nach der Entdeckung, bereits ein Abschöpfbrunnen gebohrt, der ke-
Am Beispiel der Justizvollzugsan-
stc.Westberlin. Angesichts der drohenden Räumung der besetzten Häuser Knobelsdorffstraße 40/42 und Bülowstraße 89, die der „Neuen Heimat" gehören, wächst die Unterstützung innerhalb der Gewerkschaften für die Instandbesetzer.
Die ÖTV-Betriebsgruppe des Klinikum Westend hat eine Patenschaft für das besetzte Haus Knobelsdorffstraße 40/42 übernommen, ebenso die Rundfunk Fernseh Film Union (RFFU) für die Sophie-Charlotte-Straße 81. Weitere Patenschaften wurden übernommen vom Bezirksfrauenausschuß der ÖTV und der gewerkschaftlichen Betriebsgruppe des Gartenbauamts Reinickendorf. Außerdem unterstützen die Gewerkschafter die Instandbesetzer dadurch, daß sie vorübergehend in den besetzten Häusern wohnen, bzw. dort übernachten und gemeinsam mit den Instandbesetzern Informationsstände in der Stadt machen.
Da es sich bei der „Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft Neue Hei-
lager Versen mit 347 Haftplätzen liegt
mat" um eine gewerkschaftseigene Einrichtung handelt, ist es völlig richtig und an der Zeit, daß sich die gewerkschaftlichen Körperschaften mit der Wohnungspolitik dieser Einrichtung befassen und darüber auch Beschlüsse fassen. Allein im Bezirk Schöneberg gehören 20 der instandbesetzten Häuser der „Neuen Heimat". Gewerkschaftliche Betriebsgruppen der Freien Universität, der Technischen Universität und der Amerika-Gedenkbibliothek haben in Briefen die „Neue Heimat" aufgefordert, ihre Wohnungspolitik zu ändern, von einer Räumung der besetzten Häuser abzusehen und Strafanträge zurückzunehmen.
Auf einer Veranstaltung des ÖTV-Bezirksjugendausschusses wurde von 80 Teilnehmern folgende Resolution verabschiedet: „Die anwesenden gewerkschaftlich organisierten Kolleginnen und Kollegen der Informationsveranstaltung vom 10.7.81 fordern die Neue Heimat Berlin auf, die in Aussicht genommenen Räumungen von in-
das Anstaltsessen eine Zumutung ist.
DGB, die ÖTV auf, auf die Staatsanwaltschaft einzuwirken, Durchsuchungsbefehle auszusetzen, bis Planungen im Sinne aller Beteiligten (siehe oben) vorliegen."
Am 20. Juli wollten ca. 30 Gewerkschafter und Instandbesetzer den Vorsitzenden der Neuen Heimat, Lahmann, in seinen Räumen auffordern, die Pläne über eine Modernisierung der betroffenen Häuser offenzulegen und diese Häuser nicht zu räumen. Herr Lahmann war nicht zu einem Gespräch bereit, sondern ließ stattdessen die Polizei rufen. Am Mittwoch der selben Woche ließ die „Neue Heimat" durch die Presse verbreiten, daß sie die Räumung der betroffenen Häuser für drei Wochen aussetzen werde, wenn die Bewohner der Knobelsdorffstraße 40/42 in die Häuser Danckelmannstraße 43-45 überwechseln würden. Dieses Angebot lehnen die Instandbesetzer deshalb ab, weil die Häuser Danckelmannstraße 43-45 z.Zt. teilweise bewohnt bzw. instandbesetzt sind. Sie wollen sich jetzt nicht weiter herumschieben las-
pflege, d.Verf.) erfolgt durch die An-
hen sollte, war nicht anwesend, da er nur zusammen mit den Vorsitzenden der großen Einzelgewerkschaften (ÖTV, GEW und BSE) erscheinen wollte und er außerdem, wie er gegenüber dem Rundfunk erklärte, die Teilnehmer der Veranstaltung ja gar nicht kenne. Anwesend waren zum größten Teil Kollegen von der ÖTV, der GEW, aber auch von der IG Metall, Druck u. Papier, Post, HBV, RFFU und BSE. Entgegen Positionen innerhalb der BSE, die die Räumung besetzter Häuser unterstützen, da durch die Besetzungen Arbeitsplätze vernichtet würden, wies ein BSE-Gewerkschafter nach, daß bei weitem genügend Aufträge da wären, wenn nur die notwendigen Instandsetzungsarbeiten durchgeführt werden würden.
In der verabschiedeten Resolution wurde die „Neue Heimat" erneut aufgefordert, die Strafanträge gegen die Instandbesetzer in den betreffenden Häusern zurückzuziehen. Die Frist für die geplante Räumung läuft am 15. August ab.

Praxis des Strafvollzugs

Am Beispiel der Justizvollzugsanstalt im Emsland

uwa. Am 1.1.1977 ist auf Bundesebene das erste Strafvollzugsgesetz (StGV) in Kraft getreten. Die Auseinandersetzung zwischen Gefangenen und Anstaltsleitung um die Ausführung des Gesetzes ist ein Dreh- und Angelpunkt in Justizvollzugsanstalten. §2 des StVG definiert das Vollzugsziel: „Im Vollzug der Freiheitsstrafe soll der Gefangene fähig werden, künftig in sozialer Verantwortung ein Leben ohne Straftaten zu führen. Der Vollzug der Freiheitsstrafe dient auch dem Schutz der Allgemeinheit vor weiteren Straftaten."

Die Vollzugsgestaltung unterliegt gesetzlich dem Angleichungsgrundsatz. „Das Leben im Vollzug soll den allgemeinen Lebensverhältnissen soweit als möglich angeglichen werden." (§3, 1) Die Konkretisierung und Umsetzung der Grunsätze ist den bundes- und landesrechtlichten Ausführungsvorschriften, den Verwaltungsvorschriften und Verfügungen der Anstaltsleitungen vorbehalten. Ganz im Sinne des Regierungsentwurfes zum StVG in der 7. Wahlperiode des deutschen Bundestages, in dem es zur rechtlichen Stellung des Gefangenen (§4) heißt: „Es muß (daher) dem Ermessen der Vollzugsbehörden weitgehend überlassen bleiben, auf welche Weise und mit welchen Methoden sie die Behandlung (des Gefangenen, d.Verf.) durchführt." „Die im Entwurf vorgesehenen Eingriffsermächtigungen sind flexibel genug, um eine im Einzelfall notwendige und angemessene Beschränkung der Rechte des Gefangenen zu ermöglichen." (Bundesregierung zur Stellungnahme des Bundesrates zum StVG)

Am Beispiel der Justizvollzugsanstalt Lingen I (JVA), Außenlager Versen, Emsland, sollen einige Methoden der Vollzugspraxis erläutert werden.

Ca. 1500 Haftplätze hat die JVA Lingen I mit den Außenlagern in Groß Hesepe, Versen, Baumschule Ermert und Lingen II mit dem Anstaltskrankenhaus. Der JVA-Komplex im Emsland steckt einen Großteil der Vollzugsmöglichkeiten ab, und zwar Untersuchungshaft in Lingen II, sowie geschlossenen und offenen Vollzug, in dem in der Regel Gefangene mit Kurzstrafen von ½ bis 2 Jahren Haftzeit einsitzen; ausgeschlossen sind Frauengefängnis und Jugendstrafvollzug.

Rund 40% der einsitzenden Gefangenen sind arbeitslos. 60% kommen der Arbeitspflicht laut §42 des StVG nach. Wer der Zwangsarbeit nicht Folge leistet, wird von der Anstaltsleitung mit allgemeinen Disziplinarmaßnahmen (§103 StVG), Entzug von Hausgeld, Einkaufssperre, Urlaubs- und Ausgangsverweigerung, Verlegung nach Haus III mit Einzelzellen, totale Isolierung bestraft.

Die Strafgefangenen arbeiten in landeseigenen, anstaltsinternen und in Unternehmerbetrieben innerhalb und außerhalb der Anstalt. In dem Außenlager Versen mit 347 Haftplätzen liegt die Beschäftigungsquote bei 70%, bedingt durch den Ausbau der Anstaltsplätze und Arbeitshäuser von Unternehmerbetrieben wie Elektra Beckum (Elektromotorenfabrik). Die Arbeitsbedingungen sind monoton und stupide, die Arbeit in den 3 Innenbetrieben wird Akkordlohn „vergütet". „Als Alternative wird dann noch das Zusammensetzen von Schleifmaschinen angeboten. Der Lohn? Pro Maschine 15 Pfennig. Bis zu 50 Stück schafft ein Gefangener, wenn er ohne Pause durcharbeitet. Von den ‚verdienten' 7,50 DM kann er für 5 DM einkaufen (⅔ der Arbeitsbelohnung, d.Verf.). Macht bei 20 Arbeitstagen 100 DM", berichtet ein Gefangener aus Versen. „Der Kaufmann kommt einmal im Monat. Dieser nutzt seine Monopolstellung dermaßen aus, daß es zum Himmel schreit." Neben der Zwangsarbeit zu entrechteten Bedingungen kommt die Schikane der Reproduktionsbedingungen voll zum Tragen. Aus Protest wegen schlechter und unzureichender Verpflegung haben Gefangene im Werksbetrieb Elektra Beckum die Arbeit mehrmals niedergelegt. 70 Häftlinge haben im Juni d.J. mit ihrer Unterschrift bestätigt, daß das Anstaltsessen eine Zumutung ist. „Ebenfalls ist nicht von der Hand zu weisen," berichtet ein Gefangener, „daß die Pro-Kopf-Zuteilungen nicht ausreichend sind. Viele Gefangene können sich daher nur dadurch sättigen, indem sie von ihrem sauer verdienten Hausgeld Zusatzverpflegung kaufen. Es steht ohne Zweifel fest, daß die Gefangenen derhalben unzufrieden sind, und sie empören sich über diesen miserablen Zustand. Sie können in dieser Angelegenheit aber so leicht nichts unternehmen, weil ihnen der effektive Verpflegungssatz nicht bekannt ist. Er wird ihnen vorenthalten ... Mittlerweile haben einige Gefangene der Wirtschaftsverwaltung der JVA Versen den „Krieg" angesagt, um diesem Mißstand ein Ende zu bereiten."

Mit einer Anzeige der Staatsanwaltschaft Osnabrück gegen den Strafgefangenen wegen angeblicher falscher Behauptungen über die Essensversorgung im Lager versucht die Anstaltsleitung, die Gefangenen zu disziplinieren und zu spalten. Die Einschaltung des Veterenäramtes hat für die Verpflegung keine Besserung gebracht. Einseitige, qualitativ schlechte Ernährung, Rationierung der Essenszuteilung nach Einführung eines zweiten Frühstücks, Kostvermehrung für ärztlich angeordnete Bedarfsfälle und Einsparungen zu Lasten der anderen Gefangenen sind nur ein paar Beispiel für die Ernährungslage. Eigene Verpflegung durch Einkauf als geringer Ausgleich wird für den einzelnen Gefangenen zu einem existenziellen Bedürfnis.

„Die Vermittlung dieses Einkaufs (Genuß-, Nahrungsmittel und Körperpflege, d.Verf.) erfolgt durch die Anstalt. Das ist eben gesetzlich geregelt. Insofern ist der Gefangene an das monatliche Waren-/Preisangebot gebunden. Er hat hier keine Vergleichsmöglichkeiten, die in der freien Wirtschaft jedoch selbstverständlich sind. Und das weiß der Kaufmann, der diese Anstalt planmäßig mit den verschiedenen Bedarfsmitteln beliefert. Er nutzt unsere bedingte Anhängigkeit zu seinem sicheren Vorteil rücksichtslos aus. Ein kleines Beispiel: 200 g Nescafe classic kostet im Familia Center 7,98 DM, beim Kaufmann Folkerts 11,80 DM. Wir, die Gefangenen, stehen in keinem reellen Arbeitsverhältnis und beziehen nur eine Arbeitsbelohnung für ungleich hohe Arbeitsleistung. Wir sind daher auf jeden Pfennig unbedingt angewiesen und können mit den ständig steigen Preisen bei der Fa. Folkerts nicht mehr schritthalten! Wir fordern daher Senkung der – für unsere Verhältnisse – überhöhten Preise und Angleichung für den Kleinverbraucher ‚draußen'! Wir fordern gleichermaßen Sonder-Angebote in größerem Umfang als bisher und regelmäßig ..."

47 Gefangene haben die Stellungnahme unterschrieben.

Bessere Fortbildungsmöglichkeiten, tarifliche Bezahlung, Gleichstellung mit den freien Arbeitern und Angestellten sind Forderungen, die verschiedentlich von Gefangenen und Diskussionsgruppen zum Strafvollzug aufgestellt wurden und Voraussetzung der „Resozialisierung" des Gefangenen, seiner Verbindung mit den Arbeitskollegen „draußen" und der Aufrechterhaltung seiner sozialen Kontakte sind.

Labour Party für Abbau von Nuklearstützpunkten?

cof. Der Parteivorstand der Labour Party hat letzte Woche – gegen den Widerstand des Parteivorsitzenden Foot – einen Entwurf für den Parteitag im Oktober verabschiedet, in dem der sofortige Abbau aller Nuklear-Stützpunkte auf britischem Boden, der britischen als auch der amerikanischen, gefordert und darüberhinaus die einseitige nukleare Abrüstung verlangt wird. – Zur gleichen Zeit haben 220 britische Prominente – darunter 59 Abgeordnete, 10 Gewerkschafter, Professoren und Künstler – in einem offenen Brief an den US-Präsidenten Reagan die Außenpolitik der USA kritisiert. „... Wir sind besorgt, daß sich das neue Selbstbewußtsein der USA hauptsächlich auf Gebiete und Länder bezieht, in deren Angelegenheiten sich einzumischen weder die USA noch die Sowjetunion ein Recht haben", heißt es dort. „... Wir verurteilen Terrorismus, erkennen aber zugleich das Recht von Befreiungsbewegungen an, zu den Waffen zu greifen, wo politische Auseinandersetzungen kein Ende der wirtschaftlichen und sozialen Unterdrückung erreicht haben." Die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion wurden aufgefordert, alle ihre ausländischen Militäreinrichtungen zu schließen.

Neue Serie politischer Prozesse in der CSSR

gek. Rudolf Battek, Mitglied einer „Vereinigung unabhängiger Sozialisten", der zu westeuropäischen Sozialdemokraten ganz öffentlich Beziehungen unterhalten hat, ist wegen „subversiver Tätigkeit gegen den Staat" zu einer Haftstrafe von 7½ Jahren verurteilt worden. Dieses Terrorurteil wird allgemein nur als der Beginn einer neuen Serie von Prozessen angesehen, in denen 18 Personen angeklagt werden sollen – die Anklageschriften sind eben zugestellt worden. Darunter ist der Außenminister der CSSR von 1968, Jiri Hajek; die Ehefrau des bereits zu einer langjährigen Zuchthausstrafe verurteilten Vaclav Havel; die Schriftstellerin Eva Kanturka; sowie eine Anzahl von Wissenschaftlern. Zum zweiten Mal vor Gericht (nach einer ersten Strafe von 5 Jahren) soll der frühere Studentensprecher Jiri Müller. Für die tschechoslowakischen Behörden geht es offenbar darum, gegen die sich zäh behauptende „Charta 77" und eine Reihe von Untergrundpublikationen einen neuen Schlag zu führen und sämtliche Verbindungen zur demokratischen Emigration im westlichen Ausland abzuschneiden. Die bisherige Abschreckungsjustiz hat das nicht erreichen können.

KSZE-Folge-Konferenz vertagt

SZ/kvz. Die 35 an der KSZE-Folgekonferenz in Madrid teilnehmenden

„Vereinigung unabhängiger Sozialisten", der zu westeuropäischen Sozialdemokraten ganz öffentlich Beziehungen unterhalten hat, ist wegen „subversiver Tätigkeit gegen den Staat" zu einer Haftstrafe von 7½ Jahren verurteilt worden. Dieses Terrorurteil wird allgemein nur als der Beginn einer neuen Serie von Prozessen angesehen, in denen 18 Personen angeklagt werden sollen – die Anklageschriften sind eben zugestellt worden. Darunter ist der Außenminister der CSSR von 1968, Jiri Hajek; die Ehefrau des bereits zu einer langjährigen Zuchthausstrafe verurteilten Vaclav Havel; die Schriftstellerin Eva Kanturka; sowie eine Anzahl von Wissenschaftlern. Zum zweiten Mal vor Gericht (nach einer ersten Strafe von 5 Jahren) soll der frühere Studentensprecher Jiri Müller. Für die tschechoslowakischen Behörden geht es offenbar darum, gegen die sich zäh behauptende „Charta 77" und eine Reihe von Untergrundpublikationen einen neuen Schlag zu führen und sämtliche Verbindungen zur demokratischen Emigration im westlichen Ausland abzuschneiden. Die bisherige Abschreckungsjustiz hat das nicht erreichen können.

KSZE-Folge-Konferenz vertagt

SZ/kvz. Die 35 an der KSZE-Folgekonferenz in Madrid teilnehmenden

Delegationen haben die Fortsetzung ihrer Verhandlungen diese Woche bis zum Herbst vertagt. Anlaß dazu waren Meinungsverschiedenheiten über den Auftrag und den Geltungsbereich einer Konferenz für Abrüstung in Europa – die im Prinzip von allen Teilnehmern befürwortet wird. Während die NATO-Staaten und westliche neutrale Länder einen Auftrag der KSZE an diese Konferenz wünschen, „militärisch vertrauensbildende Maßnahmen" für das Territorium Europas und die angrenzenden Seegebiete, sofern sie für Manöver auf dem Lande Bedeutung haben, zu entwickeln, lehnt die Sowjetunion einen solchen Auftrag ab. Zuletzt legte sie eine Formulierung vor, die offenbar die Einbeziehung des gesamten Atlantiks und Nordamerikas als Ausgleich dafür verlangt, daß sie den europäischen Teil des sowjetischen Territoriums vertrauensbildenden Maßnahmen unterwerfen will.

Präsidentschaftswahlen im Iran: Ausgang wie erwartet

Reuter/taz/kvz. Mehr als 90%, 12,6 Mio. von rund 14 Mio. ausgezählten Stimmen konnte der IRP-Ministerpräsident Radschai für sich verbuchen. Ihre Kandidatur zurückgezogen hatte die Tudeh-Partei, deren Spitze Radschai als „Kompetenten Kandidaten" unterstützte. Mit dem Ergebnis hat die IRP ihr Ziel, das Votum von 10,7 Mio. (75,7%) Wählern für den gestürzten Präsidenten Bani-Sadr vom Januar 1980 zu übertreffen, erreicht. Zuvor mußten allerdings das Wahlalter von 16 auf 15 Jahre herabgesetzt und die Wahl zur religiösen Pflicht eines jeden Moslem erklärt werden. Nichtwählern war mit Streichung von Lebensmittel- und Treibstoffrationen gedroht worden. Bani-Sadr hatte, wie andere Op-

Spendenkonto Kampuchea
Frankfurter Volksbank EG,
6000 Frankfurt, Mainzer Landstr. 150,
Konto-Nr. 01/27132–6
Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW), Spendenkonto Kampuchea

positionsgruppen auch, das iranische Volk zum Wahlboykott aufgerufen. Laut Radio Teheran wurden allein in der Hauptstadt 115000 leere Stimmzettel abgegeben (hier ist erst die Hälfte ausgezählt). Nachdem Bani-Sadr das Land verlassen hat, ruft er von Paris aus das Volk für die Wiederherstellung der Demokratie im Iran auf.

Einsatz von Tränengas in Arbeiterunterkünften erlaubt

Financial Times/kvz. Als barbarisch haben schwarze Gewerkschafter und Gemeindevorstände neue Richtlinien der südafrikanischen Regierung bezeichnet, die es solchen Kapitalisten, die mehr als 100 (Wander-) Arbeiter in ‚Compounds' (Arbeiterunterkünfte auf dem Fabrikgelände) zusammenpferchen, erlauben, dort Tränengas einzusetzen. Potentiell betroffen sind

den. Bani-Sadr hatte, wie andere Op-

Spendenkonto Kampuchea
Frankfurter Volksbank EG,
6000 Frankfurt, Mainzer Landstr. 150,
Konto-Nr. 01/27132–6
Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW), Spendenkonto Kampuchea

positionsgruppen auch, das iranische Volk zum Wahlboykott aufgerufen. Laut Radio Teheran wurden allein in der Hauptstadt 115000 leere Stimmzettel abgegeben (hier ist erst die Hälfte ausgezählt). Nachdem Bani-Sadr das Land verlassen hat, ruft er von Paris aus das Volk für die Wiederherstellung der Demokratie im Iran auf.

Einsatz von Tränengas in Arbeiterunterkünften erlaubt

Financial Times/kvz. Als barbarisch haben schwarze Gewerkschafter und Gemeindevorstände neue Richtlinien der südafrikanischen Regierung bezeichnet, die es solchen Kapitalisten, die mehr als 100 (Wander-) Arbeiter in ‚Compounds' (Arbeiterunterkünfte auf dem Fabrikgelände) zusammenpferchen, erlauben, dort Tränengas einzusetzen. Potentiell betroffen sind

vor allem Arbeiter der Bergwerksgesellschaften und Elektrizitätsversorgungsunternehmen, aber auch zahlreiche Beschäftigte der Stadt- und Gemeindeverwaltungen.

Niederlande: II. Kabinett van Agt in Sicht

Nach dem Kompromiß verschärft die christliche Reaktion die Gangart

rof. Bis zum Dienstag dieser Woche soll die Entscheidung fallen: Wird die neue niederländische Regierung ein Krisenkabinett, eine große Koalition von CDA, PvdA und D'66 unter Führung van Agts? Am Dienstag der vergangenen Woche schien diese Frage bereits entschieden – das zweite Kabinett van Agt schien geboren. Die drei Informateure schlossen die drei verhandelnden Parteivorsitzenden auf ein 66seitiges Kompromißpapier zusammen, eine Regierungsübereinkunft ward gefunden in den strittigen wahlprogrammatischen Aussagen, im Gerangel um die Ministersessel.

An der Anwartschaft van Agts als Premier bestand kein Zweifel mehr, die Ministerien wurden 6–6–3 verteilt. CDA erhielt die belangreichen Minister für Finanzen und Justiz, PvdA erhielt Soziales und Arbeit, Bildung sowie Innen und Außen zugesprochen, D'66 das Wirtschafts- und das ungeliebte Verteidigungsministerium.

In den wesentlichen strittigen Sachfragen wurden folgende Kompromißformeln als Basis zukünftiger Regierungspolitik ausgehandelt.

Lohn und Kaufkraft: Ausgehend von der Kaufkraft des gesetzlichen Mindestlohnes wird ein Kaufkraftverlust von höchstens 1% garantiert. „Absolute Garantien können nicht gegeben werden", heißt es. Fällt jedoch die ökonomische Entwicklung besser als erwartet aus, „soll der Erhalt der Kaufkraft des Mindestlohnes vorrangige Aufgabe sein". Die Löhne und Gehälter der Beamten und öffentlichen Bediensteten sollen vom gesetzlichen Lohn abgekoppelt werden, dem „Trend" der Industrielohnentwicklung folgen. Der staatliche Dienstherr soll die Löhne eigenständig festlegen können, darauf haben sich die drei Fraktionen geeinigt. Ein Angriff auf die Löhne der Bediensteten des öffentlichen Lebens ist zu erwarten, dies deuten die jüngst veröffentlichten Pläne für größere Entlassungen von öffentlichen Bediensteten in den Gemeinden (Enschede und Den Bosch) schon an, die ja nur die zweite Seite der beabsichtigten Einsparungen sind.

Kernenergie: Eine Studie unabhängiger Sachverständiger wird in Auftrag gegeben, welche die Folgen „sowohl finanziell, unter dem Gesichtspunkt der Arbeitsplätze und mit Bezug auf die Energieversorgung darstellt, die die Stillegung bzw. Schließung der Kernkraftwerke Dodewaard und Borssele bedeuten. Diese Studie soll binnen 6 Monaten fertig sein. Das Kabinett soll

von der Kaufkraft des gesetzlichen Mindestlohnes wird ein Kaufkraftverlust von höchstens 1% garantiert. „Absolute Garantien können nicht gegeben werden", heißt es. Fällt jedoch die ökonomische Entwicklung besser als erwartet aus, „soll der Erhalt der Kaufkraft des Mindestlohnes vorrangige Aufgabe sein". Die Löhne und Gehälter der Beamten und öffentlichen Bediensteten sollen vom gesetzlichen Lohn abgekoppelt werden, dem „Trend" der Industrielohnentwicklung folgen. Der staatliche Dienstherr soll die Löhne eigenständig festlegen können, darauf haben sich die drei Fraktionen geeinigt. Ein Angriff auf die Löhne der Bediensteten des öffentlichen Lebens ist zu erwarten, dies deuten die jüngst veröffentlichten Pläne für größere Entlassungen von öffentlichen Bediensteten in den Gemeinden (Enschede und Den Bosch) schon an, die ja nur die zweite Seite der beabsichtigten Einsparungen sind.

Kernenergie: Eine Studie unabhängiger Sachverständiger wird in Auftrag gegeben, welche die Folgen „sowohl finanziell, unter dem Gesichtspunkt der Arbeitsplätze und mit Bezug auf die Energieversorgung darstellt, die die Stillegung bzw. Schließung der Kernkraftwerke Dodewaard und Borssele bedeuten. Diese Studie soll binnen 6 Monaten fertig sein. Das Kabinett soll

nach der Vorlage sich mit Eile einen Standpunkt bilden und dem Kabinett vorlegen". Ein wahrhaft salomonisches Hinausschieben jeglicher Entscheidung, die die vorhandenen Widersprüche aufbrechen lassen könnte.

Mittelstreckenraketen: Die „Niederlande sollen keinen positiven Beschluß über die Stationierung fassen und die NATO-Mitglieder informieren, warum nur eine negative Übereinkunft möglich war." (...) „In Anbetracht einer sorgfältigen Beschlußfassung soll ein Prozeß regelmäßiger Konsultation mit den anderen NATO-Ländern stattfinden." Ein Zeitpunkt für die Beschlußfassung ist nicht enthalten. Die PvdA hat in einer Fußnote erklärt, gegen die Stationierung zu stimmen, wenn die Beschlußfassung ansteht.

Der Übereinkunft hatten die drei Fraktionsführer zugestimmt und die Verteidigung vor den Fraktionen zugesagt. Van Agt klammerte dabei den Punkt Mittelstreckenraketen aus, Terlouw war nicht einverstanden, daß der Bereich der Arbeitsangelegenheiten aus dem Ministerium für ökonomische Angelegenheiten (für das er kandidiert) herausgenommen werden soll und dem Minister für Soziales (Kandidat den Uyl) angegliedert werden soll.

Ein Sprecher des Gewerkschaftsbundes FNV sah für die „Gewerkschaftsbewegung einen positiven Punkt", da sich eine andere Politik abzeichne als bei dem alten Kabinett van Agt/Wiegel. Insbesondere erwartete er eine größere „Bereitschaft zu einer Beschäftigungspolitik". Im Hinblick auf den Mindestlohn und den Abbau der sozialen Sicherheiten erwartete er handfeste Konflikte mit der zukünftigen Regierung.

In gemeinsamer Reaktion auf den Kompromiß sahen beide niederländischen Kapitalistenvereinigungen „keine Basis für einen neuen industriellen Elan". „Das notwendige Gleichgewicht zwischen ökonomischer und beschäftigungspolitischer Politik" sahen sie nicht gewährleistet.

Soweit der Stand nach der Einigung der Parteivorsitzenden vorletzten Dienstag.

Gestärkt durch die Verhandlungserfolge (van Agt neuer Premier, CDA besetzt das wichtige Finanzressort) verschärfte die CDA die Gangart. Sie will in wesentlichen Fragen eine politische Linie durchsetzen, die auf die *programmatische* CDA-Führung hinausläuft. Die Fraktion lehnte die Regierungsübereinkunft ab, verlangte neue Verhandlungen. Die Linie dieser Änderungen legte van Agt in einem Brief an die Informateure fest.

Lohnentwicklung: „... deutlicher feststellen, daß keine absoluten Garantien gegeben werden können über die

bei dem alten Kabinett van Agt/Wiegel. Insbesondere erwartete er eine größere „Bereitschaft zu einer Beschäftigungspolitik". Im Hinblick auf den Mindestlohn und den Abbau der sozialen Sicherheiten erwartete er handfeste Konflikte mit der zukünftigen Regierung.

In gemeinsamer Reaktion auf den Kompromiß sahen beide niederländischen Kapitalistenvereinigungen „keine Basis für einen neuen industriellen Elan". „Das notwendige Gleichgewicht zwischen ökonomischer und beschäftigungspolitischer Politik" sahen sie nicht gewährleistet.

Soweit der Stand nach der Einigung der Parteivorsitzenden vorletzten Dienstag.

Gestärkt durch die Verhandlungserfolge (van Agt neuer Premier, CDA besetzt das wichtige Finanzressort) verschärfte die CDA die Gangart. Sie will in wesentlichen Fragen eine politische Linie durchsetzen, die auf die programmatische CDA-Führung hinausläuft. Die Fraktion lehnte die Regierungsübereinkunft ab, verlangte neue Verhandlungen. Die Linie dieser Änderungen legte van Agt in einem Brief an die Informateure fest.

Lohnentwicklung: „... deutlicher feststellen, daß keine absoluten Garantien gegeben werden können über die

Handhabung der Kaufkraft, eingeschlossen der Mindestlohn ... Vorrang der Beschäftigungs- vor der Lohnpolitik."

Verteidigung: „... ein Termin muß aufgenommen werden ..., zu dem die Niederlande über die Stationierung von Mittelstreckenraketen beschließen." Ein Zusammenhang wird gefordert zwischen der Neustationierung und Reduzierung bestehender, atomar nutzbarer Waffensysteme. Kritisiert wird die aufgenommene Fußnote der PvdA, die nicht Ausdruck eines „Kompromisses zwischen Koalitionsparteien" sein kann.

Sitzverteilung: Der Geschäftsbereich Arbeitsangelegenheiten soll nicht dem Minister für Soziales (den Uyl) angegliedert werden (diese Forderung erhebt auch die D'66 als einzige wesentliche Forderung). Dem Bildungsminister der PvdA sollen zwei Staatssekretäre zugeordnet werden mit festen Geschäftsbereichen Grundstufe und Mittelstufe. (zit. nach Handelsblad vom 24.7.1981).

PvdA und D'66 stimmen dem erzielten Kompromiß im wesentlichen zu. In den nächsten Tagen wird sich erweisen, ob es der christlichen Reaktion gelingt, eine große Koalition mit Sozialdemokraten und Linksliberalen unter ihrer Führung zu installieren.

Scheitern die Verhandlungen endgültig, verbleibt van Agt und der CDA der Weg, die jetzige Regierung CDA/VVD (rechtsliberal) als Minderheitskabinett bei Duldung durch den rechten christlichen Parlamentsflügel fortzuführen und zu einem geeigneten Zeitpunkt Neuwahlen auszurufen. Kommt es zur großen Koalition unter van Agt, wird man sehen müssen, was von den programmatischen Vorstellungen von PvdA und D'66 sich im Regierungsprogramm wiederfinden läßt.

Norwegen nimmt doch an NATO-Flottenmanöver teil

lup. Entgegen früheren Ankündigungen wird die norwegische Marine nun doch an dem NATO-Flottenmanöver „Magic Sword" im Nordatlantik teilnehmen, erklärte der norwegische Verteidigungsminister Poul Soegaard. Norwegen hatte vorher die Beteiligung an dem NATO-Flottenmanöver abgesagt, weil sich daran nicht nur NATO-Mitglieder, sondern auch lateinamerikanische Militärdiktaturen beteiligen. Nachdem nun der Teil des Manövers, den die USA mit lateinamerikanischen Staaten im Südatlantik durchführt, einen eigenen Namen bekommen („Ocean Venture") machte die norwegische

der Weg, die jetzige Regierung CDA/VVD (rechtsliberal) als Minderheitskabinett bei Duldung durch den rechten christlichen Parlamentsflügel fortzuführen und zu einem geeigneten Zeitpunkt Neuwahlen auszurufen. Kommt es zur großen Koalition unter van Agt, wird man sehen müssen, was von den programmatischen Vorstellungen von PvdA und D'66 sich im Regierungsprogramm wiederfinden läßt.

Norwegen nimmt doch an NATO-Flottenmanöver teil

lup. Entgegen früheren Ankündigungen wird die norwegische Marine nun doch an dem NATO-Flottenmanöver „Magic Sword" im Nordatlantik teilnehmen, erklärte der norwegische Verteidigungsminister Poul Soegaard. Norwegen hatte vorher die Beteiligung an dem NATO-Flottenmanöver abgesagt, weil sich daran nicht nur NATO-Mitglieder, sondern auch lateinamerikanische Militärdiktaturen beteiligen. Nachdem nun der Teil des Manövers, den die USA mit lateinamerikanischen Staaten im Südatlantik durchführt, einen eigenen Namen bekommen („Ocean Venture") machte die norwegische

Regierung einen Rückzieher. Inzwischen berichtet die englische Zeitung „The Guardian", an dem Flottenmanöver im Südatlantik werde auch Südafrika teilnehmen.

Spendenaktion für Opfer der israelischen Angriffe im Libanon

Aufruf der Informationsstelle Palästina

Liebe Freunde und Genossen!

Heute ist der 21.7.1981. 5 Tage sind vergangen seit dem israelischen Luftangriff auf die libanesische Hauptstadt Beirut. Trotzdem sind noch Opfer unter den Trümmern der zerstörten Häuser begraben.

Die Zahl der Toten und Verletzten der israelischen Angriffe steigt von Tag zu Tag. Die israelische Luftwaffe und die „tapferen" israelischen Piloten sind wohlinformiert, daß sich die palästinensischen Partisanen unter den Zivilisten versteckt halten. Und um zwei „palästinensische Terroristen" zu töten, haben die israelischen „Helden" mehr als 300 libanesische und palästinensische Zivilisten hinterhältig und heimtückisch ermordet. Über 1000 Verletzte hat man bis jetzt zählen können. Und das alles, weil Menachem Begin und die israelische Regierung die Palästinenser verfolgen, wo immer sie können.

Der israelische Ministerpräsident scheute nicht davor zurück, Flüchtlingslager, libanesische Dörfer und Städte zu zerbomben, um wiedergewählt zu werden. Und in der Tat hat er dadurch die Wahl gewonnen. Nachdem er mit der Regierungsbildung beauftragt worden ist, waren seine ersten Aktionen wiederum Angriffe gegen palästinensische Flüchtlingslager und libanesische Dörfer und Städte.

Diese israelischen Angriffe, vor der Wahl wie hernach, wurden in den westlichen Ländern und von den westlichen Politikern selten verurteilt. Im Gegenteil, es gibt viele Politiker, die sich erschrocken zurückgezogen haben von der Suche nach einer Lösung im Nahen Osten, nachdem sie von Menachem Begin attackiert worden sind. Menachem Begin muß das Gefühl haben, daß er tun und lassen kann, was er will, solange die Gelder und Waffen aus dem Westen fließen, ohne Rücksicht darauf, wohin eine solche Politik führen kann und muß. Die Zerstörung des Nuklearreaktors in Bagdad und die milden Worte, die man in der Beurteilung dieser Aktion bei manchen westlichen Staaten, vor allem den USA, gehört hat, sind die gleichen Worte, die man heute benutzt, um seine Ablehnung gegenüber dieser Politik mit allergrößter Vorsicht zum Ausdruck zu bringen.

Die Haltung der Bundesrepublik in dieser Frage war offiziell die der Verurteilung aller Gewaltaktionen im Nahen Osten, egal von wem sie ausgehen. Damit aber werden die Aggressoren und Besatzer mit den Unterdrückten auf die gleiche Stufe gestellt. Das bedeutet für uns Palästinenser im Grunde genommen wie auch de facto eine pro-israelische Einstellung. Diese Haltung kann von uns Palästinensern und auch von den arabischen Staaten nicht akzeptiert werden.

Diese Politik der Israelis, uns anzugreifen, wo immer wir sind, ist in Dokumenten der Knesset festgelegt; sie ist in Äußerungen von Begin, Shamir und Eytan bekräftigt worden, und sie wird praktiziert durch die Bomben und Raketen der israelischen Artillerie und der Luftwaffe. Die Wiedergabe der Nachricht, der Angriff auf Beirut sei nur die Antwort auf die Beschießung von Nahariya und und Kiryat Schmoneh gewesen, entspricht nicht nur nicht der Wahrheit, sondern stellt eine Ermutigung der Israelis dar, die Angriffe gegen die Palästinenser und Libanesen unvermindert fortzusetzen.

Die Ziele der israelischen Angriffe:

1. Das oberste Ziel dieser Angriffe besteht darin, die PLO militärisch und politisch soweit zu schwächen, daß sie als Verhandlungspartner für eine umfassende Lösung im Nahen Osten keine Rolle mehr spielen kann, daß die Judaisierung des palästinensischen Bodens ungestört fortgesetzt werden kann und der Traum von „Eretz Israel" (Groß-Israel, d. Red.) in Erfüllung geht.

2. Die Israelis streben nach der Vorherrschaft im gesamten arabischen Raum. Sie wollen bestimmen, wie die Entwicklung in jedem einzelnen arabischen Land und in der gesamten Region aussieht, politisch, ökonomisch und militärisch. Der Angriff auf den 1000 km entfernten irakischen Reaktor dokumentiert diese Absicht in aller Deutlichkeit.

3. Die israelische Regierung will den Süd-Libanon annektieren, zum einen um über das Schicksal des Libanon mitzubestimmen, zum anderen, um sich in den Besitz der wichtigen Wasserreservoirs in diesem Gebiet zu bringen.

Das palästinensische Volk ist entschlossen, den zionistischen und expansionistischen Bestrebungen entgegenzutreten und sich gegen die barbarischen Angriffe zur Wehr zu setzen. In diesem Kampf stehen das palästinensische und libanesische Volk nicht allein. Wir rechnen mit der Solidarität und Unterstützung aller fortschrittlichen und demokratischen Kräfte in der Welt.

Wegen der anhaltenden Luftangriffe und den massiven Zerstörungen und hohen Verletzungen unter der Zivilbevölkerung rufen wir zu einer *Spendenaktion* zur Beschaffung von medizinischen Geräten und Ausrüstungen auf.

Wir fordern alle unsere Freunde auf, uns bei dieser Aktion zu unterstützen. Die Spenden sollten auf das Konto Nr. 25 28228 Dresdner Bank Bonn unter dem Kenntwort „Libanon" überwiesen werden.

Hoch die internationale Solidarität!

Abdalla Frangi

Welche Wirtschaftsreform in Polen?

Regierung und „Solidarność" legen ihre Positionen fest

gek. Die Konturen einer neuen gesellschaftlichen Auseinandersetzung zeichnen sich in Polen ab. Ministerpräsident Jaruzelski machte in seiner Schlußrede auf dem Parteikongreß die Grundzüge der angestrebten Notmaßnahmen und Wirtschaftsreformen deutlich. Um das Gleichgewicht auf dem Nahrungsmittelsektor herzustellen, sollten ab 1. Januar 1982 die Preiserhöhungen, über die 1970 Gomulka und 1980 Gierek stürzte, durchgezogen werden: sie werden im Durchschnitt bei 110% liegen. Hundert Gramm gekochter Schinken werden dann 3 DM, ein Pfund Butter 6 DM (nach offizieller Umrechnung) kosten. Auf diese Weise soll der „Kaufkraftüberhang" abgebaut werden. Die Löhne werden bis zum Jahresende eingefroren; parallel zu den Preiserhöhungen soll Lohnausgleich gezahlt werden, in vollem Umfang aber nur für die, die ohnehin unter dem Existenzminimum liegen.

Ansonsten sollen der Landwirtschaft die dringendsten Produktionsmittel gesichert werden, soll die Kohleproduktion – wie die übrige industrielle Produktion – mit freiwilligen, durch Vergünstigungen prämierten Sonderschichten hochgefahren werden, soll eisern gespart werden, sollen Sondermaßnahmen zur Ankurbelung der Exporte getroffen werden, sollen Zug um Zug die Betriebe größere Autonomie erhalten und eine striktere Kosten- und Gewinnrechnung durchführen. Unrentable Betriebe sollen geschlossen werden. Unter der Hand ist von 2,5 Mio., d.h. 15% aller Beschäftigten, die Rede, die zeitweise arbeitslos werden.

Zu allem Überfluß hatte die Regierung unmittelbar nach dem Kongreß anzukündigen, daß die Fleischrationen um 20% reduziert werden müssen, da die Bauern (die ihre Viehbestände gerade wieder aufstocken) nicht genug abliefern und für die Importe die Transport- und Lagerkapazitäten nicht ausreichen.

Jaruzelski hat diese Ankündigungen verbunden mit der Androhung des Einsatzes staatlicher Macht. Im selben Sinne Kania in seiner Schlußrede, mit ausdrücklicher Wendung an die Delegierten der Bruderparteien, die anerkennen müßten, daß „dieser Parteitag nicht den Schatten eines Verdachtes gelassen (hat), daß Polen nicht ein unbeugsamer Verbündeter der Sowjetunion ... ist und sein wird". „Jetzt geht es darum, allen Aktivitäten endgültig ein Ende zu bereiten, die unseren Staat, die Führung und die Partei vor irgendwelche Kraftproben stellen ... wollen." „Nur die Wiederaufnahme der Arbeit kann Polen aus der Krise reißen. Sonst bezeichnet uns die Geschichte als diejenigen, die Polen zu Tode geredet haben." – Demonstrativ klatschte der sowjetische Delegationsleiter Grischin Kania Beifall, ihm folgend erhob sich das Korps der Parteitagsgäste und der Delegierten. Der feudale Investiturritus machte die Grenzen der demokratisierten Parteiverfassung gleich wieder deutlich.

Auf einer mehrtägigen Tagung hat die „Landes-Koordinierungskommission" der Gewerkschaft, das (nunmehr in den Regionen regulär gewählte) oberste Führungsgremium, sich über die Grundsätze der eigenen Politik geeinigt. Die Preiserhöhungen könnten *nur als Bestandteil einer grundlegenden Gesamtreform der Wirtschaft* akzeptiert werden. Und das Kernstück dieser Reform müsse die Einführung einer wirklichen *Arbeiterselbstverwaltung* sein. Die Gewerkschaft hat in diesem Zusammenhang den Gesetzentwurf der Regierung abgelehnt, ebenso wie die bisherige Fassung des Gewerkschaftsgesetzes (in dem das Streikrecht geregelt wird) und des Gesetzes über die Zensur, das die Publikationen der Gewerkschaft – bis zum Flugblatt – zu einem Fall für den Zensor macht.

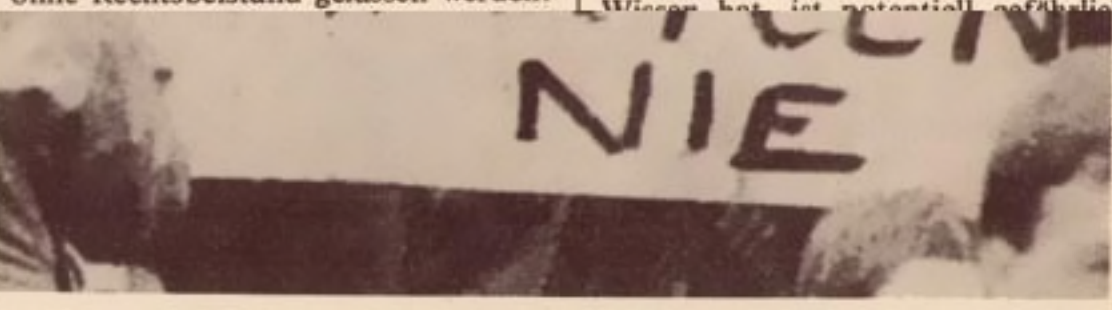
Aber zur entscheidenden Auseinandersetzung wird die Wirtschafts- und Betriebsverfassung werden. „Solidarność" will alle Formen demokratischer Beratung und alle intellektuellen Potenzen auf die Ausarbeitung konkreter Reformpläne konzentrieren, eben auf das, worin der PVAP-Parteitag versagt hat. Zugunsten dessen soll der für Anfang September geplante erste Gewerkschaftskongreß, wie zu hören war, verschoben werden.

Der Wirtschaftskreislauf wird immer enger und stockender. Selbst die in Aussicht stehende gute Ernte kann durch Tausende von Erntemaschinen, die ohne Ersatzteile stilliegen, oder wegen fehlender Nylon- und Jutesäcke etc. etc. gefährdet werden. Die BRD erwägt einen neuen Lieferkredit von 1 Mrd. DM. Die westlichen Banken – ebenso wie die Sowjetunion – haben Polen Umschuldung gewährt, zunächst allerdings nur bis zum Jahresende. Sie alle *müssen*, weil ein Wirtschaftskollaps Polens für die gesamte Weltwirtschaft schwere Folgen hätte. Aber die Zinssätze werden hochgeschraubt, Kontrolle über die Wirtschaftspolitik gefordert. Finanzminister Krzak hat den westlichen Bankiers jetzt Kontrollrechte gegen Zinssenkung angeboten. Er kann es, weil die eingeschlagene Linie der Wirtschaftspolitik von Kania und Jaruzelski einer Roßkur nach Art des IWF zunehmend ähnelt.



Hungermarsch in Kutno. „Selbstverwaltung bedeutet Nahrung" – „Reformen ja, Preiserhöhungen nein" – „Wir wollen Brot"

Von den zwei Welten, die ich in El Salvador erlebte, ist es nicht die offizielle, die mein Bild von diesem Land am stärksten prägte:
Es ist nicht die lange Unterhaltung mit José Napoleón Duarte, der sich verzweifelt mühte, Macht zu zeigen, die er nicht besitzt.
Es ist nicht die harte, feindselige Auseinandersetzung mit dem wahren Machthaber El Salvadors, der sich bemühte, seine Macht ein wenig zu kaschieren, Verteidigungsminister Garcia – der Mann, der noch jede bisherige Regierung überlebt und gute Chancen hat, auch die jetzige zu beerben.
Es ist nicht das Gespräch mit dem
uns Bilder ihrer Söhne zu, geben uns Briefe mit der Schilderung des Falles. „Retten Sie meinen Sohn! Gehen Sie zum Gefängnis der Policia Nacional; dort haben sie ihn hingeschleppt, dort habe ich ihn zum letztenmal gesehen."
Dokumentation
Gewalt und Terror der Junta in El Salvador
chen. Und sie selbst haben uns per Zeitungsanzeige darum gebeten. Unter ihnen sind Gewerkschafter, Arbeiter, Lehrer, aber auch Kleinunternehmer. Bis zum letzten Tag haben wir noch keine Nachricht vom Justizminister.
von denen wir Klagen erwartet hätten, mit souveräner Würde. Auf unsere Fragen sagen sie: „Wir sind gefährdet; wir können in andere ‚Gefängnisse' verlegt werden. Dabei werden wir dann – angeblich auf der Flucht – erschossen. Öffentlichkeit kann uns nur schützen. Wir wollen, daß ihr überall die Wahrheit darüber berichtet, was in El Salvador, was mit uns und unseren Familien geschieht." (...)
Politische Gefangene haben keine Rechte; sie werden willkürlich verhaftet mit dem stets gleichen Vorwurf „subversiver Tätigkeit"; sie können bis zu einem halben Jahr und länger ohne Rechtsbeistand gelassen werden.
re verätzte Brust. Ein anderer erzählt, wie ihm das Bein gebrochen, der Fuß zermalmt wurde.
Die Familienangehörigen der politischen Gefangenen werden – um diese unter Druck zu setzen – systematisch von Polizei- und Militärkräften ermordet. 60 bis 70 Prozent der Angehörigen finden aus diesen Gründen den Tod. Ein Gewerkschafter berichtet unter Tränen, daß seine Tochter wenige Tage vorher verschleppt und ermordet wurde.
Die Repression trifft jeden, der dem Regime als verdächtig gilt: Bauern, Arbeitnehmer, Lehrer – vor allem männliche Jugendliche. Wer jung ist und
Zug die Betriebe größere Autonomie erhalten und eine striktere Kosten- und Gewinnrechnung durchführen. Unrentable Betriebe sollen geschlossen werden. Unter der Hand ist von 2,5 Mio., d.h. 15% aller Beschäftigten, die Rede, die zeitweise arbeitslos werden.
Zu allem Überfluß hatte die Regierung unmittelbar nach dem Kongreß anzukündigen, daß die Fleischrationen um 20% reduziert werden müssen, da
sion" der Gewerkschaft, das (nunmehr in den Regionen regulär gewählte) oberste Führungsgremium, sich über die Grundsätze der eigenen Politik geeinigt. Die Preiserhöhungen könnten *nur als Bestandteil einer grundlegenden Gesamtreform der Wirtschaft* akzeptiert werden. Und das Kernstück dieser Reform müsse die Einführung einer wirklichen *Arbeiterselbstverwaltung* sein. Die Gewerkschaft hat in die-
Weltwirtschaft schwere Folgen hätte. Aber die Zinssätze werden hochgeschraubt, Kontrolle über die Wirtschaftspolitik gefordert. Finanzminister Krzak hat den westlichen Bankiers jetzt Kontrollrechte gegen Zinssenkung angeboten. Er kann es, weil die eingeschlagene Linie der Wirtschaftspolitik von Kania und Jaruzelski einer Roßkur nach Art des IWF zunehmend ähnelt.



Hungermarsch in Kutno. „Selbstverwaltung bedeutet Nahrung" – „Reformen ja, Preiserhöhungen nein" – „Wir wollen Brot"

Dokumentation

Gewalt und Terror der Junta in El Salvador

kvz. Wir geben im folgenden einen leicht gekürzten Bericht wieder, den die sozialdemokratische Abgeordnete des Europa-Parlaments Heidemarie Wieczorek-Zeul nach einer Reise nach El Salvador im „Spiegel" (Nr. 31/1981) veröffentlicht hat. Die 5köpfige Delegation, der außerdem die holländische Sozialdemokratin Ien van den Heuvel und 3 Christdemokraten angehörten, sprach mit Vertretern der Junta, dem Unternehmerverband und dem US-Botschafter Hinton, vor allem aber mit Angehörigen politisch Verfolgter und einigen politischen Gefangenen selbst. – Kurz nach Abreise der Delegation wurde die Mutter eines Verschleppten ermordet, 2 weitere Frauen verhaftet – auch sie hatten sich an die Abgeordneten gewandt. Daraufhin forderten H. Wieczorek-Zeul und I. van den Heuvel den christdemokratischen Chef der Junta, Duarte, in einem offenen Brief auf, umgehend den Mord an Frau Cristales Flores, insbesondere die Beteiligung öffentlicher Organe wie der Polizei oder der Armee, aufzuklären und sich für die Freilassung von Dolores Alas Jiminez und Ana Elizabeth Flores einzusetzen sowie dem Internationalen Roten Kreuz zu gestatten, mit ihnen in Kontakt zu treten (FR 23.7.1981).

Von den zwei Welten, die ich in El Salvador erlebte, ist es nicht die offizielle, die mein Bild von diesem Land am stärksten prägte:

Es ist nicht die lange Unterhaltung mit José Napoleón Duarte, der sich verzweifelt mühte, Macht zu zeigen, die er nicht besitzt.

Es ist nicht die harte, feindselige Auseinandersetzung mit dem wahren Machthaber El Salvadors, der sich bemühte, seine Macht ein wenig zu kaschieren, Verteidigungsminister Garcia – der Mann, der noch jede bisherige Regierung überlebt und gute Chancen hat, auch die jetzige zu beerben.

Es ist nicht das Gespräch mit dem Verband der salvadorianischen Unternehmer, bei dem diese die Christdemokraten in der Regierung ihrer „Reformen" wegen anklagten und Duarte mit Hitler gleichsetzten.

Es ist nicht der Disput mit dem neuen Vertreter der alten Kolonialmacht USA, Botschafter Deane Hinton, der sich anstrengte, vergessen zu machen, daß gerade die USA jede wirkliche Reform in El Salvador durch Unterstützung der Militärs abblocken.

Es sind die Erinnerungen an die unterdrückte, nicht-offizielle Welt, die Delegationen sonst nicht erleben:

(...) Es ist die Erfahrung, mit welchem Mut und welcher Verachtung des Todes Menschen unter der Repression Widerstand leisten und welche Hoffnungen sie dabei auf uns setzen.

Täglich erscheinen in der Zeit der Anwesenheit unserer Delegation Anzeigen von Menschen in den ansonsten kontrollierten Zeitungen, in denen wir gebeten werden, mit ihnen in Kontakt zu treten: die Mütter und Familien von politischen Gefangenen und Vermißten, Gewerkschaften, die nicht mehr offiziell ihre Tätigkeit ausüben können, die Menschenrechtskommission.

Mit ihnen allen treffen wir zusammen – ohne offizielle Begleitung und an einem geheimen Ort. Und immer die bange Frage, die keiner für uns beantworten kann: Gefährden wir nicht etwa unsere Gesprächspartner? Sollen wir den Gesprächswunsch ablehnen?

„Habt ihr keine Angst?" fragen wir katholische Gegner der Regierung, die noch halböffentlich arbeiten. „O ja, aber wir müssen unsere Arbeit tun. Dazu sind wir verpflichtet." (...)

Viele Frauen schluchzen, reichen uns Bilder ihrer Söhne zu, geben uns Briefe mit der Schilderung des Falles. „Retten Sie meinen Sohn! Gehen Sie zum Gefängnis der Policia Nacional; dort haben sie ihn hingeschleppt, dort habe ich ihn zum letztenmal gesehen."

Erschütternde Berichte, bei denen ich auch zu weinen beginne ...: Wie Söhne und Ehemänner – meist nach Beginn der Ausgangssperre um 23 Uhr – von Angehörigen offizieller „Sicherheitskräfte" der Policia Nacional oder der Policia de Hacienda aus den Häusern verschleppt und danach ermordet aufgefunden wurden; wie die Frauen bei Polizeistellen und Gefängnissen ihre Angehörigen suchen, niemand ihnen Auskunft gibt und sie von der Polizei verhöhnt werden: „Geht doch zu den Hunden; sie werden es schon wissen ..."; wie die Leichen gräßlich verstümmelt aufgefunden werden; wie die Familien leiden, die oft nicht einmal ihre Toten bestatten können, weil deren Körper niemals gefunden werden. (...)

Amnesty International hatte uns aufgefordert, die politischen Gefangenen im Gefängnis Santa Tecla zu besuchen. Und sie selbst haben uns per Zeitungsanzeige darum gebeten. Unter ihnen sind Gewerkschafter, Arbeiter, Lehrer, aber auch Kleinunternehmer. Bis zum letzten Tag haben wir noch keine Nachricht vom Justizminister.

Da entscheiden meine Kollegin Ien van den Heuvel und ich: Wir müssen ohne Genehmigung hingehen und mindestens den Versuch unternehmen, mit den Häftlingen in Kontakt zu treten.

Wir reichen unsere Pässe durch das vergitterte Fenster, verweisen auf die Versicherung Duartes vom ersten Tag unseres Aufenthaltes, wir könnten mit jedem Bürger El Salvadors sprechen. (...)

Es ist Besuchszeit. Im weiten Innenhof drängen sich neben den Gefangenen Mütter, Frauen, Kinder der Verhafteten. Als wir von den Gefangenen durch die Menschenmenge, die wie ein Spalier steht, zu einem großen Tisch im Innenhof geleitet werden, brandet minutenlanger Beifall auf.

Wir sind wie vor den Kopf geschlagen: Hier empfangen uns Menschen, die gequält und unterdrückt werden, von denen wir Klagen erwartet hätten, mit souveräner Würde. Auf unsere Fragen sagen sie: „Wir sind gefährdet; wir können in andere ‚Gefängnisse' verlegt werden. Dabei werden wir dann – angeblich auf der Flucht – erschossen. Öffentlichkeit kann uns nur schützen. Wir wollen, daß ihr überall die Wahrheit darüber berichtet, was in El Salvador, was mit uns und unseren Familien geschieht." (...)

Politische Gefangene haben keine Rechte; sie werden willkürlich verhaftet mit dem stets gleichen Vorwurf „subversiver Tätigkeit"; sie können bis zu einem halben Jahr und länger ohne Rechtsbeistand gelassen werden. Sie werden nach außergesetzlichen Mitteln vor Militärgerichten verurteilt. Sie haben „Glück", wenn ihre Namen bekannt sind und sie nicht vorher verschleppt oder ermordet werden.

Die Polizei foltert systematisch. Im Gefängnis Santa Tecla selbst wird nicht gefoltert, sondern direkt nach der Verhaftung. Nacheinander zeigen uns die Häftlinge ihre Foltermale. Sie alle sagen: Elektroschocks sind die Regel, desgleichen die „capucha", bei der der Gefangene vor der Gefahr des Erstickens steht. Ein junger Mann zeigt seine von Folterungen durch Säure verätzte Brust. Ein anderer erzählt, wie ihm das Bein gebrochen, der Fuß zermalmt wurde.

Die Familienangehörigen der politischen Gefangenen werden – um diese unter Druck zu setzen – systematisch von Polizei- und Militärkräften ermordet. 60 bis 70 Prozent der Angehörigen finden aus diesen Gründen den Tod. Ein Gewerkschafter berichtet unter Tränen, daß seine Tochter wenige Tage vorher verschleppt und ermordet wurde.

Die Repression trifft jeden, der dem Regime als verdächtig gilt: Bauern, Arbeitnehmer, Lehrer – vor allem männliche Jugendliche. Wer jung ist und Wissen hat, ist potentiell gefährlich. (...)

Trauer allein ist nicht genug: Allein in diesem Jahr sind bereits 7000 Menschen in El Salvador umgekommen. Wenn nicht schnell etwas geschieht, wird der Völkermord fortgesetzt.

Die USA werden sich entscheiden müssen. Denn es ist absehbar, wann das Kapital in El Salvador, wann Verteidigungsminister Garcia und Coronel Gutiérrez keine christdemokratische Dekoration mehr brauchen können.

Und Europa? Vielleicht wäre es gut, nicht nur internationale Konferenzen zu Afghanistan vorzuschlagen.



„Für die Subversiven – es grüßt die Todesschwadron"

Samir Amin:

Lehren aus Kampuchea (II)

Wir veröffentlichen hier den 2. Teil des Vortrags, den Samir Amin auf der internationalen Kampuchea-Solidaritätskonferenz in Tokio gehalten hatte (Teil 1 s. KVZ 30/81, S. 9). Am Ende des 1. Teils seines Vortrags hatte Amin Versuche, die vietnamesische Invasion in Kampuchea aus der Geschichte des vietnamesischen Expansionismus zu begründen, als unzureichend bezeichnet. Am Ende seines Vortrags kommt Amin zu dem Schluß, daß heute Blockfreiheit weltweit eine wesentliche Vorbedingung für die Entwicklung der Kräfte des Sozialismus und der einzige Ausweg aus dem tragischen Dilemma: Chile oder Afghanistan ist.

Die Unzulänglichkeit dieser ersten Erklärung, die die Gründe für den Einmarsch in Kampuchea einfach im vietnamesischen Nationalismus sieht, veranlaßt uns zu einer zweiten Erklärung. Nämlich, daß die gegenwärtige Expansion Vietnams in Kampuchea Ergebnis der Sackgasse ist, in die sich die Führung der vietnamesischen kommunistischen Partei in den letzten paar Jahren selbst gebracht hat. Zunächst, wie schon erwähnt, was das Verhältnis zwischen Stadt und Land betrifft ebenso wie in der Frage der Beziehungen zwischen der Bauernschaft und dem Staat. Seit Mitte der 50er Jahre verfolgte die vietnamesische kommunistische Parteiführung einen Weg der einseitigen Abschöpfung des bäuerlichen Mehrprodukts, wobei sie die Unterstützung durch die Bauernschaft auf's Spiel setzte, die letzten Endes die Hauptkraft der vietnamesischen Revolution bildete. Dies bedeutete den Anfang einer revisionistischen Entartung in Vietnam, die sich auf wirtschaftlichem Gebiet unmittelbar katastrophal auswirkte. Was die Nahrungsmittelproduktion betrifft, so ist die ökonomische Situation in Vietnam völlig katastrophal. Nach der Befreiung des Südens 1975 begab sich die Führung Vietnams erneut in eine Sackgasse. Der südliche Teil Vietnams hatte 30 Jahre unter dem amerikanischen Neokolonialismus gelitten, weshalb die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Strukturen dieser Region ganz andere waren als jene, die im Norden zum Zeitpunkt der Befreiung 1954 vorherrschten. Die Wiedervereinigung Vietnams erforderte also eine dem angemessene kluge Politik, wobei eine gewisse Offenheit gegenüber dem Ausland so weit wie möglich fortgesetzt werden mußte. Zweifellos waren die Bedingungen für einen solchen politischen Weg nicht gerade günstig. Aber diese ungünstigen Bedingungen – die Feindschaft des Westens, insbesondere der USA gegenüber Vietnam – verstärkten die Tendenz, im Süden die Flucht nach vorn anzutreten. Worin sah die bürokratische Führung der vietnamesischen kommunistischen Partei die Lösung dieser Probleme? Sie sah sie im Expansionismus nach außen mit der langfristigen Perspektive, Kampuchea regelrecht zu kolonisieren mit dem Ziel, sich die Produktionskapazität des Landes und das Produkt, den Reis, den Vietnam auf seinem eigenen Territorium aufgrund der selbst geschaffenen sozialen Bedingungen nur unter viel größeren Schwierigkeiten anbauen konnte, mit Hilfe vietnamesischer Kolonisten zunutze zu machen.

Welches sind nun die Folgen dieser Invasion? Zuerst möchte ich daran erinnern, daß Vietnam die Gelegenheit, die die Schwächen der kampucheanischen Revolution bot, zum Einmarsch nutzte. Die Folgen sind für jedermann sichtbar: die Etablierung des Marionettenregimes Heng Samrins.

herrschten. Die Wiedervereinigung Vietnams erforderte also eine dem angemessene kluge Politik, wobei eine gewisse Offenheit gegenüber dem Ausland so weit wie möglich fortgesetzt werden mußte. Zweifellos waren die Bedingungen für einen solchen politischen Weg nicht gerade günstig. Aber diese ungünstigen Bedingungen – die Feindschaft des Westens, insbesondere der USA gegenüber Vietnam – verstärkten die Tendenz, im Süden die Flucht nach vorn anzutreten. Worin sah die bürokratische Führung der vietnamesischen kommunistischen Partei die Lösung dieser Probleme? Sie sah sie im Expansionismus nach außen mit der langfristigen Perspektive, Kampuchea regelrecht zu kolonisieren mit dem Ziel, sich die Produktionskapazität des Landes und das Produkt, den Reis, den Vietnam auf seinem eigenen Territorium aufgrund der selbst geschaffenen sozialen Bedingungen nur unter viel größeren Schwierigkeiten anbauen konnte, mit Hilfe vietnamesischer Kolonisten zunutze zu machen.

Welches sind nun die Folgen dieser Invasion? Zuerst möchte ich daran erinnern, daß Vietnam die Gelegenheit, die die Schwächen der kampucheanischen Revolution bot, zum Einmarsch nutzte. Die Folgen sind für jedermann sichtbar: die Etablierung des Marionettenregimes Heng Samrins.

Alle Beobachter, die auf der Seite Vietnams stehen und die Roten Khmer verachten, sind gezwungen anzuerkennen, daß das Samrin-Regime sich ohne die Anwesenheit von 200000 Mann vietnamesischer Truppen keine 24 Stunden halten könnte. Unter diesen unglücklichen Umständen sind die Chancen für die Weiterführung der sozialistischen Revolution in Kampuchea, für seine eigenständige Entwicklung, durch die Präsenz der Vietnamesen und der Samrin-Marionettenregierung erst mal zunichte gemacht, denn einmal mehr rückt durch diese fremde militärische Besetzung der Kampf für die nationale Befreiung Kampucheas an die erste Stelle.

Was von der Argumentation Vietnams zu halten ist

Wir können nun die Argumente überprüfen, mit denen die Vietnamesen selber oder ihre Freunde im allgemeinen den Einmarsch in Kampuchea rechtfertigen. Es gibt drei Hauptargumente: das humanitäre, den Export der sozialistischen Revolution und die Begründung aus nationalen Sicherheitsinteressen.

Eine Intervention aus humanitären Gründen?

Die humanitäre Begründung: Sie ist letzten Endes das Argument aller Kolonialisten zu allen Zeiten. Immer haben sie die Barbarei oder die Rückständigkeit des kolonisierten Landes als Grund für ihre Interventionen angeführt. Aber man sollte fragen: Wer hat dem kampucheanischen Volk in seiner jüngsten Geschichte die größten Leiden bereitet? Sind das nicht vor allem die amerikanischen Imperialisten und Lon Nol gewesen? Ist es nicht heute die vietnamesische Armee mit ihrem Plan, Kampuchea in eine Kolonie zu verwandeln?

Export der sozialistischen Revolution?

Die zweite Sorte von Argumenten rankt sich um die Frage des Exports der sozialistischen Revolution. Solche Begründungen haben nichts mit Marxismus zu tun, aber leider gibt es sie in der jüngeren Geschichte immer wieder. Jede wirkliche Revolution, die auf der Unterstützung der nationalen Bevölkerung basierte, war früher oder später gezwungen, sich vom großen Bruder loszusagen. Es genügt hier, an den Fall Jugoslawien 1948, an Albanien und an China zu erinnern, die sich aus den gleichen Gründen vom sowjetischen Modell abwandten; auch dies sind Länder, die eine selbständige Revolution durchführten.

In den anderen Fällen, wo die Revolution exportiert wurde, sind die Völker angesichts der schlimmen Folgen, die diese Art von Kolonialismus hat, gezwungen, die sowjetische Vorherrschaft abzuschütteln. Das erste und älteste Beispiel ist die Mongolei, ein Land, in dem die gewaltige sowjetische Militärpräsenz die Unterwerfung unter sowjetische Interessen offenbart. In allen Ländern Osteuropas, in Polen, in der Tschechoslowakei, in Ungarn, in Ostdeutschland – Rumänien hat sich schon von der UdSSR entfernt – entwickelt sich Widerstand gegen die sowjetische Vorherrschaft, und die Befreiung davon ist eine Vorbedingung für den weiteren Fortschritt des Sozia-

die Bedingungen dafür durch die Entwicklung der inneren Klassenkämpfe herangereift sind. Denn die Nation ist eine gesellschaftliche Realität und bleibt es noch für sehr lange Zeit.

Die kampucheanische Frage und die Kräfteverhältnisse in der Welt

Ich will nun versuchen, die kampucheanische Frage im Rahmen der Weltsituation zu erörtern. Hier ist dreierlei zu beachten: Erstens, was kennzeichnet die Weltlage? Zweitens sind die Motive und Formen des sowjetischen Expansionismus zu untersuchen und schließlich die Auswirkungen der politischen Ansprüche Vietnams in der Region und im Weltmaßstab.

Ich denke, daß die Lage in der Welt zur Zeit durch die fortschreitende Herausbildung zweier Supermächte, zwei-

Gibt es einen sowjetischen Expansionismus?

Da einige Leute sehr stark bezweifeln, ob es diesen Expansionismus gibt, werde ich noch einiges darüber sagen. Warum sollte die Sowjetunion auf Expansion aus sein angesichts ständiger politischer und ökonomischer Probleme? Sie expandiert gerade deshalb, weil sie mit diesen Schwierigkeiten konfrontiert ist. Wie ich schon bezogen auf Vietnam sagte, daß es den Weg der Expansion gewählt hat auf Grundlage seiner selbst verursachten Schwierigkeiten. Wenn einige zögern, die Sowjetunion als expansionistisch zu qualifizieren, liegt es daran, daß sie aus romantischen Gründen dieses Land weiterhin als sozialistisch betrachten; und daß Sozialismus im Widerspruch zu jeder Art von Expansionismus steht. Aber wenn man die Haltung der SU

ideologischem und politischem Gebiet, sowie mit dem Problem der Nationalitäten. (...)

Was folgt aus den Zielen, die die derzeitige vietnamesische Führung verfolgt? Während Vietnam in der Besetzung von Kampuchea und Laos versackt, wird es immer mehr zu einem Instrument der sowjetischen Einkreisungsstrategie gegenüber China. Gewollt oder ungewollt gerät Vietnam in immer größere Abhängigkeit von der SU, seitdem es gegen das kampucheanische Volk kämpft. Sowjetisches Material, Waffen, Treibstoff etc. sind für die vietnamesische Kriegsführung notwendig. Infolge dieser Abhängigkeit wird Vietnam mehr und mehr zum Instrument sowjetischer Politik. Aus diesem Grund ist der Abzug der vietnamesischen Truppen aus Kampuchea die absolute Vorbedingung des Kampfes für den Sozialismus. Nicht nur für den



Tokio gehalten hatte (Teil 1 s. KVZ 30/81, S. 9). Am Ende des 1. Teils seines Vortrags hatte Amin Versuche, die vietnamesische Invasion in Kampuchea aus der Geschichte des vietnamesischen Expansionismus zu begründen, als unzureichend bezeichnet. Am Ende seines Vortrags kommt Amin zu dem Schluß, daß heute Blockfreiheit weltweit eine wesentliche Vorbedingung für die Entwicklung der Kräfte des Sozialismus und der einzige Ausweg aus dem tragischen Dilemma: Chile oder Afghanistan ist.

China zu erinnern, die sich aus den gleichen Gründen vom sowjetischen Modell abwandten; auch dies sind Länder, die eine selbständige Revolution durchführten.

In den anderen Fällen, wo die Revolution exportiert wurde, sind die Völker angesichts der schlimmen Folgen, die diese Art von Kolonialismus hat, gezwungen, die sowjetische Vorherrschaft abzuschütteln. Das erste und älteste Beispiel ist die Mongolei, ein Land, in dem die gewaltige sowjetische Militärpräsenz die Unterwerfung unter sowjetische Interessen offenbart. In allen Ländern Osteuropas, in Polen, in der Tschechoslowakei, in Ungarn, in Ostdeutschland – Rumänien hat sich schon von der UdSSR entfernt – entwickelt sich Widerstand gegen die sowjetische Vorherrschaft, und die Befreiung davon ist eine Vorbedingung für den weiteren Fortschritt des Sozia-lismus. Ostdeutschland im Jahr 1953, Ungarn 1956, die Tschechoslowakei 1968 und derzeit Polen revoltieren oder haben gegen die sowjetische Oberherrschaft revoltiert. Das jüngste Beispiel ist Afghanistan, wo die Russen die Revolution zu exportieren behaupten und wo das afghanische Volk einen nationalen Widerstandskrieg führen muß. Stalin, der zu seiner Zeit ein besserer Marxist war als seine Nachfolger, hat einmal gesagt, daß, wenn der afghanische Emir den Kampf für die Unabhängigkeit seines Landes gegen eine von der Labour Party geführte britische Regierung aufnehmen würde, die Kräfte des Fortschritts auf der Seite des feudalen afghanischen Emirs und nicht auf der Seite der englischen Labours stehen würden. Man könnte diese Analyse auf die gegenwärtige Situation anwenden und sagen, daß im Kampf zwischen der sowjetischen Armee, dem sogenannten Exporteur des Sozialimus in Afghanistan, und den afghanischen Widerstandskämpfern, seien sie Moslems oder sogenannte Rückständige, die Kräfte des Fortschritts und der Befreiung auf der Seite des afghanischen Volkes und nicht bei der sowjetischen Armee zu finden sind.

Hat Kampuchea Vietnam bedroht?

Nun zum dritten Argument, zu den Sicherheitsinteressen. Es wird gesagt, Kampuchea habe Vietnam bedroht. Man kann jedoch einige Zweifel an dieser Behauptung anmelden. Wie konnte Kampuchea wirklich eine Bedrohung für Vietnam sein, wo sich die vietnamesische Armee als fähig erwiesen hat, Kampuchea in wenigen Tagen zu schlagen und zu besetzen? Das gleiche gilt für die Sowjetunion in Afghanistan: daß Afghanistan die UdSSR bedroht haben soll. Wenn man diese Sorte Argumente akzeptiert, daß bestimmte Länder das Recht haben, andere zu überfallen, um ihre eigene Sicherheit zu schützen, dann würde man die Gesetze des Dschungels in die internationalen Beziehungen einführen oder akzeptieren, daß eine Realpolitik à la Bismarck an Stelle des proletarischen Internationalismus tritt. Im Gegenteil: Wir müssen die Notwendigkeit hervorheben, unbedingt die Autonomie der Nationen zu respektieren. Und natürlich nicht nur das Recht auf nationale Selbstbestimmung, sondern das Recht der Nationen allein, ihre sozialen Revolutionen auszutragen, wenn die Bedingungen dafür durch die Entwicklung der inneren Klassenkämpfe herangereift sind. Denn die Nation ist eine gesellschaftliche Realität und bleibt es noch für sehr lange Zeit.

Die kampucheanische Frage und die Kräfteverhältnisse in der Welt

Ich will nun versuchen, die kampucheanische Frage im Rahmen der Weltsituation zu erörtern. Hier ist dreierlei zu beachten: Erstens, was kennzeichnet die Weltlage? Zweitens sind die Motive und Formen des sowjetischen Expansionismus zu untersuchen und schließlich die Auswirkungen der politischen Ansprüche Vietnams in der Region und im Weltmaßstab.

Ich denke, daß die Lage in der Welt zur Zeit durch die fortschreitende Herausbildung zweier Supermächte, zweier Hegemonisten, die allein zu weltweiter Intervention fähig sind, gekennzeichnet ist. Diese beiden Mächte sind infolgedessen imstande, entweder sich in die Beherrschung der Welt zu teilen oder sie zu erkämpfen. (...) Was folgt aus der Herausbildung dieser zwei Supermächte? Zunächst wurde die Autonomie der Völker eingeschränkt und als Folge davon der Fortschritt des Sozialismus blockiert. Aus diesem Grund wurden alle sozialistischen Revolutionen letzten Endes gegen die Sowjetunion durchgeführt. (...)

Andererseits hat diese Entwicklung zu einem System zweier monolithischer Blöcke geführt, was vor allem in der Zeit des Kalten Krieges deutlich sichtbar war: der kapitalistische Block unter amerikanischer Führung und der Block des sozialistischen Systems unter sowjetischer Führung. Diese Blockbildung machte jeden Fortschritt im Klassenkampf und jede neue sozialistische Revolution viel schwieriger, weil die reale Selbständigkeit der Völker praktisch auf Null reduziert wurde. Aber die heutige Weltlage ist nicht mehr die des Kalten Krieges oder die des Viertel-Jahrhunderts nach dem II. Weltkrieg, wo zwei Supermächte ihre Einflußzonen, ihre eigenen politischen und ideologischen Bündnissysteme absolut beherrschten. Die heutige Situation ist durch deren Niedergang gekennzeichnet. Beide Supermächte haben zunehmende Schwierigkeiten, sich zu behaupten und in ihrem jeweiligen Lager anerkannt zu werden. Im westlichen Lager haben Japan und Europa inzwischen einen Grad der Entwicklung und wirtschaftlichen Selbständigkeit erreicht, der sie in ihrer Beziehung zu den Vereinigten Staaten in eine ganz andere Position bringt als unmittelbar nach dem II. Weltkrieg. Im ehemals sozialistischen Lager sahen wir die Trennung Chinas von der Sowjetunion etwa ab 1960 und einen Rückgang sowjetischer Dominanz in Osteuropa. Dieser Niedergang der beiden Supermächte, ihre mehr und mehr umstrittene Fähigkeit, ihren Standpunkt in ihren jeweiligen Einflußzonen durchzusetzen, steigert die Gefahr eines Krieges bedeutend. Die Kriegsgefahr ist dann viel ernster, wenn die Supermächte sich im Niedergang befinden, weil sie sich potentiell eher durch ihren Gegner bedroht fühlen. Diese Schwäche ist in der Konsequenz der Ursprung des sowjetischen Expansionismus.

Gibt es einen sowjetischen Expansionismus?

Da einige Leute sehr stark bezweifeln, ob es diesen Expansionismus gibt, werde ich noch einiges darüber sagen. Warum sollte die Sowjetunion auf Expansion aus sein angesichts ständiger politischer und ökonomischer Probleme? Sie expandiert gerade deshalb, weil sie mit diesen Schwierigkeiten konfrontiert ist. Wie ich schon bezogen auf Vietnam sagte, daß es den Weg der Expansion gewählt hat auf Grundlage seiner selbst verursachten Schwierigkeiten. Wenn einige zögern, die Sowjetunion als expansionistisch zu qualifizieren, liegt es daran, daß sie aus romantischen Gründen dieses Land weiterhin als sozialistisch betrachten; und daß Sozialismus im Widerspruch zu jeder Art von Expansionismus steht. Aber wenn man die Haltung der SU gegenüber China objektiv prüft, fällt es schwer, die Realität dieser systematischen expansionistischen Politik zu übersehen. Ihr Ziel ist es, um jeden Preis und mit allen Mitteln zu vermeiden, daß China sich zu einer modernen Industrie- und Militärmacht entwickelt. Ich sage China – egal welches System dort herrscht –, denn die Sowjetunion hat sich das strategische Ziel gesetzt, allen chinesischen Anstrengungen zur Modernisierung und Entwicklung entgegenzutreten, ungeachtet, ob China kapitalistisch, revisionistisch wie die UdSSR oder wahrhaft sozialistisch ist. In allen Fällen würde der Aufstieg Chinas zu einer autonomen Macht es in den Augen Moskaus als eventuellen Gegner erscheinen lassen. Infolgedessen ist die Hauptstrategie der SU der Versuch, China mit allen Mitteln zu zerstückeln. Das wirft zwei Fragen auf: Warum ist das so und was sind die Beweise für diesen Expansionismus? (...)

Ich möchte auf einige Tatsachen hinweisen: Die UdSSR ist nicht mehr die zweite Industriemacht der Welt. Seit einigen Jahren ist Japan die zweite Industriemacht. Die Sowjetunion, die viele Jahre tatsächlich die zweite Industriemacht nach den Vereinigten Staaten war, ist jetzt die dritte Industriemacht. Wenn China sich zu einer autonomen Macht entwickeln würde, dann würde die Sowjetunion wahrscheinlich wieder eine Stufe in der Weltrangliste der ökonomischen Entwicklung zurückfallen. Wenn Europa und Japan sich erfolgreich in größerem Ausmaß als heute von ihrer derzeitigen partiellen Unterordnung unter die USA emanzipierten, würde sich die Kräftekonstellation in der Welt von zwei auf mehrere Pole verlagern. Diese Mehrpoligkeit des Weltsystems bedeutete das Ende des doppelten Hegemonismus und würde, da die UdSSR nur mit den USA konkurriert, die ökonomische Schwäche der Sowjetunion aufdecken. Die zwei Pole der Welt von heute basieren nicht auf einem ökonomischen, sondern auf einem militärischen Gleichgewicht und auf der sozialen Schwäche des Systems in der Sowjetunion. Wenn der Aufstieg Chinas, zusammen mit dem Europas und Japans, der gegenwärtig bestehenden militärischen Zweiteilung der Welt ein Ende bereiten würde, wäre die Sowjetunion verstärkt mit ihren eigenen inneren Schwierigkeiten konfrontiert: und zwar auf wirtschaftlichem, sozialem, ideologischem und politischem Gebiet, sowie mit dem Problem der Nationalitäten. (...)

Was folgt aus den Zielen, die die derzeitige vietnamesische Führung verfolgt? Während Vietnam in der Besetzung von Kampuchea und Laos versackt, wird es immer mehr zu einem Instrument der sowjetischen Einkreisungsstrategie gegenüber China. Gewollt oder ungewollt gerät Vietnam in immer größere Abhängigkeit von der SU, seitdem es gegen das kampucheanische Volk kämpft. Sowjetisches Material, Waffen, Treibstoff etc. sind für die vietnamesische Kriegsführung notwendig. Infolge dieser Abhängigkeit wird Vietnam mehr und mehr zum Instrument sowjetischer Politik. Aus diesem Grund ist der Abzug der vietnamesischen Truppen aus Kampuchea die absolute Vorbedingung des Kampfes für den Sozialismus. Nicht nur für den Kampf für den Sozialismus in Kampuchea, sondern für den Sozialismus in Vietnam selbst. Dort wird es keinerlei sozialistischen Fortschritt geben, solange Hanoi nicht seine Truppen aus Kampuchea abgezogen hat und die Führung sich nicht weigert, als Instrument sowjetischer Politik gegenüber China zu fungieren.

Stärkung der Blockfreiheit

Zum Schluß möchte ich ganz kurz die Frage beantworten: Was ist in der aktuellen Lage zu tun? Ich würde die Stärkung der Blockfreiheit als die vordringliche Aufgabe vorschlagen, als erstes strategisches Ziel in unserer Zeit. Mit Blockfreiheit meine ich natürlich die Nicht-Bindung an eine der beiden Supermächte, die USA und die UdSSR. Meiner Meinung nach ist echte Blockfreiheit die einzige Methode, den Spielraum der Völker zu autonomer Entwicklung zu erweitern, und somit eine absolut notwendige Bedingung für die Entwicklung der Kräfte des Sozialismus. Zur Zeit ist Blockfreiheit eine Daseinsform der Länder der dritten Welt. Die 77 Nationen, die dabei den Anfang machten, sind aufgrund ihrer ökonomisch schwachen Position oft recht unbedeutende blockfreie Länder. Aber diese Blockfreiheit wäre ein wesentlicher weltweiter Faktor, wenn es gelänge, sie durch einen neuen blockfreien Sektor, bestehend aus Japan, Europa und China, zu stärken. Eine solche Entwicklung würde die Möglichkeit eröffnen, den Völkern der Welt das tragische Dilemma zu ersparen, vor dem wir heute stehen: Chile oder Afghanistan!

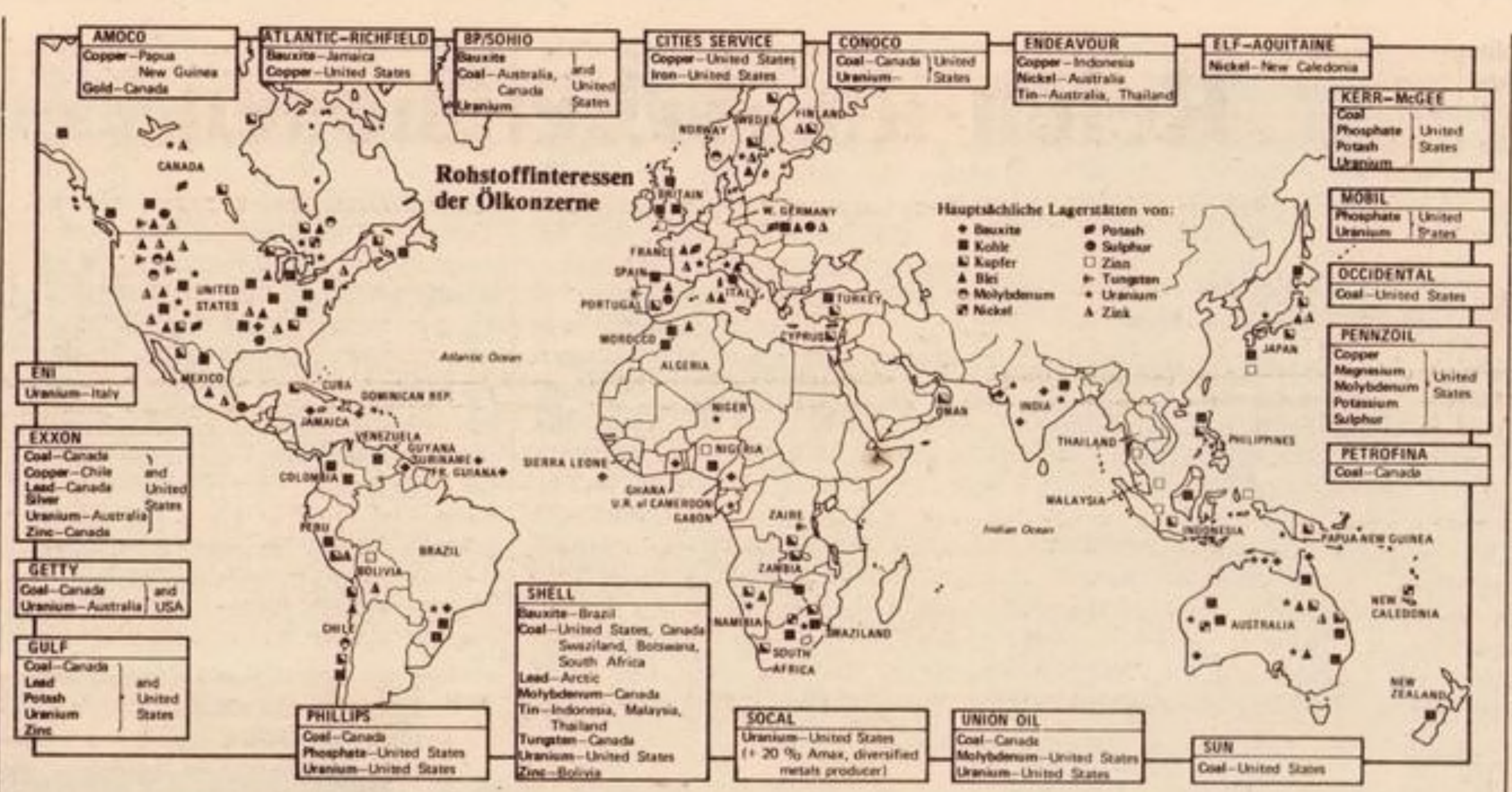
Röhren-Gas-Geschäft mit SU vor Abschluß

frb. Die letzten Gespräche über das Röhren-Gas-Geschäft mit sowjetischen Regierungsvertretern haben offenbar einen Druchbruch gebracht. F.W. Christians, Vorstandssprecher der Deutschen Bank und Verhandlungsführer des westdeutschen Bankenkonsortiums, erwartet einen Vertragsabschluß in den nächsten Monaten. Vor einem halben Jahr drohte das Geschäft an den Zinsforderungen, die die UdSSR nicht erfüllen wollte, zu scheitern.

Es geht darum, daß die Sowjetunion ab etwa 1985 jährlich 40 Mrd. Kubikmeter Erdgas aus Sibirien nach Westeuropa – Österreich, Italien, Frankreich, Belgien, Niederlande und Westdeutschland – liefern will. Die Baukosten sollen durch westliche Kredite finanziert werden. 20 Mrd. DM waren ursprünglich veranschlagt, wovon westdeutsche Banken die Hälfte ausleihen sollten. Zwar wird die Ruhrgas nur 12 Mrd. cbm von den insgesamt 40 Mrd. cbm Erdgas abnehmen, aber die fettesten Aufträge für den Bau der Gasleitung werden an westdeutsche Konzerne gehen.

Einmal erwartet Mannesmann einen Auftrag über Röhrenlieferungen von „weniger als 5 Mrd. DM", je 1 Mio. Tonnen in drei Jahren. Der Konzern hat seit 1970 mehr als 7 Mio. Tonnen an Großrohren in die Sowjetunion geliefert. Der letzte Auftrag war im April über 550000 Tonnen erteilt worden. Zum andern erwartet AEG gemeinsam mit Salzgitter ein Auftragsvolumen von rund 4 Mrd. DM für die Lieferung von Verdichterstationen. Heinz Dürr hat diese Aussicht wärmstens begrüßt.

Die Lösung der Finanzierung besteht offenbar darin, daß die Röhrenlieferungen durch einen von Mannesmann selbst gestellten Lieferantenkredit finanziert werden. Mannesmann seinerseits wird sich einen Teil der dafür notwendigen Mittel bei der Ausfuhrkredit-Gesellschaft entleihen; einer Gesellschaft, die mit Rückendeckung der Bundesbank arbeitet. Rund 5 Mrd. DM werden dann noch direkt durch das Bankenkonsortium kreditiert. Zinskosten, die die UdSSR nicht bezahlt, werden auf den Gaspreis geschlagen.



Bereits vor der jetzigen Fusionsjagd hatten die Ölkonzerne weltweite Rohstoffinteressen. Und immer noch besitzen sie mehr als die Hälfte der Raffineriekapazität. (United Nations, TD/B/C.1/219; Economist 16.9.1978)

Der erste Brutreaktor in der USA wird ein totales Fiasko. Wie aus dem Bericht eines Untersuchungsausschusses des Kongresses hervorgeht, sind die geschätzten Baukosten auf 3,2 Mrd. $ gestiegen, obwohl ursprünglich nur 670 Mio. $ veranschlagt waren. Ein Probelauf, ursprünglich für 1979 vorgesehen, wird nicht vor 1990 erwartet. Der Regierung wird vorgeworfen, durch Übertragung der Aufsicht auf das Energieministerium die Sicherheitsanforderungen der Atomaufsichtsbehörde umgehen zu wollen. – **Mit Verlusten von 35 bis 50 % bei seiner Kaffee-Ernte 1982/83 rechnet Brasilien.** Verursacht sind sie durch mehrtägigen Frost, der zwar nicht die Kälte des Jahres 1975 erreicht hat, sich aber über ein größeres Gebiet erstreckte. Die Regierung wird einen Milliarden-Betrag an die Pflanzer zu zahlen haben, der Kaffeepreis an der Londoner Börse stieg nach langem Fall wieder. – **Die USA wollen ausländischen Einfluß auf ihre Rohstoffunternehmen verbieten.** Ein entsprechender Gesetzentwurf wurde letzte Woche in einem Ausschuß des Repräsentantenhauses beschlossen. Ausländischen Gesellschaften soll danach eine Beteiligung an US-Rohstoffunternehmen bis höchsten 5 % erlaubt sein. Vorsorglich hat die amerikanische Regierung Frankreich bereits aufgefordert, vom Kauf der Texasgulf durch Elf Aquitaine abzulassen. US-Konzerne selbst sind bekanntlich in aller Welt tätig. – **Frankreich und Mexiko haben ihren Disput über Öllieferungen beigelegt.** Der französische staatliche Konzern wird weiter 100000 Faß/Tag abnehmen, offenbar zum geforderten Preis von 32,60 $. Mexiko

Die Woche im Rückblick

hatte mit Stornierung französischer Industrieaufträge gedroht, wenn die Ölgesellschaft ihren vertraglichen Verpflichtungen nicht nachkomme. – **Die Beseitigung des Lohn-Index verlangt die EG-Kommission von Belgien.** Außerdem müßten die Haushaltsausgaben gekürzt werden, denn die Wirtschaftspolitik würde nicht den Leitlinien des EG-Ministerrats entsprechen. Erstmals wird damit die „Konvergenz-Entscheidung" von 1974 angewandt. Belgien muß die Rüge unverzüglich berücksichtigen. – **Die britische Telefongesellschaft und die Deutsche Bundespost** verhandeln über eine Koordination ihrer Einkaufspolitik. Insbesondere will Telecom den Einkauf für Glasfaser-Kabel auf eine britische Firma konzentriert sehen, damit die Produktion überhaupt wirtschaftlich wird.

Sinkende Steuereinnahmen verzeichneten die Gemeinden und Gemeindeverbände im 1. Vierteljahr 1981. Bei einer Gesamtsumme von 9,2 Mrd. DM lagen sie um 13,7% unter dem Ergebnis des Vorjahres. Der Rückgang beruht fast ausschließlich auf geringeren Gewerbesteuereinnahmen. Insbesondere die vom Bundestag verfügte Abschaffung der Lohnsummensteuer hat ein Loch in die Gemeindekassen gerissen. – **Erstmals hat die britische Regierung ein Arbeitsbeschaffungsprogramm beschlossen,** für das sie 700 Mio. Pfund (rd. 3 Mrd. DM) im Haushalt bereit stellen will. Insbesondere soll das Jugendtrainingsprogramm aufgestockt werden, das Jugendliche in einem 24wöchigen Kurs schult, ohne ihnen allerdings Aussicht auf einen Arbeitsplatz zu verschaffen. Bislang hatte die konservative Regierung derartige Maßnahmen stets abgelehnt.

Ölkonzerne versuchen Erpressung Kenias

kvz. Nach Berichten kenianischer Zeitungen erwägt der Shell-Konzern, aber auch Agip und Caltex, die Ölversorgung Kenias einzustellen. Shell allein liefert 40% der Ölimporte Kenias. Seit einigen Wochen schon erhalten die Shell-Vertragstankstellen gar kein oder ganz wenig Butangas und Leuchtpetroleum, weil die Regierung eine von dem Konzern verlangte neuerliche Preiserhöhung nicht genehmigt hat. Beide Produkte decken Grundbedürfnisse der Bevölkerung. Eine staatliche kenianische Ölverarbeitungsgesellschaft war im vorigen Jahr bankrott gegangen, weil ihr die beherrschenden Ölkonzerne kein Rohöl lieferten. Die Regierung hat nun eine neue Gesellschaft gebildet, die selbst Rohöl bei den arabischen Ölproduzenten kaufen soll.

In Osteuropa und in der UdSSR droht eine Mißernte

kvz. Auf nur noch rund 190 Mio. Tonnen statt der geplanten 236 Mio. Tonnen wird die kommende Getreideernte der Sowjetunion geschätzt. Ungewöhnliche Hitze und Trockenheit lassen die Pflanzen in den europäischen Hauptanbaugebieten ausdorren. Seit Wochen zeigt das Thermometer um die 40 Grad. Es wäre die dritte Mißernte innerhalb von drei Jahren mit einem Gesamtdefizit von 150 Mio. Tonnen gegenüber Plan. Und gleichzeitig droht eine Mißernte auch in Polen, der DDR und der CSSR. Dort sind es heftige Regenfälle und Überflutungen, die ein Einbringen der Ernte in wichtigen Anbaugebieten verhindern. In der DDR, einer der fortgeschrittensten Agrarproduzenten im RGW, können die Mähdrescher nicht aufs Feld gebracht werden. Ein Geschäft versprechen sich die USA. Verhandlungen über eine Verlängerung des vor fünf Jahren abgeschlossenen Lieferungsvertrages mit der Sowjetunion stehen an, und die UdSSR hat noch kein Votum dazu abgegeben. Während des Embargos hatte sie sich andere Lieferanten besorgt, vor allem Argentinien war eingesprungen. Die US-Farmer erwarten eine Rekordernte und hatten von ihrer Regierung die Aufhebung des Lieferstopps verlangt.

Vorschläge zur weiteren Wirtschaftspolitik der Regierung von Zimbabwe

Kommission legt umfangreiche Studie vor / Thomas Frank

Im Februar dieses Jahres hatte die Regierung Zimbabwes das Papier „Wachstum in sozialer Gleichheit" (Growth with Equity) vorgelegt. Dieses Papier „legt nicht nur die fundamentale Philosophie der sozialistischen Gleichheit, der meine Regierung verpflichtet ist, dar, sondern es gibt auch die Richtung und die kurz-, mittel- und

von Verdichterstationen. Heinz Dürr hat diese Aussicht wärmstens begrüßt.

Die Lösung der Finanzierung besteht offenbar darin, daß die Röhrenlieferungen durch einen von Mannesmann selbst gestellten Lieferantenkredit finanziert werden. Mannesmann seinerseits wird sich einen Teil der dafür notwendigen Mittel bei der Ausfuhrkredit-Gesellschaft entleihen; einer Gesellschaft, die mit Rückendeckung der Bundesbank arbeitet. Rund 5 Mrd. DM werden dann noch direkt durch das Bankenkonsortium kreditiert. Zinskosten, die die UdSSR nicht bezahlt, werden auf den Gaspreis geschlagen.

schen 600 und 900 Dollars jährlich (Anfang des Jahres nicht höher als der damals eingeführte Mindestlohn), für weiße Arbeiter wird er bis um zehnmal höher sein. Daran hat sich auch seit der Unabhängigkeit nichts geändert, seitdem ist nur die Spanne der Einkommen unter den Afrikanern größer geworden.

de umgehen zu wollen. – Mit Verlusten von 35 bis 50 % bei seiner Kaffee-Ernte 1982/83 rechnet Brasilien. Verursacht sind sie durch mehrtägigen Frost, der zwar nicht die Kälte des Jahres 1975 erreicht hat, sich aber über ein größeres Gebiet erstreckte. Die Regierung wird einen Milliarden-Betrag an die Pflanzer zu zahlen haben, der Kaffeepreis an der Londoner Börse stieg nach langem Fall wieder. – Die USA wollen ausländischen Einfluß auf ihre Rohstoffunternehmen verbieten. Ein entsprechender Gesetzentwurf wurde letzte Woche in einem Ausschuß des Repräsentantenhauses beschlossen. Ausländischen Gesellschaften soll danach eine Beteiligung an US-Rohstoff-

aber keine Lösung. 20% des staatlichen Budgets macht jetzt schon die Bezahlung der Lehrer aus, wo ihre Anzahl noch längst nicht ausreicht, die gewaltig anschwellende Zahl der Schüler zu unterrichten. Die Lehrer verdienen im Monat oft mehr als die Eltern ihrer Schüler im Jahr. Muzorewa hatte in dem Jahr seiner Regierung versucht,

Die Woche im Rückblick

hatte mit Stornierung französischer Industrieaufträge gedroht, wenn die Ölgesellschaft ihren vertraglichen Verpflichtungen nicht nachkomme. – Die Beseitigung des Lohn-Index verlangt die EG-Kommission von Belgien. Außerdem müßten die Haushaltsausgaben gekürzt werden, denn die Wirtschaftspolitik würde nicht den Leitlinien des EG-Ministerrats entsprechen. Erstmals wird damit die „Konvergenz-Entscheidung" von 1974 angewandt. Belgien muß die Rüge unverzüglich berücksichtigen. – Die britische Tele-

chen, z.B. bei aktueller Knappheit an Diesel. Da ist die hohe Arbeitslosigkeit. (Schätzungen gehen bis 40% der afrikanischen Arbeiter.) Ein weiteres wichtiges Problem ist die Abhängigkeit von Südafrika, über 90% allen Außenhandels muß durch diese letzte Kolonialbastion.

Hauptproblem bleibt natürlich die Landfrage und die Wiederansiedlung der Flüchtlinge und Vertriebenen des Krieges. Aber auch das Fehlen qualifizierter Arbeitskraft kann noch zu einem größeren Problem werden. Bis jetzt ist es nicht akut, da sich gezeigt hat, daß eine ganze Reihe Arbeiter, die unter dem Siedlerregime als unausge-

Vorjahres. Der Rückgang beruht fast ausschließlich auf geringeren Gewerbesteuereinnahmen. Insbesondere die vom Bundestag verfügte Abschaffung der Lohnsummensteuer hat ein Loch in die Gemeindekassen gerissen. – Erstmals hat die britische Regierung ein Arbeitsbeschaffungsprogramm beschlossen, für das sie 700 Mio. Pfund (rd. 3 Mrd. DM) im Haushalt bereit stellen will. Insbesondere soll das Jugendtrainingsprogramm aufgestockt werden, das Jugendliche in einem 24wöchigen Kurs schult, ohne ihnen allerdings Aussicht auf einen Arbeitsplatz zu verschaffen. Bislang hatte die konservative Regierung derartige Maßnahmen stets abgelehnt.

durch u.a. die Saarberg GmbH soll als joint venture mit der Regierung geschehen.

Die Ziele des Rahmenplanes, eine allseits entwickelte Wirtschaft und Wohlstand für alle, sind relativ ehrgeizig. Um sie zu sichern, geht die Regierung von einem nötigen realen jährlichen Zuwachs von 8% aus. Dabei muß man beachten, daß bei allem Ehrgeiz die Erreichung der Ziele der Riddell-Studie in den nächsten drei Jahren erstmal bedeuten würde, daß niemand mehr allzuweit unter der Armutsgrenze sein Leben fristen müßte.

Soweit diese Politik als Sozialismus

Einbringen der Ernte in wichtigen Anbaugebieten verhindern. In der DDR, einer der fortgeschrittensten Agrarproduzenten im RGW, können die Mähdrescher nicht aufs Feld gebracht werden. Ein Geschäft versprechen sich die USA. Verhandlungen über eine Verlängerung des vor fünf Jahren abgeschlossenen Lieferungsvertrages mit der Sowjetunion stehen an, und die UdSSR hat noch kein Votum dazu abgegeben. Während des Embargos hatte sie sich andere Lieferanten besorgt, vor allem Argentinien war eingesprungen. Die US-Farmer erwarten eine Rekordernte und hatten von ihrer Regierung die Aufhebung des Lieferstopps verlangt.

Vorschläge zur weiteren Wirtschaftspolitik der Regierung von Zimbabwe

Kommission legt umfangreiche Studie vor / Thomas Frank

Im Februar dieses Jahres hatte die Regierung Zimbabwes das Papier „Wachstum in sozialer Gleichheit" (Growth with Equity) vorgelegt. Dieses Papier „legt nicht nur die fundamentale Philosophie der sozialistischen Gleichheit, der meine Regierung verpflichtet ist, dar, sondern es gibt auch die Richtung und die kurz-, mittel- und langfristigen Maßnahmen an, die nötig sind, um dieses Ziel zu erreichen", so Präsident Banana zu der Bedeutung dieses Papiers in seiner Rede zur Eröffnung der neuen Sitzungsperiode des Parlaments am 23. Juni. Ebenfalls im Juni hat die neunköpfige Riddell-Kommission eine 330seitige Studie mit Vorschlägen zur Wirtschaftspolitik vorgelegt, die den in dem Grundsatzpapier gesteckten Rahmen mit füllen sollen.

Das Papier der Riddell-Kommission mündet vor allem in folgenden Vorschlägen: Bis 1984 soll der Mindestlohn bei mindestens 90% der offiziellen Armutsgrenze liegen. Gegenwärtig liegt er in der Industrie 50% darunter und in der Landwirtschaft noch mehr. Bei einer angenommenen Inflationsrate von 15% (z.Zt. liegt sie bei 13%) müßte der Mindestlohn in der Industrie jährlich um 30% und in der Landwirtschaft um 40% angehoben werden. Die Anhebungen sollen monatlich in Raten erfolgen. Dadurch soll allen Arbeitern ein Auskommen ermöglicht werden, ohne daß sie nebenher noch Landwirtschaft betreiben müssen. Größere Einkommen sollen höher besteuert, Kapitalertrags- und Vermögenssteuern eingeführt werden. Alles Einkommen über 20000 Zimbabwe Dollars jährlich soll weggesteuert werden, und diese Einkommen dürfen in den nächsten drei Jahren nur noch wachsen, um die Inflationsrate auszugleichen. Als Anhaltspunkte zur Einschätzung dieser vorgeschlagenen Maßnahmen: Der Durchschnittslohn für afrikanische Arbeiter liegt zwischen 600 und 900 Dollars jährlich (Anfang des Jahres nicht höher als der damals eingeführte Mindestlohn), für weiße Arbeiter wird er bis um zehnmal höher sein. Daran hat sich auch seit der Unabhängigkeit nichts geändert, seitdem ist nur die Spanne der Einkommen unter den Afrikanern größer geworden.

Die Riddell-Kommission schlägt strenge Preiskontrollen vor und gleichzeitig das Ende der Subventionierung der Lebensmittelpreise. Die Lebensmittelpreise gehören, laut der Studie, gegenwärtig zu den niedrigsten in Afrika. Eine Freigabe der Preise soll fördernd auf die landwirtschaftliche Produktion wirken, während für die Arbeiter die steigenden Preise über steigende Löhne ausgeglichen werden sollen. Ein Sozialversicherungssystem soll aufgebaut und der Hausbau gefördert werden. Die existierenden Pläne, 34500 vom alten Siedlerregime von ihrem Land vertriebene Familien wieder als Bauern anzusiedeln, werden als nicht ausreichend eingeschätzt. Stattdessen wird in dem Papier vorgeschlagen, 185500 Familien Land zu geben.

Die Studie notiert eine immer noch existierende Diskriminierung der schwarzen Arbeiter (nach Befragung: bei 90% der Arbeiter) und bemängelt die Kommunikation zwischen Management und Arbeitern, zwischen Regierungsvertretern und Arbeitern, zwischen Arbeitern verschiedener Hautfarbe, Sprache und Kulturkreise. Sie schlägt eine schnelle gewerkschaftliche Ausbildung der Arbeiter vor und rät davon ab, bevor diese erfolgt sei, die Mitwirkung der Arbeiter an den wirtschaftichen Entscheidungsprozessen in den Betrieben wesentlich zu erweitern. Entscheidene Fortschritte sollen auch in der Ausbildung der Arbeiter überhaupt gemacht werden.

Die Untersuchung spricht das Problem der hohen Lehrerkosten an, weist aber keine Lösung. 20% des staatlichen Budgets macht jetzt schon die Bezahlung der Lehrer aus, wo ihre Anzahl noch längst nicht ausreicht, die gewaltig anschwellende Zahl der Schüler zu unterrichten. Die Lehrer verdienen im Monat oft mehr als die Eltern ihrer Schüler im Jahr. Muzorewa hatte in dem Jahr seiner Regierung versucht, die Lehrer über sehr hohe Löhne zu gewinnen.

Maßnahmen zur Verringerung der Abhängigkeit von Importen und Einflußnahme der Regierung auf den Außenhandel über Zollpolitik werden von der Studie ins Auge gefaßt. Ziel hierbei ist, die Wirtschaft insgesamt unabhängiger zu machen.

Die Vorschläge sind in Zimbabwe allgemein als tauglicher Beitrag zur Erreichung der in dem Rahmenplan anvisierten Ziele begrüßt worden. Arbeits- und Sozialminister Kangai kritisiert, daß die Regierung die Mindestlöhne zur Erreichung der Armutsgrenze stützen solle. Das sei in Wirklichkeit eine Subventionierung der Unternehmen, stellte er dazu wohl richtig fest. Arbeitslose wolle die Regierung aber unterstützen. Auch die in der Studie vorgeschlagenen Kommissionen bei der Regierung oder an der Universität, etwa eine Lohn-Kommission und eine zu den Steuern, die ständig die laufende Entwicklung im Auge behalten sollen, lehnt er als bürokratische Angelegenheiten ab. Insgesamt hat aber auch er die Studie begrüßt.

Die Probleme auf die gegenwärtig schnell eine Antwort gefunden werden muß, sind vielfältig. Da ist die ungleiche Entwicklung in der Wirtschaft. So war bis November letzten Jahres die Industrieproduktion schon um 14% wieder gesteigert, auch das Bruttosozialprodukt ist im letzten Jahr mit ca. 8% bis 10% schon wieder kräftig gewachsen, jedoch bei gleichzeitig akuten Mängeln in verschiedenen Bereichen, z.B. bei aktueller Knappheit an Diesel. Da ist die hohe Arbeitslosigkeit. (Schätzungen gehen bis 40% der afrikanischen Arbeiter.) Ein weiteres wichtiges Problem ist die Abhängigkeit von Südafrika, über 90% allen Außenhandels muß durch diese letzte Kolonialbastion.

Hauptproblem bleibt natürlich die Landfrage und die Wiederansiedlung der Flüchtlinge und Vertriebenen des Krieges. Aber auch das Fehlen qualifizierter Arbeitskraft kann noch zu einem größeren Problem werden. Bis jetzt ist es nicht akut, da sich gezeigt hat, daß eine ganze Reihe Arbeiter, die unter dem Siedlerregime als unausgebildet eingestuft waren, tatsächlich Qualifikationen haben. Seit dem Unabhängigkeitstag haben von den 270000 Weißen rund 90000 das Land verlassen, mit steigender Tendenz. Allerdings scheint es seit einiger Zeit eine ziemliche Aufweichung der politischen Opposition gegen die Regierung zu geben und ein Anwachsen der Unterstützung der ZANU auch durch Weiße, was hoffen läßt, daß die Abwanderung von Facharbeitern gestoppt werden kann.

Einige weitergehende Maßnahmen, die Probleme zu beantworten und die gesteckten langfristigen Ziele zu erreichen, hat die Regierung schon seit einiger Zeit angekündigt und zum Teil auch eingeleitet.

Mit den neun Ländern der Entwicklungskoordinations-Konferenz des Südlichen Afrika (SDACC) will sie die Zusammenarbeit intensivieren und möglichst einen gemeinsamen Markt schaffen.

Zur Entwicklung der ländlichen Gebiete soll auch dort Industrie angesiedelt werden, und es sollen kleinere Städte entstehen. Ein Vorhaben der Regierung ist, den Arbeitern Mitspracherechte in allen Fragen zu verschaffen und sich selbst über die Schaffung einer staatlichen Entwicklungsbank und staatlicher Handelsorganisationen größere Einflußmöglichkeiten zu geben. Bei Unternehmen von strategischer Bedeutung, wie z.B. zur Energiegewinnung, will die Regierung auch direkt beteiligt sein. Die Erschließung der Uran-Vorkommen beispielsweise durch u.a. die Saarberg GmbH soll als joint venture mit der Regierung geschehen.

Die Ziele des Rahmenplanes, eine allseits entwickelte Wirtschaft und Wohlstand für alle, sind relativ ehrgeizig. Um sie zu sichern, geht die Regierung von einem nötigen realen jährlichen Zuwachs von 8% aus. Dabei muß man beachten, daß bei allem Ehrgeiz die Erreichung der Ziele der Riddell-Studie in den nächsten drei Jahren erstmal bedeuten würde, daß niemand mehr allzuweit unter der Armutsgrenze sein Leben fristen müßte.

Soweit diese Politik als Sozialismus propagiert wird, wird vorerst nicht, auch nicht in dem langfristigen Rahmenplan, die Frage aufgeworfen, wie das Privateigentum aufgehoben und die Produktionsmittel vergesellschaftet werden können. Unterstützung von Genossenschaften durch die Regierung sind die konkreten Maßnahmen dort.

Hauptsächlich wird unter Sozialismus die Gleichheit und ihre Herstellung gesehen. Verständlich wird das, meine ich, bei Beachtung der Geschichte des Siedlerregimes: der erniedrigenden und diskriminierenden Behandlung der afrikanischen Volksmassen. Zur Erreichung des Ziels der sozialen Sicherheit für alle gleich über eine ausgewogene Wirtschaft ist die Regierung bemüht, alle finanziellen Reserven und Möglichkeiten zu nutzen, auch ausländische Investitionen. Damit wird zusammenhängen, daß der Minister für Bergbau die Forderung der Gewerkschaften, den Bergbau zu nationalisieren, mit der weitreichenden Begründung zurückgewiesen hat, solange die Bergbau-Gesellschaft mit der Politik der Regierung übereinstimme, sei eine Nationalisierung umgekehrter Rassismus. Ministerpräsident Mugabe hat in einem Interview als die jetzt möglichen Schritte zum Sozialismus die Bildung von Genossenschaften auf dem Land bezeichnet, danach könnte die Bildung von Genossenschaften in Industrie und Handel angegangen werden. Großes Gewicht legte er dabei auf die Ausbildung der Arbeiterklasse und ihre schrittweise Einbeziehung in alle Entscheidungsprozesse.

Reich an Arbeitslosen

Zur Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt / F. Bleicher und G. Kruse

Die Armut der westdeutschen Gesellschaft zeigt sich an der Zahl ihrer Arbeitslosen, der jetzt registrierten 1,1 Millionen und der über 800000, die nicht registriert sind. Ein westdeutsches Phänomen ist diese Arbeitslosigkeit nicht, sie ist ein Phänomen entwickelter kapitalistischer Gesellschaften. Was mehr sollte ihre Unfähigkeit zeigen, die Produktivkräfte wirkungsvoll und zum Nutzen der arbeitenden Menschen zu entfalten, als das Heer der außer Arbeit und Lohn gesetzten Arbeiter und Angestellten.

Schon die letzten Jahre war die Zahl der registrierten Arbeitslosen nie unter eine ¾ Million gesunken, doch die letzten Monate hat sie einen Sprung nach oben gemacht. Um 44% ist ihre Zahl binnen eines Jahres gestiegen und diese gewaltige Steigerung wird sich erst noch richtig bemerkbar machen. 890000 betrug der Bestand an Arbeitslosen im Durchschnitt des vorigen Jahres, durchschnittlich über 1,2 Mio. werden dieses Jahr auf den Karteikarten der Arbeitsämter verzeichnet sein.

Noch größer ist der Sprung, zählt man die „Stille Reserve" hinzu, jene Arbeitslosen also, die nicht beim Arbeitsamt registriert sind, aber weiterhin Arbeit suchen: von 1,5 auf mindestens 2,1 Millionen. Neue traurige Rekorde werden gesetzt.

Nur 950 DM beträgt das Arbeitslosengeld. Und nur etwa 57% aller registrierten Arbeitslosen erhalten überhaupt welches. Verteilt auf alle macht das Arbeitslosengeld sogar nur 540 DM pro Kopf aus.

Seit einiger Zeit veröffentlicht das Forschungsinstitut der Bundesanstalt für Arbeit Zahlen zur *Auslastung des möglichen Arbeitsvolumens*. Erwerbstätige plus registrierte Arbeitslose plus eine empirisch gestützte Schätzung der „Stillen Reserve" bilden in dieser Rechnung das Erwerbspersonenpotential, d.h. jenen Teil der Gesamtbevölkerung, der Arbeit in einem Wirtschaftsunternehmen anstrebt. Multipliziert mit der tariflichen Arbeitszeit, abzüglich durchschnittlicher Krankheitstage usw., ergibt sich das der Gesellschaft zur Verfügung stehende Arbeitsvolumen in Stunden gemessen.

Nach diesen Schritten kann das mögliche Volumen verglichen werden mit der Zahl der tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden, und der Ausdruck dieses Vergleichs gibt den Auslastungsgrad des möglichen Arbeitsvolumens an.

Daher auch wird in Stunden gemessen, weil nur so die Wirkung von Kurzarbeit erfaßt werden kann. In der Zahl der Beschäftigten allein wäre unsichtbar, welche Verluste durch Kurzarbeit entstehen.

DM pro Kopf aus.

Produktionsmittel ausgereicht haben, alle Arbeitskraft zu beschäftigen, hätte es das Profitkalkül bloß zugelassen. In Zukunft aber werden die Arbeitsmittel überhaupt nicht mehr ausreichen, alle zu beschäftigen. Es werden einfach zu wenige sein. Eine ständige Reservearmee ist dann sicher.

Eindeutiges zu sagen erlauben die sehr unterschiedlichen Angaben über die Auslastung der Sachkapazitäten nicht. Das Münchner Ifo-Institut, das Berliner DIW und der Sachverständigenrat bieten für das Jahr 1980 einen Auslastungsgrad zwischen 83 und 97% an. Einheitlich aber geben sie eine gegenüber 1975 um rund 5% verbesserte Auslastung an, und dies erlaubt doch eine Ausage. Denn es hat sich ja die Arbeitslosigkeit in dieser Zeit nur unwesentlich verringert. Gestiegene Auslastung der Arbeitsmittel hat zu einer nur unwesentlichen Verbesserung der Auslastung der gesellschaftlichen Arbeitskraft geführt. Und immerhin kündigt sich darin die Gefahr an, daß das Industrieland BRD einer Phase entgegengeht, in der es Mangel an Produktionsinstrumenten leidet.

Zu tief war die letzte Krise, zu lange dauert seither die krisenhafte Situation an. Die Ausweitung der Sachkapazitäten hat die Steigerungsraten zu Beginn des vorigen Jahrzehnts nicht wieder erreicht. Eine Folge der gefallenen Profitrate, die die Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft steuert. Investitionen, die abgenutzte Arbeitsmittel ersetzen, die die gestiegene Relation zwischen Maschinerie und lebendiger Arbeit ausgleichen sowie den neuen Arbeitskräften die notwendigen Instrumente liefern, bleiben aus. (In den kommenden Jahren verlassen zahlenmäßig starke Jahrgänge die Schule.) Gewaltsam hergestellter Überfluß, der den Gang der Produktion unterbrochen hat, wandelt sich dann in absoluten Mangel.

Wahrscheinlich macht Westdeutschland in der jetzigen Krise einen solchen Umschlag durch, wie er in Großbritannien sicherlich schon stattgefunden hat. Kurze Blütezeiten des Geschäfts räumen den Arbeitsmarkt dann nicht mehr.

Mehr Arbeitslose zeigen noch längst nicht alles über die Auswirkungen des Millionenheeres. Die Durchschnittszahl zeigt nicht, wieviele neu in Arbeitslosigkeit fallen, wieviele wieder Arbeit finden, wielange Arbeitslosigkeit dauert, wieviele innerhalb eines Jahres mehrfach arbeitslos sind usw.

Natürlich hat der Zugang an Arbeitslosen, also die Zahl jener, die sich arbeitslos melden, in der zweiten Hälfte der 70er Jahre zugenommen. Hauptsächlich aber gab es nur noch wenige, die ganz kurz arbeitslos waren, wie dies noch 1970 bei vielen der Fall war. Die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit als Durchgangsphase zwischen einem Wechsel des Arbeitsplatzes gehört der Vergangenheit an. Und Entlassung heißt heute Arbeitslosigkeit.

Und nicht nur im Durchschnitt hat die Dauer der Arbeitslosigkeit zugenommen. Für einige zigtausend ist die Rückkehr in Beschäftigung ganz verbaut. Andere finden nur noch kurzfristige Beschäftigung und werden dann erneut arbeitslos. Gesundheitlich Geschädigte werden ganz aussortiert.

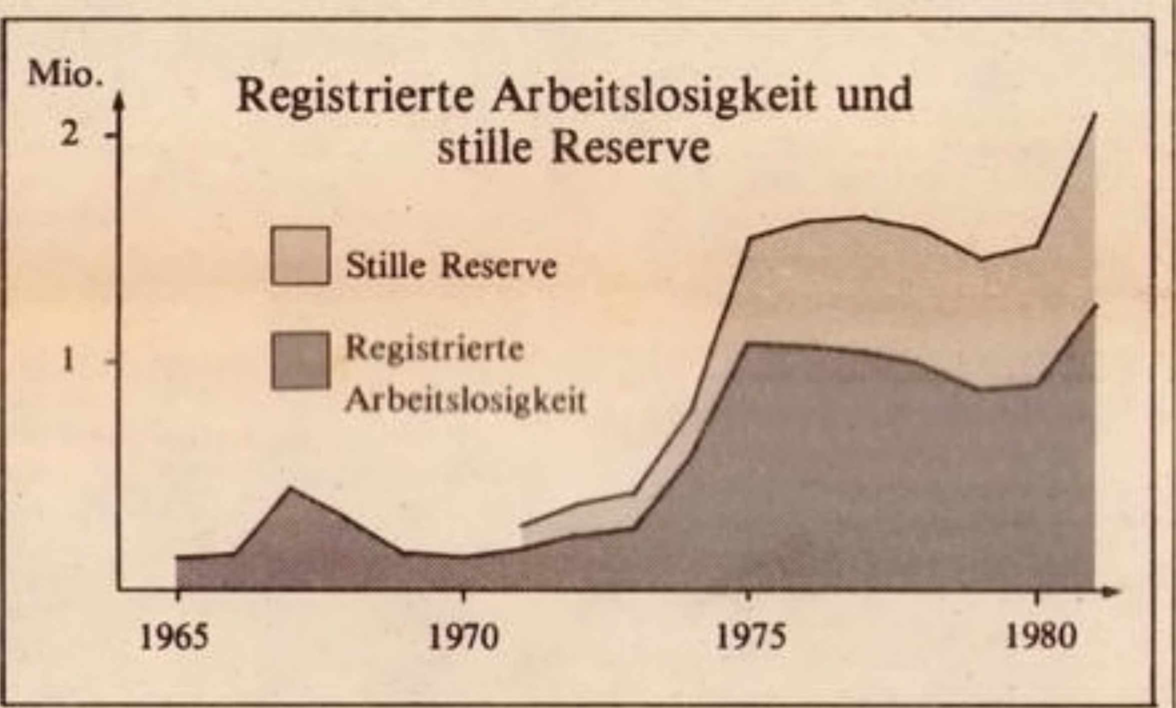
So ist die Zahl der arbeitslosen Ausländer im Juni mit 57% überdurchschnittlich gestiegen. Die Zahl der arbeitslosen Schwerbehinderten hat sich seit Anfang 1974 verachtfacht.

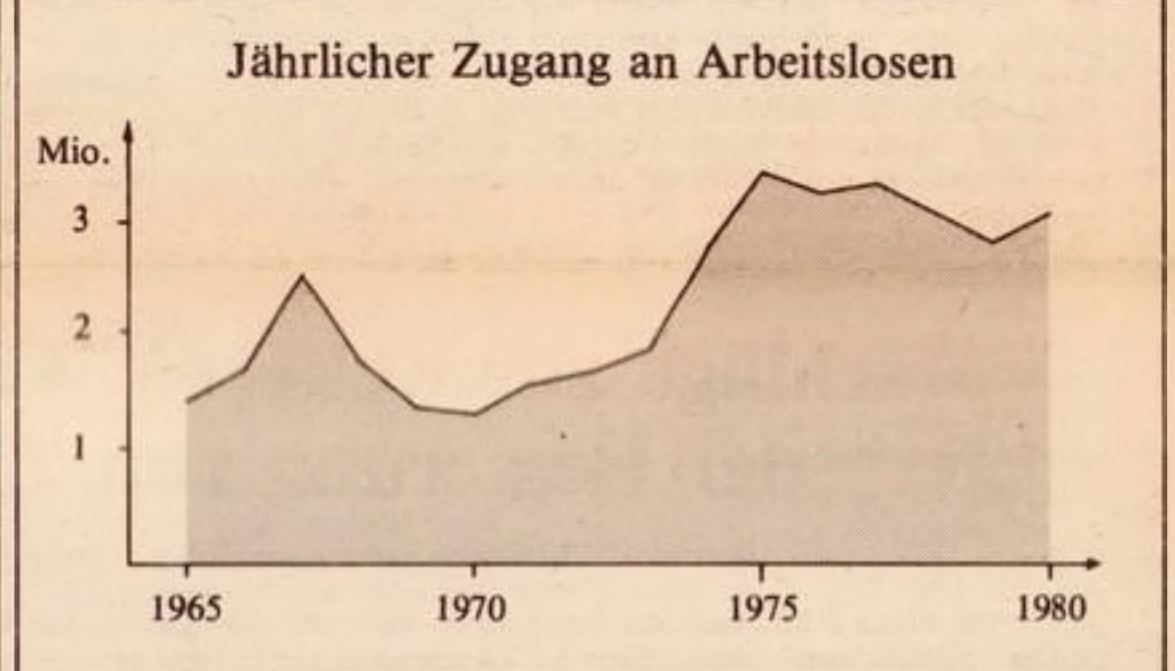
Herausbildung eines festen Kerns von Arbeitslosen ist eine Seite der Entwicklung, erhöhte Fluktuation auf dem Arbeitsmarkt eine andere. Zwar wird häufiger entlassen, es werden aber auch häufiger Neueinstellungen gemacht. Selbst im Tiefpunkt der letzten Krise, im Jahr 1975, wurden mehr als doppelt so viele Arbeitslose (2,5 Mio. Fälle) wieder in ein Arbeitsverhältnis vermittelt als 1970.


Esser: *„An Kürzungen bei der Arbeitslosenversicherung führt kein Weg vorbei."*

Das Heer der Arbeitslosen ist den Kapitalisten ein Mittel, ihre Belegschaften zu durchforsten; sie entlassen, wenn das Geschäft stagniert, greifen zu, wenn sie Profit aus der Arbeitskraft ziehen können. Die Unverschämtheit dieser Mechanik macht die jahreszeitliche Schwankung der in der Bauwirtschaft und in der im Hotelgewerbe Entlassenen offenbar. Auf Kosten der Arbeitslosenkasse lassen sich diese Kapitalisten das Personal bereithalten, bis sie seiner wieder bedürfen. Völlig richtig daher, wenn diese Kapitalisten extra in die Versicherungskasse zahlen müssen, ein Anfang wenigstens.

950 DM betrug das Arbeitslosengeld im ersten Quartal des Jahres im Durchschnitt, soweit es überhaupt gezahlt wurde. Da es 68% des Nettolohnes ausmacht, muß der letzte Nettolohn im Durchschnitt aller Arbeitslosen bei 1400 DM gelegen haben, wogegen der Nettolohn der Beschäftigten bei 1700 DM steht. Arbeiter und Angestellte mit niedrigem Lohn werden zuerst entlassen. Erstens weil sie später gegebenenfalls am leichtesten zu ersetzen sind, zweitens, weil auf ihren Arbeitsplatz besser ausgebildete Arbeiter gedrückt werden, die auf ihrem besser bezahlten Arbeitsplatz gekündigt wurden. So entdeckt dann das Institut des Kapitalistenverbandes „nur geringe Arbeitslosigkeit bei Facharbeitern" und fügt den vielen Märchen über Ausmaß und Ursache der Arbeitslosigkeit ein weiteres hinzu.





Arbeitslose (Monatszahlen) und Empfänger

des vorigen Jahrzehnts nicht wieder erreicht. Eine Folge der gefallenen Profitrate, die die Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft steuert. Investitionen, die abgenutzte Arbeitsmittel ersetzen, die die gestiegene Relation zwischen Maschinerie und lebendiger

keit als Durchgangsphase zwischen einem Wechsel des Arbeitsplatzes gehört der Vergangenheit an. Und Entlassung heißt heute Arbeitslosigkeit.
Und nicht nur im Durchschnitt hat die Dauer der Arbeitslosigkeit zugenommen. Für einige zigtausend ist die

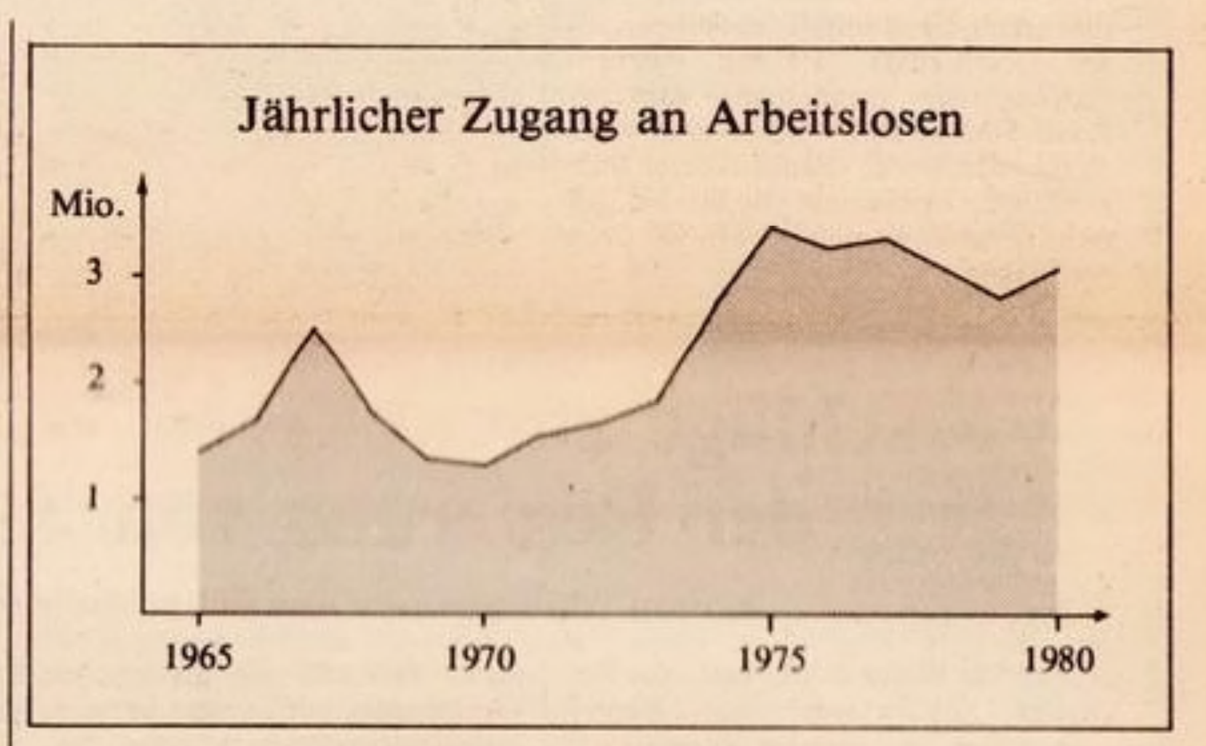
Zugang Arbeitslose für

Esser: „An Kürzungen bei der Arbeitslosenversicherung führt kein Weg vorbei."

bezahlten Arbeitsplatz gekündigt wurden. So entdeckt dann das Institut des Kapitalistenverbandes „nur geringe Arbeitslosigkeit bei Facharbeitern" und fügt den vielen Märchen über Ausmaß und Ursache der Arbeitslosigkeit ein weiteres hinzu.

Seit einiger Zeit veröffentlicht das Forschungsinstitut der Bundesanstalt für Arbeit Zahlen zur Auslastung des möglichen Arbeitsvolumens. Erwerbstätige plus registrierte Arbeitslose plus eine empirisch gestützte Schätzung der „Stillen Reserve" bilden in dieser Rechnung das Erwerbspersonenpotential, d.h. jenen Teil der Gesamtbevölkerung, der Arbeit in einem Wirtschaftsunternehmen anstrebt. Multipliziert mit der tariflichen Arbeitszeit, abzüglich durchschnittlicher Krankheitstage usw., ergibt sich das der Gesellschaft zur Verfügung stehende Arbeitsvolumen in Stunden gemessen.
Nach diesen Schritten kann das mögliche Volumen verglichen werden mit der Zahl der tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden, und der Ausdruck dieses Vergleichs gibt den Auslastungsgrad des möglichen Arbeitsvolumens an.
Daher auch wird in Stunden gemessen, weil nur so die Wirkung von Kurzarbeit erfaßt werden kann. In der Zahl der Beschäftigten allein wäre unsichtbar, welche Verluste durch Kurzarbeit entstehen.





Diese Rechnung durchgeführt, ergeben sich viel deutlichere Resultate als mit der gewöhnlich veröffentlichten Arbeitslosenquote.

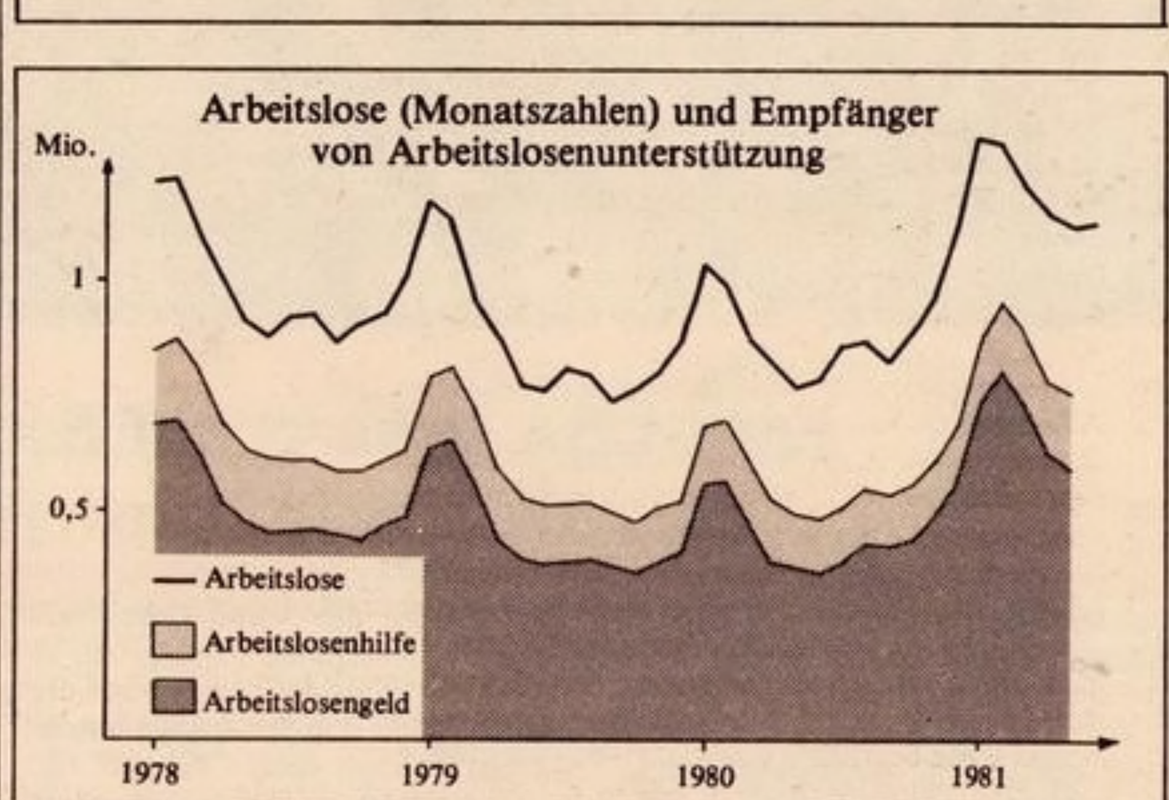
Selbst in der ersten großen Krise von 1966/67 war der so ermittelte Auslastungsgrad der gesellschaftlichen Arbeitskraft nicht unter 95% gesunken. Doch seit 1975 bewegt sich diese Quote stets nur knapp über 90% und wird 1981 auf 88 oder 87% sinken. Dies bedeutet, daß sich rund 12% der zur Verausgabung vorhandenen Arbeit auf dem Müllhaufen kapitalistischen Überflusses wiederfinden.

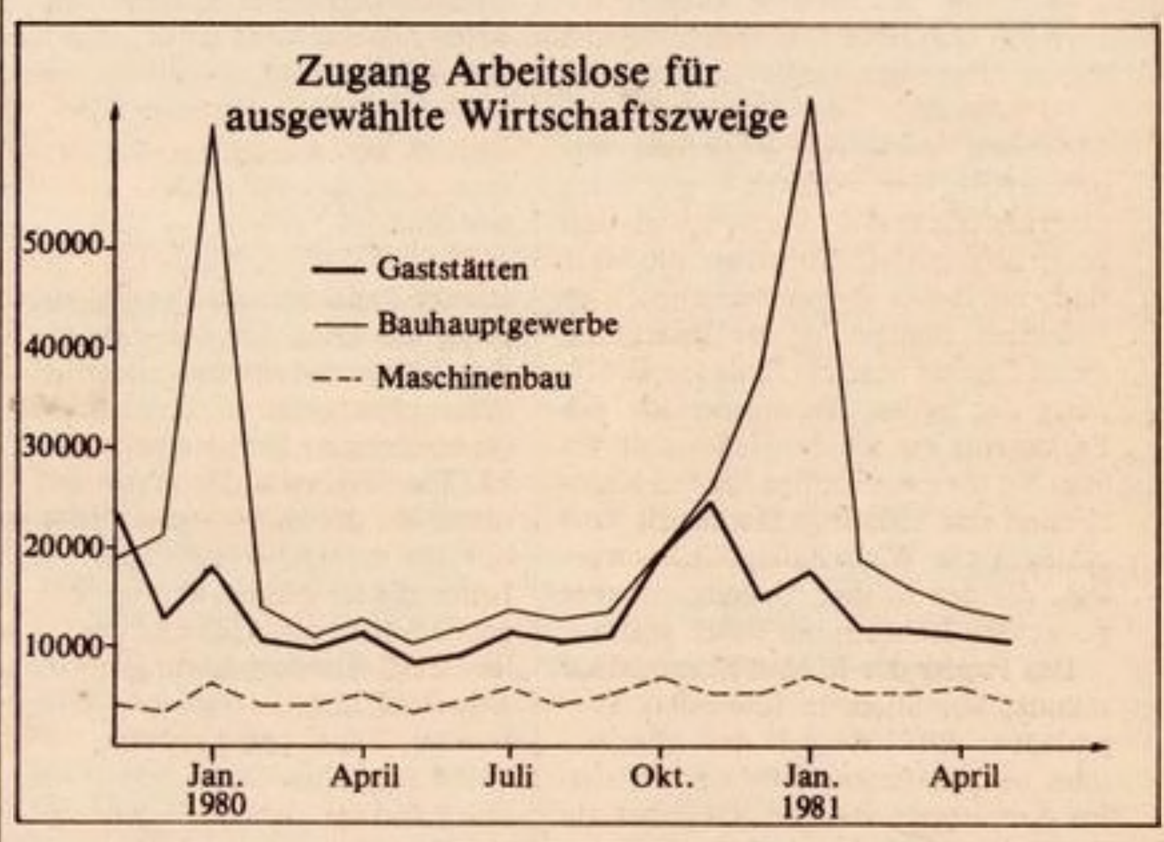
Für den einzelnen Arbeitslosen bedeutet Arbeitslosigkeit Einschränkung und Not, aus Sicht der Gesellschaft bedeutet sie Vergeudung von Produktivkraft.

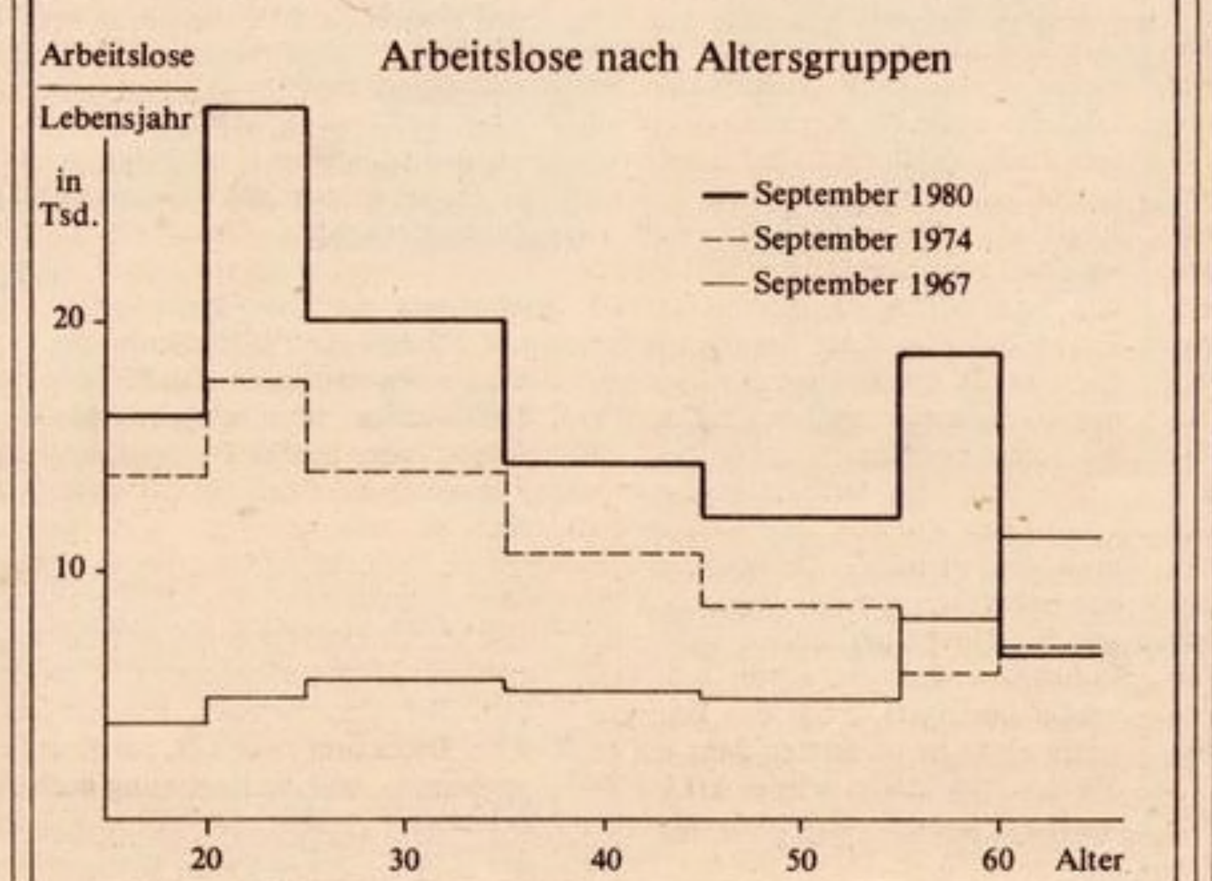
Nicht nur ein gehöriger Teil der Arbeitskraft bleibt ungenutzt. Auch Maschinen stehen still, Produktionsmittel werden nicht genutzt. Doch daß freigesetzte Arbeiter sie in Nutzung nehmen, daran hindert die Verfassung der Wirtschaft. Das Privateigentum trennt Produktionsmittel und Produzent. Der Eigentümer der Produktionsmittel läßt ihre Anwendung nur zu, wenn er dabei Profit macht. Der Besitztitel an den sachlichen Elementen der Produktion, die der Arbeiter geformt hat, verleiht dem Eigentümer Macht auch über den produktiven Menschen. Zwar verdient er nichts am Stillstand seiner Maschinen, aber er zahlt auch nur Lohn, wenn er die Arbeitskraft verwerten kann.

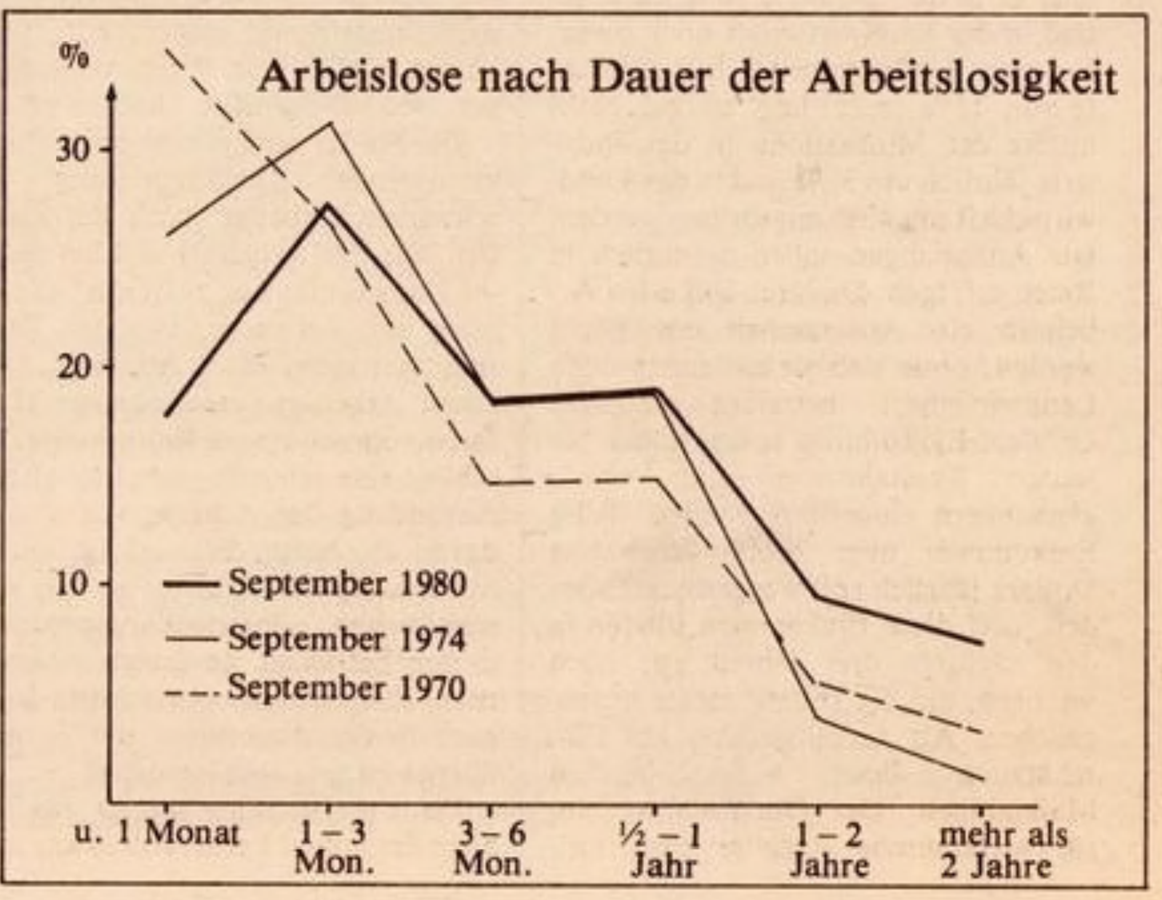
Das Privateigentum aufgehoben, wäre der Weg frei für vernünftige Lösungen. So aber dreht sich die Krisenspirale weiter und wird die Lage noch schlechter.

Bisher noch dürften die sachlichen











,,Es tut mir leid, Ihren Ruhestand zu stören, aber wir sind wieder pleite und benötigen Ihren Mann noch ein paar Jahre mehr zum arbeiten'', heißt es hier zu den von der Reagan-Regierung geplanten Ausgabenkürzungen in den Sozialversicherungen.

Bereits geringste Bleikonzentrationen gesundheitsschädlich

coi.Stockholm. Die Zeitung der schwedischen Metallarbeitergewerkschaft veröffentlichte in ihrer letzten Nummer eine Untersuchung der berufsmedizinischen Klinik in Örebro, der zufolge bereits sehr geringe Mengen Blei im Blut zu merklichen gesundheitlichen Beeinträchtigung führen. Eine Gruppe von 49 Arbeitern, u.a. aus Batteriefabriken und Gießereien, deren Blut über 7 Jahre lang kontrolliert worden war und eine ständige Bleikonzentration von 1,3–3,3 Mikromol/l (entsprechen 0,27–0,68 mg/l) aufgewiesen hatten, wurden einer psychomedizinischen Untersuchung unterzogen. Sie wurden dabei mit einer ähnlich zusammengesetzen Arbeitergruppe verglichen, deren Bleikonzentration im Blut unter 1,0 Mikromol/l lag. Die Arbeiter der ersten Gruppe hatten bedeutend schlechteres Erinnerungs-, Auffassungs- und Reaktionsvermögen sowie herabgesetzte Motorik. Die Untersuchung kommt zu dem Schluß, daß die zugelassene Höchstkonzentration von 3,4 Mikromol/l auf 2,5 Mikromol/l gesenkt werden sollte.

In Peru streiken 40000 Bergarbeiter

AFP/Lima. 40000 peruanische Bergarbeiter sind am Montag in einen 48stündigen Warnstreik getreten, um die Wiedereinstellung von mehr als 600 entlassenen Kollegen, die Unterzeichnung neuer Tarifverträge und die Freilassung mehrerer inhaftierter Bergarbeiter zu erzwingen. Die 16000 nichtorganisierten Beschäftigten der staatlichen Bergwerksgesellschaft ,,Centro-

mer eine Untersuchung der berufsmedizinischen Klinik in Örebro, der zufolge bereits sehr geringe Mengen Blei im Blut zu merklichen gesundheitlichen Beeinträchtigung führen. Eine Gruppe von 49 Arbeitern, u.a. aus Batteriefabriken und Gießereien, deren Blut über 7 Jahre lang kontrolliert worden war und eine ständige Bleikonzentration von 1,3–3,3 Mikromol/l (entsprechen 0,27–0,68 mg/l) aufgewiesen hatten, wurden einer psychomedizinischen Untersuchung unterzogen. Sie wurden dabei mit einer ähnlich zusammengesetzen Arbeitergruppe verglichen, deren Bleikonzentration im Blut unter 1,0 Mikromol/l lag. Die Arbeiter der ersten Gruppe hatten bedeutend schlechteres Erinnerungs-, Auffassungs- und Reaktionsvermögen sowie herabgesetzte Motorik. Die Untersuchung kommt zu dem Schluß, daß die zugelassene Höchstkonzentration von 3,4 Mikromol/l auf 2,5 Mikromol/l gesenkt werden sollte.

In Peru streiken 40000 Bergarbeiter

AFP/Lima. 40000 peruanische Bergarbeiter sind am Montag in einen 48stündigen Warnstreik getreten, um die Wiedereinstellung von mehr als 600 entlassenen Kollegen, die Unterzeichnung neuer Tarifverträge und die Freilassung mehrerer inhaftierter Bergarbeiter zu erzwingen. Die 16000 nichtorganisierten Beschäftigten der staatlichen Bergwerksgesellschaft ,,Centro-
min'' sind nicht an dem Ausstand beteiligt. Vor allem von dem Streik getroffen sind die Kupferminen der amerikanischen Gesellschaft ,,Southern Peru Copper Corporation''. Sollten die Forderungen der Gewerkschaft nicht erfüllt werden, ist für den 10. August eine Ausweitung des Streiks vorgesehen.

Personelle Situation bei der Bundesbahn unerträglich

mfl. Nach Angaben des Vorsitzenden der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands, Ernst Haar, ist die Anzahl der in Tagen bezifferten Überstunden der Eisenbahner von 609660 Ende 1980 auf 700000 Tage in der Jahresmitte 1981 gestiegen. Der Rückstand an Urlaubstagen erhöhte sich von ca. 850000 auf knapp 1,3 Mio. Tage. Im 1. Halbjahr waren fast 4000 Posten jeweils während des ganzen Monats nicht besetzt. Die ursprünglich für 1981 vorgesehenen 6000 Neueinstellungen reichen absolut nicht. Die GdED drängt auf Einstellungsgenehmigungen, die um durchschnittlich ein Drittel erhöht werden sollen.

Streik kolumbianischer Seeleute

kvz. Auf einem zur Zeit in Hamburg liegenden Schiff streiken seit dem 9. Juli die Seeleute der kolumbianischen Gewerkschaft UNIMAR. Die UNIMAR verhandelt schon seit neun Monaten mit der Reederei ,,Flota Mercante Grancolombia'' um einige grundsätzliche Forderungen: 1. eine Lohnerhöhung von 50%, um die Steigung der Lebenshaltungskosten wettzumachen; 2. Zahlung einer Rente und Erhalt eines Invaliditätsanspruches und 3. eine volle Krankenversicherung auch für Familienmitglieder. Die kolumbianische Regierung hat den Streik für illegal erklärt, was auch bedeutet, daß die Seeleute ihre Heuer nicht ausbezahlt bekommen. Ihre Arbeitsverträge wurden für ungültig erklärt, und den Seeleuten wurden Geld- und Gefängnisstrafen angedroht.

AG-Weser: Löhne für 3 Jahre abgesichert

dem.Bremen. Die Entscheidung über die Aufrechterhaltung des Schiffsneubaubereiches der AG-Weser-Werft in Bremen und damit über die Existenz dieser Großwerft ist gefallen. Der Schiffsneubau bleibt erhalten. Das Sanierungskonzept sieht 200 Mio. DM an Investitionen vor, um die Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre auf Fließbandfertigung von Großtankern ausgelegte Werft umzurüsten auf den Spezialschiffbau bis zu einer Größe von 150000 BRT. Die Durchführung dieses Sanierungskonzeptes machte der Vorstand der Werft abhängig von der Zustimmung der IG-Metall zu einem neuen Tarifvertrag, der durchschnittliche Lohneinbußen von 50 Pfennig pro Stunde beinhaltete. Mit dieser vom Betriebsrat gekennzeichneten ,,Vogel friß oder stirb-Politik'', wo die Mitbestimmung zur reinen Farce wird und noch als wirksames Mittel überdacht werden muß, konnte sich der Werftvorstand nicht durchsetzen. Der neue Tarifvertrag sieht eine Lohnabsicherung für die nächsten drei Jahre vor. Nach dieser Zeit wird über die Verdienstabsicherung neu verhandelt.

bekommen. Ihre Arbeitsverträge wurden für ungültig erklärt, und den Seeleuten wurden Geld- und Gefängnisstrafen angedroht.

AG-Weser: Löhne für 3 Jahre abgesichert

dem.Bremen. Die Entscheidung über die Aufrechterhaltung des Schiffsneubaubereiches der AG-Weser-Werft in Bremen und damit über die Existenz dieser Großwerft ist gefallen. Der Schiffsneubau bleibt erhalten. Das Sanierungskonzept sieht 200 Mio. DM an Investitionen vor, um die Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre auf Fließbandfertigung von Großtankern ausgelegte Werft umzurüsten auf den Spezialschiffbau bis zu einer Größe von 150000 BRT. Die Durchführung dieses Sanierungskonzeptes machte der Vorstand der Werft abhängig von der Zustimmung der IG-Metall zu einem neuen Tarifvertrag, der durchschnittliche Lohneinbußen von 50 Pfennig pro Stunde beinhaltete. Mit dieser vom Betriebsrat gekennzeichneten ,,Vogel friß oder stirb-Politik'', wo die Mitbestimmung zur reinen Farce wird und noch als wirksames Mittel überdacht werden muß, konnte sich der Werftvorstand nicht durchsetzen. Der neue Tarifvertrag sieht eine Lohnabsicherung für die nächsten drei Jahre vor. Nach dieser Zeit wird über die Verdienstabsicherung neu verhandelt.

Kurzmeldungen

In Sambia wurden vier Gewerkschaftsführer inhaftiert. Laut Kaunda sei dies die einzige Möglichkeit, den industriellen Frieden und die Sicherheit des Landes zu sichern. Ihnen wird vorgeworfen, für drei wilde Streiks in den Kupferminen während der letzten sechs Monate verantwortlich und in weitere 84 illegale Streiks in den letzten Jahren verwickelt gewesen zu sein.

Abschluß für Landarbeiter. Die Gewerkschaft für Land- und Forstwirtschaft hat eine Lohnerhöhung von rund 60 Pf. durchgesetzt, was einen Durchschnittslohn von 9,60 DM ergibt. Außerdem wurde die Verkürzung der Arbeitszeit um eine Stunde auf 41 Std./Woche vereinbart.

Streikwelle in Australien. Premierminister Fraser hat 1000 der streikenden Angestellten des staatlichen Fernmeldeamtes entlassen. Daraufhin hat der gesamte Öffentliche Dienst seine Arbeit weitgehend eingestellt. Ein zweiwöchiger Streik der Transportarbeiter hat zu Versorgungsschwierigkeiten und teilweise zum Stillstand einiger Fabriken geführt. Es geht hauptsächlich um Lohnforderungen, um die Verkürzung der Arbeitszeit auf 35 Stunden und gegen die Einsparpläne der Regierung.

Streikverbot für Indiens Schlüsselindustrien. Die indische Regierung hat Sondervollmachten erlassen, wonach die Regierung Streiks in den Häfen, bei der Eisenbahn, in Banken und der Erdölindustrie verbieten kann.

Spaniens Piloten im Bummelstreik. Sie fordern eine Vergütung von Sonderleistungen.

Verhandlungen über Rationalisierungsschutz im Öffentlichen Dienst

erb. Ende Juni fanden erste Verhandlungen über den Tarifvertragsentwurf der Gewerkschaft ÖTV ,,über Arbeitsplatz- und Einkommenssicherung'' statt. Die Verhandlungen sollen im Herbst fortgesetzt werden. Der neue Tarifvertrag soll den Vertrag über den ,,Rationalisierungsschutz für Angestellte'' vom Oktober 1971 ablösen. Bereits im Jahre 1977 wurde dieser Vertrag von der ÖTV gekündigt und erst 4 Jahre später wird nun verhandelt. Teilweise fanden in den letzten Monaten auf Kreis- und Bezirksebene innerhalb der ÖTV Funktionärsversammlungen zu diesem Vertragsentwurf statt, doch nicht generell, was die Verhandlungsposition der ÖTV nicht gerade stärkt. Entsprechend den Forderungen der Mitgliedschaft verlangt die ÖTV den Geltungsbereich des Rationalisierungsschutzes für Angestellte *und* Arbeiter, nachdem im alten Vertrag lediglich eine Absicherung für Angestellte bestand. Dieser Fortschritt darf nicht aufgeweicht werden durch einen nachfolgenden Satz: ,,Dieser Tarifvertrag gilt nicht für Arbeitnehmer mit einer Beschäftigungszeit von weniger als 2 Jahren''. Z.B. im Wissenschaftsbereich werden mehr und mehr gegen die Beschäftigten Zeitverträge durchgesetzt. Diese Beschäftigten sollen also ausgeklammert werden, andererseits werden richtigerweise neu die Teilzeitkräfte in den Rationalisierungsschutz aufgenommen. Auf eine Streichung der obengenannten Einschränkung sollte man hinwirken, der BAT bietet eh schon zuviele ,,Sonderregelungen'' im Geltungsbereich.

Gerade angesichts der anstehenden Sparüberlegungen der Bundesregierung und sicherlich auch aufgrund der Erfahrung mit dem Haushaltsstrukturgesetz von 1975, ist die Ausdehnung der Begriffsbestimmung, was also unter ,,Rationalisierung'' gefaßt wird, bedeutungsvoll. Im Vertragsentwurf sind über die vom ,,Arbeitgeber veranlaßte(n)'' Maßnahmen auch die ,,Gerichtsentscheidungen und haushaltsrechtliche Maßnahmen'' im Blick. Wie auch eine wesentlich stärkere Beteiligung der Betriebs- und Personalräte angestrebt wird.

Wenngleich die ÖTV *prinzipiell* einer Kündigung durch Rationalisierung Raum läßt, so bietet der Tarifvertragsentwurf Fortschritte gegen Rationalisierungsmaßnahmen. So sind detaillierte Aufzählungen im Vertrag über die Zuweisung eines ,,gleichwertigen und zumutbaren'' Arbeitsplatzes, wie auch die Möglichkeiten für ,,Umschulungs-, Fortbildungs- und Weiterbildungsmaßnahmen'' genauso festgelegt, wie auch ein verbesserter Kündigungsschutz zu finden ist.

Kernpunkt des Vertrages bleibt die Einkommenssicherung, die nun *allen* von Rationalisierungen betroffenen Beschäftigten zugute kommen soll. Bislang war dies nur für Beschäftigte über 40 Jahre bzw. mit mindestens 10 Dienstjahren der Fall. Nicht verhindert, wohl aber erschwert werden Kündigungen durch die wesentliche Erhöhung der tariflich fixierten Abfindungszahlungen, sollte es doch zu einer Kündigung kommen. Um die Einkommenssicherung wird es einen harten Kampf geben. Sicherlich werden die Dienstherren von Bund, Ländern und Gemeinden um diese Festlegungen herumkommen wollen. Angesichts der wirtschaftlichen Lage wird es nicht einfach sein, diesen Tarifvertrag mit diesen Einkommenssicherungen so durchzusetzen. Ohne stärkere Mobilisierung der Gewerkschaftsmitglieder auf Kreis- und Bezirksebene, d.h. Durchführung von Vertrauensleuteversammlungen zur Information über Inhalt des Vertrages und Stand der Verhandlungen, wird es schwerlich gehen. Schwachpunkte, die Spaltung zulassen, müssen dabei allerdings auch korrigiert werden. Doch insgesamt stellt der Tarifvertragsentwurf einen Schritt nach vorn dar und liegt durchaus auf der Linie der Forderungen des Gewerkschaftstages 80.

Gerade für die Praxis der Betriebs- und Personalräte, die im ständigen Kleinkrieg mit den Dienstherren gegen Umorganisation, Verlagerung etc. liegen, bietet der Vertragsentwurf bessere Bedingungen, ist der Vertrag doch jetzt auf die Situation des ,,einzelnen Betroffenen'' zugeschnitten. Auch nicht unterschätzt werden darf, daß dieser Vertrag über Arbeitsplatz- und Einkommenssicherung durchaus als ein Schritt der Vereinheitlichung des Dienstrechts aufzufassen ist. Umso dringlicher, daß im ÖTV-Magazin endlich über den Vertragsentwurf und die Verhandlungen berichtet wird.



len also ausgeklammert werden, andererseits werden richtigerweise neu die Teilzeitkräfte in den Rationalisierungsschutz aufgenommen. Auf eine Streichung der obengenannten Einschränkung sollte man hinwirken, der BAT bietet eh schon zuviele ,,Sonderrege-

Bislang war dies nur für Beschäftigte über 40 Jahre bzw. mit mindestens 10 Dienstjahren der Fall. Nicht verhindert, wohl aber erschwert werden Kündigungen durch die wesentliche Erhöhung der tariflich fixierten Abfindungszahlungen, sollte es doch zu ei-

dieser Vertrag über Arbeitsplatz- und Einkommenssicherung durchaus als ein Schritt der Vereinheitlichung des Dienstrechts aufzufassen ist. Umso dringlicher, daß im ÖTV-Magazin endlich über den Vertragsentwurf und die Verhandlungen berichtet wird.



Ford-USA beharrt auf Schließung des Werkes in Amsterdam

rof. Die Besetzung des Ford-Werkes in Amsterdam ist durch ein Gerichtsurteil beendet worden. Der Richter hatte die Aufhebung verfügt, da noch nicht alle juristischen Mittel ausgeschöpft seien. Diese Mittel sind ein Prozeß vor der Unternehmenskammer, der feststellen soll, ob Ford-Amsterdam noch eine gewinnträchtige Zukunft hat, was von Ford-Niederlande bestritten wird. Bis zu dieser Entscheidung wurde Ford-Niederlande verboten, den Betrieb zu schließen. Ford hatte die gerichtliche Aufhebung der Besetzung angestrebt. Gegen das Verbot der Schließung hat Ford Berufung angekündigt.

Für die Belegschaft ist die Lage äußerst schwierig geworden. Ihr letztes wirkliches Druckmittel ist für rechtswidrig erklärt worden. Die Unternehmenskammer wird kaum vor Oktober zusammentreten, ein Sachverständigenprozeß kann Jahre dauern. In den jetzt laufenden Gesprächen wird deutlich, daß Ford-USA an der Schließung festhält. Praktisch aufgeworfen ist so die Frage, ob auf rechtlichem Wege ein niederländisches Gericht einem multinationalen Konzern mit amerikanischer Kommandozentrale die Verfügung über das private Eigentum entziehen kann.

Seit Beginn des Jahres sieht Ford keine profitbringende Produktion in Amsterdam mehr und arbeitet auf die Schließung hin. Der Betriebsrat erstellte einen Rapport ,,Eine Zukunft für Ford-Amsterdam''. Die Belegschaft demonstrierte in der Innenstadt. Erst durch die erste Besetzung des Betriebes im April konnte die Betriebsleitung zu Verhandlungen gezwungen werden. Sachverständige der Gewerkschaft hatten zwei Produktionspaletten unter dem Gesichtspunkt der Rentabilität, Finanzierbarkeit und dem Erhalt der Arbeitsplätze erarbeitet.

1. Ausweitung der Lastwagenproduktion von 2 auf 15 per Tag. Senkung des Preises, Verbesserung des Händlernetzes. Kombination mit einer jährlichen Produktion von 30000 Escort-Caravans. Investitionskosten ca. 52 Mio. Gulden.

2. Keine Produktion von Lastwagen mehr, sondern verstärkte Produktion von Transit und Escort-Caravans. Vorratsproduktion für andere europäische Fordbetriebe von Pkw's.

Ford-Direktor Laurent bezeichnet dies als ,,nicht realistisch''. Die Konkurrenz im Lkw-Geschäft sei zu hart. Eine Produktion des Escort-Caravan würde den Verlust von 1000 Arbeitsplätzen im britischen Werk Halewood bedeuten. Eine Ausweitung der ,,Transit''-Produktion ist für das belgische Werk in Genk bereits geplant, jedoch aufgrund der Ausweitung des Automatisierungsgrades, und nicht mit neuen Arbeitsplätzen. Die Sachverständigen sahen keine Möglichkeit der Zusammenarbeit mit der Direktion, die Informationen (langfristige Terminplanungen) zurückhielt, keine Initiative zur Entwicklung eigener Ideen ergriff und falsche Berechnungen vorlegte. Dies war der Stand, als die erneute Besetzung des Betriebes durchgeführt wurde. Die breite Solidaritätsbewegung mit der Betriebsbesetzung veranlaßte das europäische Parlament, eine Resolution zu verabschieden, die die Aufrechterhaltung von Ford-Amsterdam fordert.

Die Reaktion von Ford-Niederlande hat sich nicht geändert: ,,Nicht Ford-USA, nicht die Anteilseigner, sondern die schlichten Fakten diktieren, daß Ford in Amsterdam dicht muß'', so Direktor Laurent während der Besetzung. Für das zweite Quartal 1981 hat Ford-USA einen Gewinn von 60,2 Mio. Dollar bekannt gegeben.

Noch einmal am Beispiel Olivetti: Arbeits-„Anreicherung“ kontra Taylor

Ist die Forderung nach angereicherten Arbeitsinhalten „revolutionär“?

hah.Hannover. Der erste Artikel über das gewerkschaftliche Konzept der „Anreicherung der Arbeit“ in Italien am Beispiel des Olivetti-Konzerns (KVZ 20, S. 9) stand im wesentlichen unter der Fragestellung, ob dieses Konzept, das dem Unternehmen eine Kostenersparnis von 10 bis 20% brachte, auf eine Arbeitsintensivierung hinausläuft. Die Antwort war, daß dies für bestimmte Elemente der Arbeitsanreicherung *nicht* gilt (z.B. die Zusammenlegung bisher kurzzyklischer Arbeitsphasen und der reinen Montage-Arbeit mit Qualitätskontrollen und Reparaturen), sondern daß hier teilweise mit arbeitsorganisatorischen Mitteln die Produktivität der menschlichen Arbeit gesteigert wurde (durch „Abnahme des unproduktiven Verzehrs der Arbeitskraft“).

Insofern glaube ich, daß die Kritik, hier sei die gewerkschaftliche Anreicherungskonzeption als „konstruierte Theorie“ abgetan worden (Leserbrief in KVZ 22, S. 4), nicht nur an dem damaligen Artikel vorbeigeht, sondern auch den falschen Standpunkt enthält, die Intensivierungsfrage sei eine subalterne Frage (zumindest die Olivetti-Arbeiter sahen die Sache anders). Die Auffassung, der Kampf der Arbeiter gegen vorzeitigen Verschleiß entspringe einem Interesse, das nur im *Warencharakter* der Arbeitskraft begründet sei, ist m.E. falsch, vielmehr entspringt er dem Interesse dessen, der diese Ware Arbeitskraft zu Markte tragen muß, nämlich des lebendigen Menschen.

Trotzdem wäre es beschränkt, die Anreicherungs-Konzeption *nur* unter diesem Gesichtspunkt zu betrachten; mit Recht wirft der Leserbrief die Frage auf, ob sie nicht auch eine revolutionäre Perspektive hat, die noch über den Kampf gegen den Verschleiß der lebendigen Arbeitskraft hinausgeht. Am Beispiel Olivetti soll diese Frage in zwei Richtungen verfolgt werden: Inwiefern verbessert sie die Kampfbedingungen der Arbeiter? Inwiefern hat sie etwas mit Wiederaneignung der Produktion durch die Produzenten zu tun?

Auswirkungen der „Anreicherung“ auf die Kampfbedingungen

Frederick Winslow Taylor, der um die Jahrhundertwende die „Wissenschaftliche Arbeitsorganisation“ erfand, schrieb 1906 über die Entstehungsgeschichte seiner Lehre: „Im Herbst des Jahres 1880 hatten sich in der kleinen Maschinenwerkstatt der Midvale Steel

beiter sahen die Sache anders). Die Auffassung, der Kampf der Arbeiter gegen vorzeitigen Verschleiß entspringe einem Interesse, das nur im *Warencharakter* der Arbeitskraft begründet sei, ist m.E. falsch, vielmehr entspringt er dem Interesse dessen, der diese Ware Arbeitskraft zu Markte tragen muß, nämlich des lebendigen Menschen.

Trotzdem wäre es beschränkt, die Anreicherungs-Konzeption *nur* unter diesem Gesichtspunkt zu betrachten; mit Recht wirft der Leserbrief die Frage auf, ob sie nicht auch eine revolutionäre Perspektive hat, die noch über den Kampf gegen den Verschleiß der lebendigen Arbeitskraft hinausgeht. Am Beispiel Olivetti soll diese Frage in zwei Richtungen verfolgt werden: Inwiefern verbessert sie die Kampfbedingungen der Arbeiter? Inwiefern hat sie etwas mit Wiederaneignung der Produktion durch die Produzenten zu tun?

Auswirkungen der „Anreicherung“ auf die Kampfbedingungen

Frederick Winslow Taylor, der um die Jahrhundertwende die „Wissenschaftliche Arbeitsorganisation“ erfand, schrieb 1906 über die Entstehungsgeschichte seiner Lehre: „Im Herbst des Jahres 1880 hatten sich in der kleinen Maschinenwerkstatt der Midvale Steel

Company, Philadelphia, die in Akkordarbeit beschäftigten Maschinenschlosser ... zusammengetan, nicht mehr als eine bestimmte Stückzahl pro Tag zu leisten. Der Verfasser, der kürzlich zum Betriebsleiter der Werkstatt ernannt worden war, war sich im klaren darüber, daß die Leute imstande waren, eine erheblich größere Stückzahl zu leisten als sie tatsächlich hinter sich brachten. Er machte jedoch die Erfahrung, daß seine Bemühung, die Männer zu höherer Leistung zu bewegen, daran scheiterte, daß seine Kenntnisse über die Schnittstärke, die Zufuhr und das Tempo der Bearbeitung, die nötig waren, um die Arbeit in der kürzestmöglichen Zeit zu leisten, weit ungenauer waren als die der Schlosser, die sich gegen ihn vereinigt hatten. Seine Überzeugung, daß die Leute nicht halb so viel leisteten wie sie sollten, war jedoch so stark, daß er von der Betriebsleitung die Bewilligung erhielt, eine Reihe von Experimenten zur Ergründung der einschlägigen Gesetze der Metallbearbeitung anzustellen, damit seine Kenntnisse denen der ihm unterstellten Schlosser wenigstens die Waage halten konnten.“

Taylors Ausgangspunkt war also, daß es sich bei der Leistungszurückhaltung der Arbeiter um eine Machtfrage handelt, die im wesentlichen dadurch entschieden wird, wer über die technischen Kenntnisse des Produktionsprozesses verfügt, wer ihn wirklich beherrscht. Taylor über das Ziel der Wissenschaftlichen Arbeitsorganisation: „Den Arbeitern sollen alle Dispositionen und Entscheidungen, von denen der Ausstoß der Werkstatt abhängt, aus der Hand genommen und auf einige wenige Leute übertragen werden, welche durch spezialisierte Ausbildung und Anleitung instand gesetzt worden sind, die nötigen Anweisungen zu geben und ihnen Wirksamkeit zu verschaffen ...“; „in unserem System wird jedem Arbeiter bis ins Kleinste vorgeschrieben, genau was er zu tun hat und wie er es auszuführen hat; und jedwede Verbesserung, die ein Arbeiter diesen Vorschriften gegenüber vornimmt, ist vom Übel“. Um die Kräfteverhältnisse im Betrieb grundlegend zugunsten der Betriebsleitung zu verschieben, sollte den Arbeitern jede eigenständige Verantwortung für den Produktionsprozeß entzogen, der Arbeitsprozeß in möglichst einfach zu verrichtende Bestandteile zerstückelt und damit die Arbeitskraft entwertet werden; die Arbeiter sollten individualisiert, d.h. vom Gesamtprozeß der Produktion und von den anderen Arbeitern isoliert werden (Taylors „unbeugsame Regel“ war es, „bei Verhandlungen mit Arbeitern immer nur einen einzelnen Mann auf einmal vorzunehmen“).

Vor diesem Hintergrung wird deutlich, daß die Insel-Produktion bei Olivetti nicht einfach nur bestimmte arbeitsorganisatorische Prinzipien *ändert*, sondern daß mit ihr die Arbeiter ein Stück der technischen Beherrschung des Produktionsprozesses zurückgewinnen:

– Die Erweiterung des Aufgabenbereiches für den einzelnen Arbeiter dergestalt, daß er z. B. in einer mehrstündigen Arbeitsphase ein in sich abgeschlossenes, funktions- und prüffähiges Untersystem einer Rechenmaschine montiert und dabei auch für Qualitätskontrollen und Reparaturen zuständig ist, bedeutet eine partielle Aufhebung seiner Isolierung vom Gesamt-Produktionsprozeß;

– es bedeutet gleichzeitig eine begrenzte Höherqualifizierung (wenn sich dies in den Montage-Inseln meist auch nur in einer längeren Anlernzeit und einer besseren Lohngruppe ausdrückt);

– Das Prinzip der Selbststeuerung der Produktion in der Insel hebt partiell die Isolierung der Arbeiter untereinander auf und fordert ausdrücklich ihre Kooperation (um die hier vorhandene zusätzliche Produktivkraft zu erschließen).

Daß diese erhöhte technische Beherrschung des Produktionsprozesses sofort auch Auswirkungen auf das Kräfteverhältnis zwischen Betriebsleitung und Arbeitern hat, zeigt sich am

vetti nicht einfach nur bestimmte arbeitsorganisatorische Prinzipien *ändert*, sondern daß mit ihr die Arbeiter ein Stück der technischen Beherrschung des Produktionsprozesses zurückgewinnen:

– Die Erweiterung des Aufgabenbereiches für den einzelnen Arbeiter dergestalt, daß er z. B. in einer mehrstündigen Arbeitsphase ein in sich abgeschlossenes, funktions- und prüffähiges Untersystem einer Rechenmaschine montiert und dabei auch für Qualitätskontrollen und Reparaturen zuständig ist, bedeutet eine partielle Aufhebung seiner Isolierung vom Gesamt-Produktionsprozeß;

– es bedeutet gleichzeitig eine begrenzte Höherqualifizierung (wenn sich dies in den Montage-Inseln meist auch nur in einer längeren Anlernzeit und einer besseren Lohngruppe ausdrückt);

– Das Prinzip der Selbststeuerung der Produktion in der Insel hebt partiell die Isolierung der Arbeiter untereinander auf und fordert ausdrücklich ihre Kooperation (um die hier vorhandene zusätzliche Produktivkraft zu erschließen).

Daß diese erhöhte technische Beherrschung des Produktionsprozesses sofort auch Auswirkungen auf das Kräfteverhältnis zwischen Betriebsleitung und Arbeitern hat, zeigt sich am

Konfliktpunkt der Arbeitsintensität und der Akkordwertfindung. Die Unternehmensführung versucht auch heute noch an der Fiktion festzuhalten, die Akkordwerte würden „wissenschaftlich“ ermittelt, indem sie sie für jede Produktionsinsel nach der Methode der vorbestimmten Zeiten austüftelt. Diese Fiktion wird auf doppelte Weise außer Kraft gesetzt. Erstens durch die erkämpfte Machtposition der Akkordgruppen, die d. rch Veto und „Agitation“ meist eine kräftige Erweiterung der Akkordwerte durchsetzten. Zweitens – und das ist für unseren Zusammenhang interessant – durch einen Effekt, der aus der veränderten Arbeitsorganisation entspringt: kein noch so ausgefeiltes System wissenschaftlicher Bewegungsstudien ist in der Lage, die vielen kleinen methodischen Abschleifungen, Abkürzungen und „Tricks“ einzufangen, die der Arbeiter bei einer Arbeitsphase von einer oder mehreren Stunden im Lauf der Zeit erfindet und die bei einer solchen Phasenlänge zu einer spürbaren Leistungsreserve kumulieren. Womit teilweise der Zustand wiederhergestellt ist, der Taylor einst auf die Barrikaden trieb: Jedermann weiß, daß die Arbeiter Leistungszurückhaltung üben, aber die Betriebsleitung kann nichts machen (zur alten tayloristischen Arbeitsorganisation will sie auch nicht zurück, weil diese noch weniger „produktiv“ ist). Ihr zuletzt gemachter Vorschlag, etwa 9 Monate nach dem Einfahren einer Insel-Produktion noch einmal die Akkordwerte zu „überprüfen“, was auf eine rein empirische nachträgliche Akkordschnippelei hinauslaufen würde, ist das indirekte Eingeständnis der verlorenen Kontrolle über die Zeitökonomie des Arbeitsprozesses (auf dem Vorschlag ist sie bisher sitzengeblieben).

Vorbereitung zur Aneignung der Produktion durch die Produzenten?

Ein Teil der italienischen Gewerkschaftslinken interpretiert die geforderten Anreicherungen als ein Element des Übergangs zur sozialistischen Gesellschaft. Schon 1973 kritisierte Trentin, der damalige Generalsekretär der FLM, die Erwartung, durch die Übernahme der politischen Macht würden die Arbeiter automatisch zu Herren der Produktion: „Der Arbeiter ist Herr des Staates und *deshalb* Leiter der Fabrik. Aber er ist nicht Herr über die Produktionsweise“, mit der Konsequenz (wofür die SU der Beweis sei), daß auch dann noch „das Tote das Le-

Betriebsleitung kann nichts machen (zur alten tayloristischen Arbeitsorganisation will sie auch nicht zurück, weil diese noch weniger „produktiv“ ist). Ihr zuletzt gemachter Vorschlag, etwa 9 Monate nach dem Einfahren einer Insel-Produktion noch einmal die Akkordwerte zu „überprüfen“, was auf eine rein empirische nachträgliche Akkordschnippelei hinauslaufen würde, ist das indirekte Eingeständnis der verlorenen Kontrolle über die Zeitökonomie des Arbeitsprozesses (auf dem Vorschlag ist sie bisher sitzengeblieben).

Vorbereitung zur Aneignung der Produktion durch die Produzenten?

Ein Teil der italienischen Gewerkschaftslinken interpretiert die geforderten Anreicherungen als ein Element des Übergangs zur sozialistischen Gesellschaft. Schon 1973 kritisierte Trentin, der damalige Generalsekretär der FLM, die Erwartung, durch die Übernahme der politischen Macht würden die Arbeiter automatisch zu Herren der Produktion: „Der Arbeiter ist Herr des Staates und *deshalb* Leiter der Fabrik. Aber er ist nicht Herr über die Produktionsweise“, mit der Konsequenz (wofür die SU der Beweis sei), daß auch dann noch „das Tote das Le-

bendige beherrscht und bedingt“. Zum Herren des Produktionsprozesses zu werden, müsse die Arbeiterklasse jetzt, im Kapitalismus erlernen, wozu die Forderung nach arbeitsorganisatorischer Anreicherung ein Hebel sei.

Betrachtet man unter diesem Gesichtspunkt die arbeitsorganisatorischen Veränderungen bei Olivetti, dann ist es richtig, daß die hier partiell wiedergewonnene technische Beherrschung des Produktionsprozesses seine reale Aneignung durch die Produzenten vorbereiten könnte. Es macht hierfür eben einen wesentlichen Unterschied, ob der einzelne Arbeiter gelernt hat, die gesamte Rechenmaschine zu montieren, zu kontrollieren und zu reparieren, oder ob er innerhalb dieses gesamten Arbeitsgangs nur gelernt hat, eine bestimmte Schraube anzuziehen. Und es macht eine Unterschied, ob die Arbeitergruppe eines Produktionsbereiches gelernt hat, in *selbständiger* Kooperation den Produktionsfluß zu vergleichmäßigen, den Materialverbrauch zu ökonomisieren usw. oder nicht. Wobei allerdings ein Faktum zu berücksichtigen ist, welches das Gewicht der Anreicherungen und der daraus folgenden Qualifizierung der Arbeiter bei Olivetti erheblich relativiert: Die *Grundlage* dieser Anreicherungen ist die technologische Revolution der Olivetti-Produkte (Einführung der Elektronik), wodurch insgesamt die Kluft zwischen Hand- und Kopfarbeit, zwischen mechanisch-montierender (in den Werkstätten und Montage-Abteilungen) und technisch-wissenschaftlicher Arbeit vertieft wird. Der Gehalt an mechanischen Bauteilen der auf Elektronik umgestellten Rechenmaschinen, Fernschreiber usw. sank radikal; ebenso sanken die Präzisionsanforderungen an Produktion und Montage der mechanischen Teile. Der technisch-wissenschaftliche Gehalt verlagert sich immer mehr in die elektronischen Bauelemente, die Olivetti von außerhalb bezieht, und in die Rest-Projektierung der elektronischen Gehirne, die in den Projektierungs-Abteilungen stattfindet. Insofern ist die *Grundlage* für die Anreicherungen ein zu ihnen gegenläufiger Prozeß, nämlich die Senkung der Anforderungen an die *Gesamt*qualifikation des mit ausführenden Arbeiten beschäftigten Belegschaftsteils.

Wichtig ist aber, wie die arbeitsorganisatorischen Veränderungen einen Prozeß in Gang setzen, der gerade an den Nahtstellen zwischen Hand- und Kopfarbeit auf Überwindung dieser Kluft drängt und dabei an die Schranken des Verwertungsprozesses stößt. Eine solche Nahtstelle ist die Arbeit der Platinen-Bestückerinnen (Bestückung der elektronischen Leiterplatinen). Diese Arbeit ist besonders repetitiv und stellt besonders niedrige Qualifikationsanforderungen. Hier bestand die „Anreicherung“ in einer reinen Aufgaben-Erweiterung (job enlargement): die Frauen sollten in der Lage sein, zwischen einigen hoch repetitiven Arbeitsplätzen zu rotieren und dabei *verschiedene* Platinen-Typen zu bestücken. Worauf die Bestückerinnen die Durchführung von Kursen forderten, in denen die unterschiedliche technische Funktion der von ihnen montierten Bau-Elemente (Widerstände, Halbleiter, Mikroprozessoren usw.) erklärt wurden: Hier schlug die Anforderung, immer mehr mechanisch auswendig zu lernen, um in das Bedürfnis, die eigene Tätigkeit zumindest partiell zu verstehen. Die Platinen-Bestückerinnen setzten die Durchführung solcher Kurse durch, aber das Verwertungsinteresse des Olivetti-Kapitals reduzierte sie auf ein solches Minimum, daß die Kluft zwischen wissenschaftlich-technischem Gehalt der Produkte und dem Inhalt der Bestückungsarbeit auch nicht ansatzweise überwunden wurde: der Zweck dieser Kurse beschränkte sich darauf, die Unterscheidung und richtige Positionierung der elektronischen Bau-Elemente beim Platinen-Bestücken etwas zu erleichtern und ein auf diesen Zweck begrenztes „Verständnis“ der verschiedenen Zeichen und Farbsignale zu erzeugen.

Das Beispiel zeigt immerhin, wie diese arbeitsorganisatorischen Anreicherungen einen Prozeß in Gang setzen können, der über den jeweils erreichten Stand hinausdrängt. Wichtig ist auch die Erfahrung, daß die kapitalistische Organisation des Arbeitsprozesses und die aus ihm abgeleiteten Degradierung der Arbeitskraft kein unverrückbares Naturgesetz verkörpert, sondern eine Sache, die man ändern kann.

werden, müsse die Arbeiterklasse jetzt, im Kapitalismus erlernen, wozu die Forderung nach arbeitsorganisatorischer Anreicherung ein Hebel sei.

Betrachtet man unter diesem Gesichtspunkt die arbeitsorganisatorischen Veränderungen bei Olivetti, dann ist es richtig, daß die hier partiell wiedergewonnene technische Beherrschung des Produktionsprozesses seine reale Aneignung durch die Produzenten vorbereiten könnte. Es macht hierfür eben einen wesentlichen Unterschied, ob der einzelne Arbeiter gelernt hat, die gesamte Rechenmaschine zu

Wichtig ist aber, wie die arbeitsorganisatorischen Veränderungen einen Prozeß in Gang setzen, der gerade an den Nahtstellen zwischen Hand- und Kopfarbeit auf Überwindung dieser Kluft drängt und dabei an die Schranken des Verwertungsprozesses stößt. Eine solche Nahtstelle ist die Arbeit der Platinen-Bestückerinnen (Bestückung der elektronischen Leiterplatinen). Diese Arbeit ist besonders repetitiv und stellt besonders niedrige Qualifikationsanforderungen. Hier bestand die „Anreicherung“ in einer reinen Aufgaben-Erweiterung (job enlargement):

An zwei Beispielen – Schreibmaschinenproduktion bei Olivetti (KVZ 20/81) und Automobilproduktion bei Volvo/Kalmar (KVZ 29/81) – haben wir die technische und organisatorische Veränderung des Arbeitsprozesses untersucht, die aufgrund gewerkschaftlicher Forderungen zu einer Anreicherung der Arbeit führen und die Arbeit erheblich „humanisieren“ sollte. Beide Produktionen wurden vorher als typische Fließbandproduktion betrieben. Der Arbeitsprozeß war maximal in einzelne Arbeitsvorgänge unterteilt, die einzelnen Arbeiter hatten jeweils nur eine (oder doch äußerst wenige) Detailfunktionen zu verrichten, die Taktzeiten betrugen 1, 2 oder 3 Minuten. Die Veränderung bestand jeweils in der Zusammenfassung der einzelnen Detailfunktionen zu komplexeren Arbeitsvorgängen, die innerhalb bestimmter Unterabteilungen des Produktionsprozesses von einer Gruppe von Arbeitern jetzt verrichtet wurden, wobei der einzelne Arbeiter alle oder doch eine Vielzahl von einzelnen Tätigkeiten im Rahmen dieser Untergruppe bei Taktzeiten bis zu 30 Minuten verrichtet und gleichzeitig über die Fertigkeiten für andere Unterabteilungen verfügte, was eine Rotation der Arbeiter zwischen den einzelnen Unterabteilungen der Produktion ermöglichte.

Beiden Beispielen war gemeinsam, daß die Arbeiter die Arbeit durchweg als „leichter und angenehmer“ gegenüber der Fließbandproduktion empfanden, wovon geringere Krankenzeiten, geringere Abwesenheitszeiten und eine geringere Fluktuation ein Ausdruck sind, wie die höhere Qualifikation zur Ausübung einer Reihe von Detailfunktionen zu höheren Lohngruppen geführt hatte.

Den Schnitt machten jeweils die Kapitalisten, die von einer erheblichen Steigerung der Rentabilität der neuorganisierten Fabriken gegenüber den herkömmlichen sprechen. Der Produktionsausstoß ist höher, der Ausschuß geringer, Personalkosten entfallen durch die Übernahme von Kontroll- wie Zulieferfunktionen durch die Produktionsarbeiter selber.

Wenngleich die höhere Rentabilität dieser Fabriken nicht nur und nicht einfach auf einer reinen Intensivierung der Arbeit beruht, sondern zu einem großen Teil auf der Erhöhung der Produktivkraft der Arbeit durch technische und organisatorische Verbesserungen wie erhöhter Kooperation der Arbeiter, so ist die Intensität der Arbeit doch nach wie vor das größte Problem der Belegschaften, weshalb auch keineswegs die Belegschaften eine humanisierte Arbeit behaupten, obgleich die Arbeitsinhalte angereichert worden sind. Und auch was die Anreicherung der Arbeit betrifft, so ist das Interesse der Arbeiter an einer produktiven Entfaltung ihrer Fähigkeiten zwar gewiß revolutionär, wie es in einem Leserbrief hieß, aber bleiben die Arbeiter von der wissenschaftlichen Aneignung des Produktionsprozesses und einer allgemeinen Mobilität noch weit entfernt, obgleich die Idiotie und Monotonie des tayloristischen Detailarbeiters abgeschwächt wurde.

Wenngleich die höhere Rentabilität dieser Fabriken nicht nur und nicht einfach auf einer reinen Intensivierung der Arbeit beruht, sondern zu einem großen Teil auf der Erhöhung der Produktivkraft der Arbeit durch technische und organisatorische Verbesserungen wie erhöhter Kooperation der Arbeiter, so ist die Intensität der Arbeit doch nach wie vor das größte Problem der Belegschaften, weshalb auch keineswegs die Belegschaften eine humanisierte Arbeit behaupten, obgleich die Arbeitsinhalte angereichert worden sind. Und auch was die Anreicherung der Arbeit betrifft, so ist das Interesse der Arbeiter an einer produktiven Entfaltung ihrer Fähigkeiten zwar gewiß revolutionär, wie es in einem Leserbrief hieß, aber bleiben die Arbeiter von der wissenschaftlichen Aneignung des Produktionsprozesses und einer allgemeinen Mobilität noch weit entfernt, obgleich die Idiotie und Monotonie des tayloristischen Detailarbeiters abgeschwächt wurde.

Unternehmensabkommen bei Fiat-Turin

hah. Mit dem am 13. Juli zwischen Fiat-Vorstand und FLM vereinbarten Unternehmens-Abkommen sei bewiesen, daß auch „in für die Gewerkschaft mageren Zeiten ... durch Verhandlungen eine irrationale und wilde Vorgehensweise der Unternehmerseite verhindert werden kann“, so der FLM-Verhandlungsführer Lotito. In diesem Abkommen wurde vereinbart:

- Von den 14000 Arbeitern, die Fiat für „strukturell überzählig“ erklärte, werden 7500 auf die „Mobilitätsliste“ gesetzt, d.h. für eine neue Arbeit in anderen Unternehmen des Turiner Raumes (50 km-Umkreis) angeboten. Hat sich bis Ende Juni 83 kein neuer Ausbeuter gefunden, muß sie Fiat wieder einstellen; solange sie ohne Arbeit sind, erhalten sie 90% ihres bisherigen Nettolohns. In „Mobilität“ sollen vor allem jüngere und unverheiratete Arbeiter versetzt werden.
- 5000 Arbeiter bleiben bis zum 30.6.83 in Kurzarbeit. Für 2000 Arbeiter – hierfür hatte sich die FLM vor allem eingesetzt – garantiert Fiat die stufenweise Rückkehr zur Arbeit noch vor dem 30.6.83 (300 bis September 82, 1200 bis Februar 83, 500 bis April 83).
- Darüberhinaus wird der Fiat-Vorstand trotz Auto-Krise in den nächsten 2 Jahren keine Belegschaftseinschränkungen vornehmen. Dem Fiat-Vorstand bleibt aber das Recht vorbehalten, Kurzarbeiten zu lassen und unter Anwendung der tarifvertraglich vereinbarten „inneren Mobilität“ Versetzungen zwischen verschiedenen Fiat-Werken und -Abteilungen durchzuführen.
- Innerbetriebliche Lohnerhöhungen werden wieder an Verbesserungen der „Produktivität“ gebunden. Der Mitte Juli fällige 14. Monatslohn wird um 200000 Lire (400 DM) erhöht; 1982 noch einmal um 20000 Lire (40 DM).

Für die gewerkschaftliche Absicht, Massenentlassungen in der Auto-Krise so weit wie möglich zu verhindern, bedeutet das Fiat-Abkommen einen begrenzten Erfolg. Die gründliche Verschiebung der innerbetrieblichen Kräfteverhältnisse, die dem Fiat-Vorstand im vergangenen Oktober gelang (vgl. KVZ Nr. 30/81, S. 13), wird dadurch nicht korrigiert: Er behält freie Hand bei Versetzungen innerhalb des Unternehmens und wird sich kaum veranlaßt sehen, wesentliche Teile der damals aus den Werken herausgesäuberten „Militanten“ wieder einzustellen. Die Bindung übertariflicher betrieblicher Lohnerhöhungen an entsprechende Erhöhungen der „Produktivität“ (sprich: Intensität) ist ein wesentlicher Einbruch in eine seit 1968 erkämpfte gewerkschaftliche Position.

Ist die Bundeswehr eine demokratische Armee?

Plattform für gemeinsame Zusammenarbeit von DGB-Bundesvorstand und Generalinspekteur der Bundeswehr

Von Volker Lehmann

Spätestens seit dem Kirchentag ist die Frage, ob sich die BRD militärisch verteidigen soll, erneut aufgeworfen. In einer gemeinsamen Plattform zur ,,internen Hilfestellung", die nicht veröffentlicht werden soll, haben DGB-Bundesvorstand und Bundeswehrführung sich für eine Stärkung der Verteidigungsbereitschaft ausgesprochen. Dabei werden die NATO und die Bundeswehr als Voraussetzung für die Politik der Abschreckung und somit als Vorbedingung für eine wirkliche Abrüstung gewertet. Die daraus folgende Unterordnung unter die imperiale Politik der USA steht allerdings im direkten Widerspruch zu der Absichtserklärung der Abrüstung. Genauso widersprüchlich ist es, gegenüber den pazifistischen Strömungen und deren falschen Freunden aus den Reihen der DKP die Widersprüche zwischen den Interessen der Arbeiterbewegung und der Bundeswehr unter den Teppich kehren zu wollen. Leicht kann dieses Plädoyer für die Bundeswehr von seiten des DGB-Vorstandes bei der existierenden Unterdrückung in der Armee von den Revisionisten für weitere Spaltungstätigkeit in der Arbeiterbewegung genutzt werden. Auch die Generalität wird den vom DGB ausgestellten Persilschein nutzen wollen, um den ,,soldatischen Tugenden" größeren Einfluß und Respekt in der Bundeswehr zu schaffen. Trotzdem ist es günstig und in gewisser Weise auch höchste Zeit, daß innerhalb der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung die Frage der Stellung der Gewerkschaften zur Armee überprüft wird, wenn wir uns auch sicherlich eine andere Diskussionsgrundlage wünschen würden.

Woran macht der DGB den demokratischen Charakter der Bundeswehr fest? DGB wie Bundeswehr verteidigen das Grundgesetz, allerdings geht der DGB dabei davon aus, daß das Grundgesetz keine Wirtschaftsverfassung festlegt, sondern die Artikel 14 und 15, die den Kapitalisten das Eigentumsrecht sichern, werden so interpretiert, daß sie auch die Beseitigung des kapitalistischen Privateigentums ermöglichen. Dagegen ist die Verteidigung der ,,freien und sozialen Marktwirtschaft" gegenüber den Planwirtschaften (des Ostblocks) eines der Grundanliegen des Verteidigungsauftrags so wie ihn die Bundeswehrführung in ihren Richtlinien zum politischen Unterricht festgelegt hat. Durch die zivile Führung der Bundeswehr durch das Verteidigungsministerium und im Kriegsfall den Bundeskanzler, die Einrichtung des Wehrbeauftragten und die Prinzipien der ,,Inneren Führung" einschließlich der Garantie des Koalitionsrechtes für die Soldaten sieht der DGB eine demokratische und parlamentarische Kontrolle der Armee und für den



einzelnen Soldaten gesichert. Die Bundeswehr könnte nicht mehr zum ,,Staat im Staate" werden, hat DGB-Vorsitzender Vetter in seiner Ansprache vor der Führungsakademie der Bundeswehr festgestellt. Die Geschichte der BRD habe bewiesen, daß Offiziere und Unteroffiziere diese demokratischen Regelungen akzeptierten. Diese Interpretation der Entwicklung der Bundeswehr aus dem Jahre 1976 ist reichlich waghalsig. Sicherlich ist mit der zivilen Leitung der Bundeswehr, dem Wehrbeauftragten und der ,,Inneren Führung" die parlamentarische Kontrolle der Bundeswehr verstärkt worden. Diese Zugeständnisse an die SPD, die Gewerkschaften und deren Kampf gegen die Wiederbewaffnung sind aber seit der Konsolidierung des Aufbaus der Armee in den 60er Jahren auch immer wieder das Ziel von Generalsrevolten gewesen.

Gegen die Zulassung der Tätigkeit von Bundeswehrverband und DGB ist der Generalinspekteur Trettner 1966 angetreten, er wurde immerhin noch in den Ruhestand versetzt. Ebenso erging es den Generalen Grashey und Karst 1969. Dagegen konnten die Generale, die Ende 1969 mit der Schnez-Studie hervortraten, jegliche Disziplinarmaßnahmen abwenden und etliche ihrer Vertreter (z.B. der Inspekteur des Heeres Hildebrand) sind oder waren noch bis vor kurzem in führender Position tätig. Sie hatten immerhin eine Reihe von Grundgesetzänderungen verlangt, die Stellung des Wehrbeauftragten sollte geschwächt werden und der ,,Staatsbürger in Uniform" sollte zum ,,Staatsbürger als Soldat" gemacht werden. Damit sollte eine weitgehende Ausrichtung der Bundeswehr auf den Krieg unter Beseitigung aller, auch der minimalsten Rechte der Soldaten kaschiert werden.

Nun könnte man aus der scheinbar ruhig verlaufenen Dekade seit 1970 auf eine Festigung der Bundeswehr auf der Grundlage der liberal-demokratischen Prinzipien schließen. Sicherlich ist es so, daß mit dem Ausscheiden der Offiziersgeneration des II. Weltkrieges eine Änderung auch der Auffassungen im Offiziers- und Unteroffizierskorps eingetreten ist. Die offen reaktionär-faschistischen Strömungen sind nach den wenigen vorliegenden Untersuchungen und Einschätzungen schwächer geworden. Dies ändert aber wenig an der Bereitschaft der Mehrheit im Offizierskorps, die bürgerliche Freiheit, verklausuliert als ,,freie Marktwirtschaft", nach außen und innen zu verteidigen.

Die Tendenzen zu einer Abschottung des Offizierskorps und zur Festigung der Macht der Generale sind in den 70ern erheblich gestiegen. Die Bundeswehr hat eigene Hochschulen aufgebaut, wo der Offiziersnachwuchs getrennt von den Studenten herangezogen wird; die Änderungen der Führungsvorschriften im Verteidigungsministerium haben dem Generalinspekteur Weisungsbefugnis für alle Truppen erteilt; mit dem Konzept der ,,Gesamtverteidigung" ist der Einfluß der Militärs auf die Verwaltung sprunghaft gestiegen; und der Wehrbeauftragte ist fest in den Händen der Bürokratie des Verteidigungsministeriums (ehemaliger Staatssekretär).

Entscheidend für die Beurteilung des demokratischen Charakters einer Armee halte ich die Rechte und Einflußmöglichkeiten, die die Massen auf die Armee haben. Die Bundeswehr ist eine Wehrpflichtarmee, und die Rechtlosigkeit und Unterdrückung der Wehrpflichtigen kennzeichnet ihren Zweck, die Verteidigung des kapitalistischen Eigentums. Das Verbot der gewerkschaftlichen und politischen Tätigkeit in der Armee sichert den Einfluß der bürgerlichen Ideologie und die Stellung der Generalität; die durch die ,,Innere Führung" erlaubte politische und gewerkschaftliche Stellungnahme der Soldaten ist fast ausschließlich auf den außerdienstlichen Bereich beschränkt. Der Vertrauensmann als Vertretungsorgan insbesondere der Mannschaften und Unteroffiziere hat außer einem Vorspracherecht keinerlei Einfluß auf die wesentlichen militärischen Bereiche. Auch die jetzt noch vorhandenen minimalen demokratischen Rechte der Soldaten werden durch die Kasernierung, meist weit getrennt von Heimatorten und -betrieben, eingeschränkt. Das Kastenwesen der Dreiteilung in Mannschaften, Unteroffiziere und Offiziere, rein begründet aus der schulischen Ausbildung, verstärkt den Einfluß der Bourgeoisie auf das Offizierskorps.

Die Kämpfe der Soldaten für mehr Rechte und für ihre sozialen Interessen sind weitgehend ohne organisierte Unterstützung durch die Gewerkschaft gelaufen. Die Organisierung der Wehrpflichtigen in der Armee durch den DGB (offiziell, zu unterscheiden davon die Stellung einzelner Gewerkschaftsgliederungen) und die Unterstützung ihrer Kämpfe hat erst in den letzten Jahren und auch jetzt nur zaghaft begonnen. Dies hat die Niederlagen der Soldatenbewegung Ende der 60er und Mitte der 70er Jahre begünstigt, in der trotz vieler gemeinsamer Forderungen die parteipolitischen Differenzen gerade mangels Einfluß des DGB zur Hauptsache wurden. Auch unter den Berufs- und Zeitsoldaten, die in der ÖTV organisiert sind, ist der gewerkschaftliche Einfluß minimal. Gegenüber 220000 im Bundeswehrverband organisierten Soldaten (Beamtenbund, Organisationsgrad über 80%) bewegen sich die Schätzungen der gewerkschaftlich Organisierten zwischen 1000 und 10000.

Die parlamentarische Kontrolle und zivile Führung der Bundeswehr dienen als Begründung für die Rechtlosigkeit und Unterdrückung der Mannschaften, Unteroffiziere und Teile der Offiziere. Um tatsächlich von einer demokratischen Armee sprechen zu können, muß der DGB für eine direkte Kontrolle der bewaffneten Macht durch die Massen eintreten. Erste Schritte dazu sind auf jeden Fall die Stärkung der Position des Vertrauensmannes, die heimatnahe Stationierung, die Durchlässigkeit der Laufbahnen und Beseitigung der Bundeswehrhochschulen. Weiterhin sollten die Gewerkschaften und die Betriebsräte direkten Einfluß auf die ,,Gesamtverteidigung", das Territorialheer und die Reservistenorganisierung gewinnen. Eine solche Verwirklichung der Volksbewaffnung ist auch die Bedingung dafür, daß die Arbeiterklasse ihre Interessen nach außen und innen verteidigen kann.

Fehlerberichtigung

In dem Artikel ,,Gewerkschaften und Friedensbewegung. Doppelbeschluß Ja oder Nein?" in KVZ Nr. 30/81, S. 14, muß es in dem Satz: ,,Tatsächlich muß über eine alternative Verteidigungspolitik diskutiert werden, die Stationierung von Mittelstreckenraketen ist ja z.B. auch nicht einfach verrückt", statt Stationierung *See*stationierung heißen.

Voreingenommenheit und Fehlschlüssen verleitet. Die Gewerkschaft ÖTV, die sich für den Staat ebenfalls voll verantwortlich fühlt, hat ein Interesse daran, allen Menschen, die im öffentli-

tungen in Bundeswehreinrichtungen erlaubt.)

DGB-Vorsitzender Vetter vor der Führungsakademie der Bundeswehr in

sozialer Selbstverwirklichung zu schützen".

,,Wunsch und Sehnsucht nach Frieden reichen aber allein nicht aus. Die Bundesrepublik Deutschland ist durch ihre

Dokumente und Stellungnahmen

zur Armee überprüft wird, wenn wir uns auch sicherlich eine andere Diskussionsgrundlage wünschen würden.

Woran macht der DGB den demokratischen Charakter der Bundeswehr fest? DGB wie Bundeswehr verteidigen das Grundgesetz, allerdings geht der DGB dabei davon aus, daß das Grundgesetz keine Wirtschaftsverfassung festlegt, sondern die Artikel 14 und 15, die den Kapitalisten das Eigentumsrecht sichern, werden so interpretiert, daß sie auch die Beseitigung des kapitalistischen Privateigentums ermöglichen. Dagegen ist die Verteidigung der ,,freien und sozialen Marktwirtschaft" gegenüber den Planwirtschaften (des Ostblocks) eines der Grundanliegen des Verteidigungsauftrags so wie ihn die Bundeswehrführung in ihren Richtlinien zum politischen Unterricht festgelegt hat. Durch die zivile Führung der Bundeswehr durch das Verteidigungsministerium und im Kriegsfall den Bundeskanzler, die Einrichtung des Wehrbeauftragten und die Prinzipien der ,,Inneren Führung" einschließlich der Garantie des Koalitionsrechtes für die Soldaten sieht der DGB eine demokratische und parlamentarische Kontrolle der Armee und für den

einzelnen Soldaten gesichert. Die Bundeswehr könnte nicht mehr zum ,,Staat im Staate" werden, hat DGB-Vorsitzender Vetter in seiner Ansprache vor der Führungsakademie der Bundeswehr festgestellt. Die Geschichte der BRD habe bewiesen, daß Offiziere und Unteroffiziere diese demokratischen Regelungen akzeptierten. Diese Interpretation der Entwicklung der Bundeswehr aus dem Jahre 1976 ist reichlich waghalsig. Sicherlich ist mit der zivilen Leitung der Bundeswehr, dem Wehrbeauftragten und der ,,Inneren Führung" die parlamentarische Kontrolle der Bundeswehr verstärkt worden. Diese Zugeständnisse an die SPD, die Gewerkschaften und deren Kampf gegen die Wiederbewaffnung sind aber seit der Konsolidierung des Aufbaus der Armee in den 60er Jahren auch immer wieder das Ziel von Generalsrevolten gewesen.

Gegen die Zulassung der Tätigkeit von Bundeswehrverband und DGB ist der Generalinspekteur Trettner 1966 angetreten, er wurde immerhin noch in den Ruhestand versetzt. Ebenso erging es den Generalen Grashey und Karst 1969. Dagegen konnten die Generale, die Ende 1969 mit der Schnez-Studie hervortraten, jegliche Disziplinarmaßnahmen abwenden und etliche ihrer Vertreter (z.B. der Inspekteur des Heeres Hildebrand) sind oder waren noch bis vor kurzem in führender Position tätig. Sie hatten immerhin eine Reihe von Grundgesetzänderungen verlangt, die Stellung des Wehrbeauftragten sollte geschwächt werden und der

Militärs auf die Verwaltung sprunghaft gestiegen; und der Wehrbeauftragte ist fest in den Händen der Bürokratie des Verteidigungsministeriums (ehemaliger Staatssekretär).

Entscheidend für die Beurteilung des demokratischen Charakters einer Armee halte ich die Rechte und Einflußmöglichkeiten, die die Massen auf die Armee haben. Die Bundeswehr ist eine Wehrpflichtarmee, und die Rechtlosigkeit und Unterdrückung der Wehrpflichtigen kennzeichnet ihren Zweck, die Verteidigung des kapitalistischen Eigentums. Das Verbot der gewerkschaftlichen und politischen Tätigkeit in der Armee sichert den Einfluß der bürgerlichen Ideologie und die Stellung der Generalität; die durch die ,,Innere Führung" erlaubte politische und gewerkschaftliche Stellungnahme der Soldaten ist fast ausschließlich auf den außerdienstlichen Bereich beschränkt. Der Vertrauensmann als Vertretungsorgan insbesondere der Mannschaften und Unteroffiziere hat außer einem Vorspracherecht keinerlei Einfluß auf die wesentlichen militärischen Bereiche. Auch die jetzt noch vorhandenen minimalen demokratischen Rechte der Soldaten werden durch die Kasernierung, meist weit getrennt von Heimat-

ziere. Um tatsächlich von einer demokratischen Armee sprechen zu können, muß der DGB für eine direkte Kontrolle der bewaffneten Macht durch die Massen eintreten. Erste Schritte dazu sind auf jeden Fall die Stärkung der Position des Vertrauensmannes, die heimatnahe Stationierung, die Durchlässigkeit der Laufbahnen und Beseitigung der Bundeswehrhochschulen. Weiterhin sollten die Gewerkschaften und die Betriebsräte direkten Einfluß auf die ,,Gesamtverteidigung", das Territorialheer und die Reservistenorganisierung gewinnen. Eine solche Verwirklichung der Volksbewaffnung ist auch die Bedingung dafür, daß die Arbeiterklasse ihre Interessen nach außen und innen verteidigen kann.

Fehlerberichtigung

In dem Artikel ,,Gewerkschaften und Friedensbewegung. Doppelbeschluß Ja oder Nein?" in KVZ Nr. 30/81, S. 14, muß es in dem Satz: ,,Tatsächlich muß über eine alternative Verteidigungspolitik diskutiert werden, die Stationierung von Mittelstreckenraketen ist ja z.B. auch nicht einfach verrückt", statt Stationierung Seestationierung heißen.

pien der ,,Inneren Führung" einschließlich der Garantie des Koalitionsrechtes für die Soldaten sieht der DGB eine demokratische und parlamentarische Kontrolle der Armee und für den

Kontrolle der Bundeswehr verstärkt worden. Diese Zugeständnisse an die SPD, die Gewerkschaften und deren Kampf gegen die Wiederbewaffnung sind aber seit der Konsolidierung des

Dokumente und Stellungnahmen

DGB-Grundsatzerklärung 21.11.1950

,,Die deutschen Gewerkschaften haben zur Frage der Wiederbewaffnung bereits in der Vergangenheit wiederholt und eindeutig Stellung genommen. Sie sind auf Grund der geschichtlichen Erfahrungen und der gegenwärtigen und besonderen deutschen Situation gegen die Errichtung einer selbständigen deutschen Armee."

(...)

,,Die Beteiligung Deutscher an militärischen Sicherheitsmaßnahmen für Europa setzt voraus, daß eine echte Einheit der freien und gleichberechtigten Völker Europas geschaffen sowie kollektive Sicherheitsmaßnahmen der übrigen freien Welt getroffen werden. Dabei muß die demokratische Kontrolle aller militärischen Formationen und besonders ihres Führerkorps gesichert sein."

Grundsätze für die gewerkschaftliche Arbeit in bezug auf die Bundeswehr. 4. Bundeskongreß des DGB, 1. bis 4. Oktober 1956

,,1. Entschiedene Abwehr aller Versuche reaktionärer und nationalistischer Elemente, die Wiederbewaffnung für politische und militärische Ziele auszunutzen.

2. Verhinderung der Entstehung eines Staates im Staate – ähnlich wie in den Tagen der Weimarer Republik – durch wirksame demokratische und parlamentarische Kontrolle der Bundeswehr.

3. Abwehr der Bestrebungen, die eine vormilitärische Erziehung der Jugend zum Ziel haben.

4. Sicherung und Erweiterung der demokratischen Rechte.

5. Soziale Konsolidierung der Bundesrepublik."

Erlaß des Bundesministers der Verteidigung: ,,Koalitionsrecht der Soldaten – gewerkschaftliche Betätigung" vom 9.5.1967

,,1. Der Soldat hat wie jeder andere Staatsbürger das Recht zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen, Berufs- und Fachverbände zu bilden, solchen Vereinigungen beizutreten und für sie tätig zu werden. Dies gilt auch für den Beitritt und die Betätigung der Gewerkschaften.

2. Die Betätigung im Rahmen des Koalitionsrechts findet ihre Grenzen in den gesetzlich begründeten Pflichten des Soldaten. Dienstliche Belange können weitere Einschränkungen gebieten."

Programm der ÖTV, Fachgruppe Soldaten ,,Information '68"

,,Der Soldat soll darüber informiert werden, daß sich die Tätigkeit in der ÖTV weder gegen die Existenz noch gegen das besondere Sicherheitsbedürfnis der Bundeswehr richtet. Unkenntnis über die gewerkschaftliche Tätigkeit hat oft Menschen innerhalb und außerhalb der Bundeswehr zur Voreingenommenheit und Fehlschlüssen verleitet. Die Gewerkschaft ÖTV, die sich für den Staat ebenfalls voll verantwortlich fühlt, hat ein Interesse daran, allen Menschen, die im öffentlichen Dienst tätig sind, die vom Gesetzgeber festgelegte demokratische Freiheit zu sichern. Das gilt auch für die Soldaten. Wenn der Beirat einer so großen Gesellschaft ... einen solchen Beschluß faßt (gemeint ist obiger Erlaß, d. Verf.), ist das ein Zeichen dafür, daß man gewillt ist, das abzubauen, was bisher als starke Trennung zwischen der Gewerkschaftsbewegung und den Streitkräften stand."

,,Hinsichtlich des Art. 9 Absatz 3 GG (Koalitionsfreiheit, d. Verf.) war der Ausschuß einhellig der Meinung, daß sich aus diesem Absatz – falls er überhaupt für den Wehrpflichtigen von Bedeutung sein sollte – kein Streikrecht für den Soldaten ergebe und daß die Mitgliedschaft eines Wehrpflichtigen bei der Gewerkschaft, der er auf Grund seines Zivilberufes angehört, unangetastet bleibt."

Erlaß des Bundesministers für Verteidigung 24.11.1971 (Sozialliberale Koalition, Schmidt Verteidigungsminister)

,,1. Die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den beiden Berufsorganisationen ist von den Einheitsführern, Kommandeuren und Dienststellenleitern zu fördern. Insbesondere sollen sie Vertretern dieser Organisationen auf Wunsch Gelegenheit geben, ihre Anliegen vorzutragen.

2. Truppendienstliche Angelegenheiten gehören nicht zum Aufgabenbereich der Berufsorganisationen." (Weiterhin werden den Berufsorganisationen (DGB und Bundeswehrverband) unter bestimmten Bedingungen Veranstaltungen in Bundeswehreinrichtungen erlaubt.)

DGB-Vorsitzender Vetter vor der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg am 30.6.1981

,,Unsere Beschlüsse der Jahre 1950 bis 1957 sind mittlerweile durch den Verlauf der Dinge überholt. Zur Frage der Friedenssicherung und der weltweiten Abrüstung gibt es mittlerweile neue Meinungsäußerungen des DGB. An diesen wollen wir gemessen werden. Soweit zur Geschichte. Heute sehe ich keine Gefahr, daß die Armee wiederum zu einer Gefahr für die Demokratie werden könnte. Politisch und verfassungsrechtlich ist alles getan worden, um die bewaffnete Macht in den demokratischen Staat spannungsfrei einzubauen.

Die Bundeswehr steht unter ziviler Führung, sie ist Teil der Exekutive und unterliegt damit der parlamentarischen Kontrolle. Ihr Auftrag ist rein defensiver Natur nach außen, und sie fügt sich in die Friedenspolitik der Bundesregierung ein."

Auszüge aus der ,,Plattform" DGB – Bundeswehr: ,,Gemeinsame Erklärung für die künftige Zusammenarbeit"

FAZ: So heißt es in einer gemeinsamen Erklärung, Bundeswehr und Gewerkschaft hätten, jede auf ihrem Gebiet, ,,eine unverzichtbare Funktion für unseren demokratischen Staat". Im Gegensatz zu früheren Epochen betrachteten Bundeswehr und Gewerkschaften es übereinstimmend als ihre Aufgabe, ,,unseren freiheitlichen, demokratischen und sozialen Rechtsstaat zu erhalten und die vom Grundgesetz gewährleistete Freiheit politischer und sozialer Selbstverwirklichung zu schützen".

,,Wunsch und Sehnsucht nach Frieden reichen aber allein nicht aus. Die Bundesrepublik Deutschland ist durch ihre geografische Lage eingefügt in das internationale Spannungsfeld mit seinen tatsächlichen und möglichen Gefahren. Sie kann sich dem nicht entziehen, sondern hat als Partner in dem kollektiven Sicherheitsbündnis der NATO mit anderen freien Völkern gemeinsam Verantwortung und Risiken zu tragen. Frieden muß erst möglich gemacht werden durch Selbstbehauptungswillen und Verteidigungsfähigkeit. Dadurch wird eine auf Krisenbewältigung und Entspannung gerichtete Friedenspolitik möglich."

DGB-Nachrichtendienst, 23.7.1981: ... daß das Verhältnis zwischen bewaffneter Macht und Gewerkschaften in der Vergangenheit in Deutschland starken Belastungen ausgesetzt gewesen sei. Bewaffnete Macht sei auch ein Mittel des Obrigkeitsstaates gewesen, die Forderungen der organisierten Arbeitnehmerschaft und die Entfaltung des demokratischen Willens der Bürger zu unterdrücken. Das habe sich inzwischen grundsätzlich geändert, sagte Schmidt (DGB). Dem werde auch in folgender Aussage in der gemeinsamen Erklärung Rechnung getragen, wo es heiße: ,,Überkommene gegenseitige Vorbehalte aus diesem historischen Spannungsverhältnis entbehren heute jeglicher Grundlage. Das Festhalten an Vorbehalten würde die Erfüllung der im Interesse aller Bürger und dieses Staates liegenden Aufgaben stören und behindern. Die Bundeswehr und der Deutsche Gewerkschaftsbund sind darum entschlossen, solche Vorbehalte auszuräumen."

Marius Müller-Westernhagen:

„Mein Prinzip ist es, keine Moral zu bieten"

cad. Marius Müller-Westernhagen, zur Zeit einer der erfolgreichsten deutschen Kinostars und genauso erfolgreicher deutscher Rockstar mit satirischen, ja teilweise bösartigen Texten, was wohl auch seine Sympathien und vor allem auch Antipathien ausmacht. Er besingt Probleme direkt und offen, und seine Anmache ist häufig recht platt und hart. In seinen Texten kritisiert er die kleinbürgerlichen Verhaltensweisen und Normen, ohne nun aber dabei besonders tief vorzustoßen.

Hört man sich jedoch die erste LP an, hört man noch einen melodischen, fast schlagerartigen Müller-Westernhagen. Er begründet es so: „Hinter der ersten LP stehe ich immer noch voll, weil ich damals einfach so war. Ich war damals sehr sentimental, deshalb waren die Titel auch sentimental." Bei der dritten wird er schon direkter und im Musikstil härter. Er besingt das „verdammte" Pflichtgefühl und das Abhauen, was man dann doch nicht wagt. Jedoch kommen auch hier noch melancholisch-sentimentale Stücke vor, wie „Allein krieg ich's nicht hin", wo er jemanden sucht, um seine Träume in die Wirklichkeit umzusetzen. Danach nahm er die LP „Mit Pfefferminz bin ich Dein Prinz" auf, harter Rock mit kritischen Stücken wie „Ich möcht zurück auf die Straße", wo er den Lebenslauf eines hochgekommenen Rockstars besingt und sich zurücksehnt nach den alten Zeiten ohne Geld. Oder er geißelt bissig die Zuhälterei. Bei diesem Album setzt er das Saxophon als Begleitinstrument ein, und sein Gesang ist locker, bewußt schrill und falsch. Er sagt dazu: „Am Anfang habe ich nur autobiografisch geschrieben, fast die ganze erste LP, große Teile der zweiten ebenfalls. Und da ich über meine Probleme geschrieben habe, war es auch eine Selbstanalyse. Durchs Aufschreiben abstrahiert man ja, du hast es vor dir, kannst es lesen, und dir wird manches vorher klarer. Nach der dritten Platte habe ich mich halt hingesetzt und mir gesagt: Mein Gott, eigentlich warst du viel besser in deiner Amateurzeit, wo du einfach das rausgekotzt hast, was dich bewegt hat, und ich bin wieder zum Anfang zurückgekehrt. So kam „Mit Pfefferminz bin ich Dein Prinz" zustande.

Die letzte LP „Stinker", womit er auch auf Tournee geht, ist in den Musikrichtungen die vielfältigste Platte. Besonders fällt hier das Stück „Von drüben" auf, wo er bewußt auf die Liedermacher oder Stars wie Nina Hagen oder Wolf Biermann losgeht, die in der DDR nicht das singen durften, was sie gerne singen würden und somit „dort drüben" keine Auftrittsmöglichkeiten bekommen und sich dann in die BRD absetzen. Marius Müller-Westernhagen sagt dazu überspitzt davon aus, daß diese Leute hier gute Plattenumsätze verbuchen können und daß die westdeutschen Plattenfirmen hier eine Marktlücke entdeckt haben. Er vergißt die Realität der politischen Unterdrückung in der DDR und wirft ihnen Geschäftemacherei vor. Das geht im wesentlichen an den Tatsachen vorbei.

Eine Stärke Marius Müller-Westernhagens gegenüber Udo Lindenberg ist, daß sich keine LP gleicht, weder musikalisch noch vom Text. Er selbst sagt dazu: „Die Wiederholungszwänge sind natürlich heute, wo ich Erfolg habe, noch stärker. Wenn du Erfolg hast, dann kommst du auf eine Etage, wo auf einmal all die Leute sitzen, die du immer bekämpft hast, die dich immer behindert haben, und die sagen schlicht: ‚Welcome to the Club'. Es gibt jetzt jede Menge Leute, die versuchen, mir den Arsch zu küssen, das ist wahnsinnig. Aber ich will mich nicht korrumpieren lassen, ich finde, man muß im Erfolg die alten Feinde behalten. Ich lasse mich nicht bestechen."

Marius Müller-Westernhagen wird oft mit Udo Lindenberg in eine Schublade geworfen, was man zwar nicht verstehen kann, denn es gibt große Unterschiede zwischen beiden. Marius Müller-Westernhagen hat sie noch am besten herausgearbeitet. „Ich glaube, der entscheidende Unterschied ist der, daß seine Sprache eine Kunstsprache ist, während meine Sprache eine ist, die passiert. Wenn ich ein Stück schreibe, das im Arbeiter-Milieu spielt, dann gebrauche ich die Sprache, die dort gesprochen wird, damit es stimmt. Udo gebraucht dagegen eine Kunstsprache, die nur den Eindruck vermittelt, es sei eine Sprache der Jugendlichen. Und musikalisch trennen uns Welten. Man hat es sich ja einige Jahre sehr einfach gemacht: Jeder, der mit deutschen Texten gearbeitet hat, wurde als Lindenberg-Kopie angesehen, was blödsinnig war. Dazu kommt noch, daß Udo Anti-Gewalt-Lieder, Anti-Alkohol-Lieder, Anti-Rauschgift-Lieder singt. Mein Prinzip ist es, keine Moral zu bieten. Ich erzähle einfach Geschichten, und ich erzähle sie so, wie sie wahr sind, wie sie sich zutragen. Deshalb sind die Männer in meinen Songs so frauenfeindlich, weil: Sie sind nun mal so. Nach wie vor. Ich erhebe da nicht den Zeigefinger. Wenn man überhaupt etwas erreichen kann durch Kunst, dann bestenfalls, daß Leute sich wiedererkennen in Geschichten und sich dann vielleicht – aber man hat darauf keinen Einfluß – Gedanken machen. Ich habe die Hoffnung – durch die letzte Tournee, wo ich gesehen habe, daß junge Leute voller Inbrunst Lieder wie „Hermann" oder „Der Junge auf dem weißen Pferd" mitsangen, wo eine gewisse Traurigkeit hochkam –, daß die Leute erkennen, was ich gemeint habe, und es dann für sich ändern. Aber ich halte es nicht für gut, Moral anzubieten. Weil Moral hat für mich schon wieder etwas mit Einlullen und Zufriedenheit zu tun. Das ist auch die Crux mit den Liedermachern: dieser niedliche Protest, immer Jungs mit Gitarre, die ungeheuer kritisch sind, aber sie tun eigentlich niemandem weh. Nur, solange dir nicht weh getan wird, machst du dir auch keine Gedanken."

Die Zitate sind aus einem Interview in der Frankfurter Rundschau vom 4.7.1981

GANZ ALLEIN KRIEG ICH'S NICHT HIN

ich wäre gern manchmal im zirkus ein clown
fiel ich auf die fresse, würden die leute sich freuen
das tun sie zwar jetzt auch – was ich nicht versteh
sie tun es heimlich, und das tut mir weh

ich wäre gern manchmal so richtig cool
es würd' mich nicht kratzen
wenn du sagst: „du bist ein fool"
ich säße nur da auf meinem stuhl
und sagte gelangweilt: „fool reimt sich auf cool"

ich würde so gerne 'ne kirche mir kaufen
und mich mit dem pfaffen schrecklich besaufen
doch arm bleibt nun mal arm
das sagen sie, doch das ist ein schmarren
ich werde niemals daran glauben
daß sie zu hoch hängen, die trauben
ich mach mich groß, streck aus die hand
wenn du mir hilfst, reich ich heran

ich wäre gern manchmal so ein richtiger mann
wenn dich einer anfaßt, dann rausch ich heran
ich frag auch nicht lange, ich hau einfach zu
wie das so'n richtiger mann ja wohl tut

ich würde so gern mal was großes schreiben
und bei all dieser größe einfach marius bleiben
doch arm bleibt nun mal arm
das sagen sie, doch das ist ein schmarren
ich werden niemals daran glauben
daß sie zu hoch hängen, die trauben
ich mach mich groß, streck aus meine hand
wenn du mir hilfst, reich ich heran

ich werf die beute dir zu
los fang, wir melken die kuh
he, bleib, wo läufst du denn hin
ganz alleine krieg ich's nicht hin

WILLI WUCHER

Willi Wucher, Hehlerkönig
Willi weiß, wer wo was will
Zu Willi geht man, ist man Stehler
Willi hält dicht, doch er zahlt nicht viel

Willi bringt die Bullen auf die Fährten
Auf die falschen, wie sich wohl versteht
Willi verkaufte Stadtrat Meier
Ne goldne Schweizer, die nicht geht

An Willis Tür, da hängt ein Schild:
Import-Export steht da drauf
Duch diese Türe gingen schon Herren,
Die boten Mütter zum Verkauf

Willi importiert auch Lust
Exoten hat er stets am Lager
Willi besorgt dir auch 'nen Schuß
Alles für Cash und keine Fragen

Samstags geht Willi gern zum Fußball
Auf der Tribüne ein Ehrenplatz
Der Präsident umarmt dann Willi
Weil der was zugibt zum Umsatz

Ich sah Willi nie mit Frauen
Und die Jungs erzählen sich Witze
Der Willi würd auf Knaben stehn
Besonders Griechen fand er Spitze

Ich weiß auch nicht, wo Willi herkam
Denn er war eigentlich immer schon hier
Er spricht so'n kleines bißchen rheinisch
Und er trinkt gern dunkles Bier.

ZIEH DIR BLOSS DIE SCHUHE AUS

Deine Mutter sagte: Klaus, zieh dir bloß die Schuhe aus
Und dein Lehrer sagt, daß du fürs Leben lernst
Doch das Leben ist so fern
Das Arbeitsamt, das sagte dann, was der Klaus am besten kann
Deine Eltern suchten dir Sabine aus
Ihr Vater hat in Köln ein Haus

Klaus, nun wehr dich doch
Verdammt, du träumtest doch davon, dein eigener Herr zu sein

Dein Chef, der sagte dann zu dir: wenn Sie sich sputen, glauben Sie mir,
Werden Sie bei mir nochmal ein reicher Mann
Genug geredet, fangen Sie an!
Seit fünf Jahren bist zu schon bei der Firma Gott&Sohn
Und der Herr Gott, der wirklich sehr lieb war,
Erhöhte neulich deinen Lohn

Klaus, nun wehr dich doch
Verdammt, du träumtest doch davon, dein eigener Herr zu sein

Zu Besuch kommt Sonntags immer deine Mutter, was ist schlimmer?
Und macht dubidubi mit deinem kleinen Sohn
Du tust freundlich – blanker Hohn
Vorn paar Wochen hattest du ein Verhältnis mit Frau Schuh
Doch die hatte bald von dir die Nase voll
Du erfülltest nicht dein Soll

Klaus, nun wehr dich doch
Verdammt, du träumtest doch davon, dein eigener Herr zu sein

Dein Sohn, bald vierzehn, sagte still, daß er Tänzer werden will,
Deine Antwort war: Das schlag dir aus dem Kopf
Tänzer, schwul und nichts im Topf
Deine Mutter sagte: Klaus, zieh dir bloß die Schuhe aus
Und dein Lehrer sagt, daß du fürs Leben lernst
Doch das Leben blieb dir fern

acm. Die Auseinandersetzung um die Würdigung aller Kräfte, die im Widerstand gegen den Faschismus standen, ist nicht beendet. Zu oft bleibt der or-

„Er war sechzehn, als man ihn hängte"

meinschaft" nur beschränkt wirken, denn die Klassenerfahrung, die Lage der Arbeiterklasse stand dem entgegen.

es würd' mich nicht kratzen
wenn du sagst: „du bist ein fool"
ich säße nur da auf meinem stuhl
und sagte gelangweilt: „fool reimt sich auf cool"
ich würde so gerne 'ne kirche mir kaufen
und mich mit dem pfaffen schrecklich besaufen
doch arm bleibt nun mal arm
das sagen sie, doch das ist ein schmarren
ich werde niemals daran glauben
daß sie zu hoch hängen, die trauben
ich mach mich groß, streck aus die hand
wenn du mir hilfst, reich ich heran
ich wäre gern manchmal so ein richtiger mann
wenn dich einer anfaßt, dann rausch ich heran
ich frag auch nicht lange, ich hau einfach zu
wie das so'n richtiger mann ja wohl tut
ich würde so gern mal was großes schreiben
und bei all dieser größe einfach marius bleiben
doch arm bleibt nun mal arm
das sagen sie, doch das ist ein schmarren
ich werden niemals daran glauben
daß sie zu hoch hängen, die trauben
ich mach mich groß, streck aus meine hand
wenn du mir hilfst, reich ich heran
ich werf die beute dir zu
los fang, wir melken die kuh
he, bleib, wo läufst du denn hin
ganz alleine krieg ich's nicht hin

Auf die falschen, wie sich wohl versteht
Willi verkaufte Stadtrat Meier
Ne goldne Schweizer, die nicht geht
An Willis Tür, da hängt ein Schild:
Import-Export steht da drauf
Duch diese Türe gingen schon Herren,
Die boten Mütter zum Verkauf
Willi importiert auch Lust
Exoten hat er stets am Lager
Willi besorgt dir auch 'nen Schuß
Alles für Cash und keine Fragen
Samstags geht Willi gern zum Fußball
Auf der Tribüne ein Ehrenplatz
Der Präsident umarmt dann Willi
Weil der was zugibt zum Umsatz
Ich sah Willi nie mit Frauen
Und die Jungs erzählen sich Witze
Der Willi würd auf Knaben stehn
Besonders Griechen fand er Spitze
Ich weiß auch nicht, wo Willi herkam
Denn er war eigentlich immer schon hier
Er spricht so'n kleines bißchen rheinisch
Und er trinkt gern dunkles Bier.

Klaus, nun wehr dich doch
Verdammt, du träumtest doch davon, dein eigener Herr zu sein
Dein Chef, der sagte dann zu dir: wenn Sie sich sputen, glauben Sie mir,
Werden Sie bei mir nochmal ein reicher Mann
Genug geredet, fangen Sie an!
Seit fünf Jahren bist zu schon bei der Firma Gott&Sohn
Und der Herr Gott, der wirklich sehr lieb war,
Erhöhte neulich deinen Lohn
Klaus, nun wehr dich doch
Verdammt, du träumtest doch davon, dein eigener Herr zu sein
Zu Besuch kommt Sonntags immer deine Mutter, was ist schlimmer?
Und macht dubidubi mit deinem kleinen Sohn
Du tust freundlich – blanker Hohn
Vorn paar Wochen hattest du ein Verhältnis mit Frau Schuh
Doch die hatte bald von dir die Nase voll
Du erfülltest nicht dein Soll
Klaus, nun wehr dich doch
Verdammt, du träumtest doch davon, dein eigener Herr zu sein
Dein Sohn, bald vierzehn, sagte still, daß er Tänzer werden will,
Deine Antwort war: Das schlag dir aus dem Kopf
Tänzer, schwul und nichts im Topf
Deine Mutter sagte: Klaus, zieh dir bloß die Schuhe aus
Und dein Lehrer sagt, daß du fürs Leben lernst
Doch das Leben blieb dir fern

Songs so frauenfeindlich, weil: Sie sind nun mal so. Nach wie vor. Ich erhebe da nicht den Zeigefinger. Wenn man überhaupt etwas erreichen kann durch Kunst, dann bestenfalls, daß Leute sich wiedererkennen in Geschichten und sich dann vielleicht – aber man hat darauf keinen Einfluß – Gedanken machen. Ich habe die Hoffnung – durch die letzte Tournee, wo ich gesehen habe, daß junge Leute voller Inbrunst Lieder wie „Hermann" oder „Der Junge auf dem weißen Pferd" mitsangen, wo eine gewisse Traurigkeit hochkam –, daß die Leute erkennen, was ich gemeint habe, und es dann für sich ändern. Aber ich halte es nicht für gut, Moral anzubieten. Weil Moral hat für mich schon wieder etwas mit Einlullen und Zufriedenheit zu tun. Das ist auch die Crux mit den Liedermachern: dieser niedliche Protest, immer Jungs mit Gitarre, die ungeheuer kritisch sind, aber sie tun eigentlich niemandem weh. Nur, solange dir nicht weh getan wird, machst du dir auch keine Gedanken."

Die Zitate sind aus einem Interview in der Frankfurter Rundschau vom 4.7.1981

„Er war sechzehn, als man ihn hängte"

Dokumente des Kampfes der Arbeiterjugend gegen den Faschismus

acm. Die Auseinandersetzung um die Würdigung aller Kräfte, die im Widerstand gegen den Faschismus standen, ist nicht beendet. Zu oft bleibt der organisierte Widerstand der Arbeiterbewegung unterbelichtet und muß sich durch Analysen in den Vordergrund drängen. Auch über den Kampf der Jugend, insbesondere der Arbeiterjugend, konnte man bislang wenig erfahren. Das hat sich in den letzten Monaten geändert.

Ein Theaterstück in Köln, „Edelweißpiraten sind treu", und vor allem Bücher tragen dazu bei. Die Edelweißpiraten, oder auch Kittelbachpiraten, Navajos, Ruhrpiraten, Kanalpiraten oder Fahrtenstenze genannt, waren im Rheinland und im Ruhrgebiet weit verbreitet, und setzten sich aus tausenden jungen Arbeitern zwischen 14 und 17 Jahren zusammen. So hatten sie neben den illegalen Gruppen junger Sozialdemokraten und Kommunisten, christlicher Jugendlicher beider Konfessionen oder der Bündischen Jugend, eine große Bedeutung.

Ein politisches Programm hatten die Edelweißpiraten nicht. Inspiriert waren sie von der Bündischen Jugend, die wie die anderen Jugendorganisationen der politischen Parteien 1933/34 verboten wurde. Einflüsse zeigen sich auch aus der Ideologie der Pfadfinder. Das bedeutet, die Gruppeninteressen formulierten sich vor allem um Sachen wie Wandern und Dampferfahrten, Lagerfeuer- und Fahrtenromantik bis hin zu einer eigenen Kleidung, die deutlich von der herrschenden Norm abwich. War das Edelweißabzeichen ein Erkennungsmerkmal aller, so gaben ihnen Manchesterhosen, bunt karierte Hemden, Halstücher, auffällende Gürtel und weiße Kniestümpfe ein besonderes Aussehen.

Und warum standen sie in völliger Gegnerschaft zur Hitlerjugend? Was machte ihren Widerstand aus?

In seinem Buch *„Er war sechzehn, als man ihn hängte. Das kurze Leben des Bartholomäus Schink"*, führt *Alexander Goeb** aus: „Die Edelweißpiraten verstanden sich und ihre Aktivitäten als Protest gegen das normierte Gruppenleben der Hitlerjugend. Sie haßten den militärischen Druck der HJ. Und sie haßten die Ideologie der Nazis ... Ihre Opposition gegen den Nationalsozialismus, die tagtäglichen Konfrontationen mit der Gewalt der Nazis, das waren verbindende Momente, die die Jugendlichen zusammenschlossen und zu einer emotionalen Protesthaltung führten." Goeb versucht entlang einer konstruierten Romanhandlung die Lebensweise und Kampfformen der Edelweißpiraten zu schildern. Die Geschichte des 16jährigen Bartholomäus Schink – die die Faschisten im Jahre 1944 zusammen mit fünf Freunden erhängen ließen –, konzentriert sich sehr auf die moralische Zeichnung seiner Figuren. Trotzdem bleibt, für einen Roman, der Ablauf der Handlung – mit Wehrmachtsprotokollen und Verfolgungsdokumenten der Edelweißpiraten durchsetzt – ein wenig blaß. Die Romanhandlung verhindert ein bißchen die Rekonstruktion der Fakten. Die Beweggründe und Entwicklung des Widerstandes werden aus „Schlüsselerlebnissen" hergeleitet: Bartholomäus muß als kleiner Junge erleben, wie sein Onkel, der Jude ist, in der „Reichskristallnacht" von Nazigruppen erschlagen wird. Aber mit solchen „Schlüsselerlebnissen" allein kann nicht das Zusammenströmen dieser Gruppen erklärt werden.

Und so bleibt das Interessanteste an dem Buch ein Anhang, in dem der Nachweis erbracht wird, daß die Behörden der BRD die Edelweißpiraten nicht als politisch Verfolgte und Widerstandskämpfer anerkannten. Ja, daß selbst der Bundespräsident 1979 die Edelweißpiraten mit einer kriminellen Gruppe Jugendlicher titulierte.

Gegen solcherlei Anschauungen und Vorwürfe ist das Buch *„Die Edelweißpiraten. Protestbewegung jugendlicher Arbeiter im Dritten Reich"*** von *Detlev Peukert* ein heilsames Mittel. Durch eine Unmenge von Dokumenten, auch wie die Faschisten selber diese Bewegung in ihren Studien einschätzten, bleibt nichts im dunkeln. Alles wird dokumentarisch belegt: Lieder und Flugschriften, Konflikte am Arbeitsplatz bis hin zur Sabotage, die Zusammenarbeit mit Zwangsarbeitern in den Fabriken und die Hilfe für verfolgte Juden, die Konflikte mit der HJ, die Lebensweise der Edelweißpiraten und anderer Gruppen. Dadurch wird das oberflächliche Bild von – mit Pistolen und Maschinengewehren durch die Stadtteile streunenden und die „Öffentlichkeit verunsichernden" – jugendlichen Kriminellen ad absurdum geführt. Die sich steigernden Aktivitäten, bis hin zu bewaffneten Gruppenüberfällen, erklären sich aus der Verschärfung des Drucks der Faschisten, aus dem Versuch, die etwas älteren noch an die Front zu bringen. Die Edelweißpiraten kamen faktisch unter Illegalitätsdruck (ab ca. 1940), während sie sich früher noch relativ frei bewegen konnten. Jetzt mußten sie sich verstecken in den Trümmern der schon weitgehend zerstörten Städte.

Entlang der Dokumente des „Führerhauptquartiers" wird deutlich, welch große Gefahr die Faschisten in diesen Gruppen sahen, weil deren Tätigkeit auf große Teile der HJ zersetzend wirkten und die Faschisten zunehmend an ideologischem Einfluß verloren. Und so bemüht sich das Buch auch um die Aufklärung des Phänomens: Warum entwickelten sich die Edelweißpiraten und andere Gruppen zu Protest- und Widerstandsbewegungen?

Der Autor stellt fest: 1. die HJ mußte als paramilitärische Organisation auf bestimmte Teile der Jugend sogleich abstoßend wirken, weil sie individuelle Freiheiten und Lebensäußerungen nicht zuließ und erkämpfte Freiräume einschränkte. 2. Für die Kinder aus den Arbeiterschichten konnte eine Illusion von der „Volksgemeinschaft" nur beschränkt wirken, denn die Klassenerfahrung, die Lage der Arbeiterklasse stand dem entgegen. 3. Ein gesteigertes Selbstvertrauen durch „eigenhändige Arbeit" (die meisten Edelweißpiraten waren ja Arbeiter, oder gerade in der Ausbildung) war eine Basis für den selbständigen Zusammenschluß.

Es leuchtet ein, daß alle Zwangsmaßnahmen der Faschisten die Jungen nur noch enger zusammenhielt und sie herausforderte. So ist auch ihr Kampf ein Beispiel für den Widerstand gegen den Faschismus.

Zum Schluß wirft Peukert, im Gegensatz zu Goeb, für den das völlig klar ist, die Frage auf: Waren die Edelweißpiraten Widerstandskämpfer? Peukert: „Vieles spricht dafür, bei einem engen exakt bestimmten Begriff von Widerstand zu bleiben, der nur solches Handeln umfaßt, das auf den Sturz des NS-Regimes unmittelbar oder mittelbar hinzielte. Einen solchen bewußten und politisch gezielten Widerstand haben die Edelweißpiraten nicht geleistet, konnten 14- bis 17jährige Arbeiterjugendliche damals auch wohl gar nicht leisten. Es gab unter den Edelweißpiraten einzelne politische Widerstandskämpfer, aber eben nur einzelne." Für ihn gehören die Edelweißpiraten „in ein breites Feld von Nonkonformismus, von Verweigerung und Protest". Die Frage ist aber, ob bei der herrschenden Rechtsgestaltung nicht doch der Protest und Kampf der Edelweißpiraten *objektiv, von seiner Wirkung her*, ein Bestandteil des Widerstandskampfes war. Das müßte man schon bejahen.

*) rororo-Panther, Nr. 4768, 5,80 DM.
**) Bund-Verlag, 24,80 DM.

„Das Polnische Plakat – von 1892 bis heute“

wes.Dinslaken. Dies war der Titel einer Ausstellung der Städtischen Galerie im Schloß Oberhausen, die am vergangenen Wochenende zu Ende ging. Begleitet wurde die Plakat-Ausstellung durch eine „Dokumentation zur Geschichte der polnischen Bergarbeiter im Ruhrgebiet und Daten zur Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen von 1764 bis heute“. Die Plakatausstellung wurde in Zusammenarbeit des Plakatmuseums in Wilanów und der Hochschule für Künste West-Berlin durchgeführt.

Welche Bedeutung die polnischen Plakate für die bildnerische Kunst in Polen wie für die bildnerische Kunst überhaupt haben, kann man schon daran erkennen, das das Plakatmuseum in Wilanów das erste Plakatmuseum auf der Welt war.

Auffallend sind, besonders wenn man davon ausgeht, womit wir hier in Westdeutschland durch Plakate konfrontiert werden, die Anwendungsbereiche und die Darstellungsvielfalt der polnischen Plakate. Bis in die 30er Jahre nahm die Werbung für Waren einen großen Raum bei der Plakatkunst ein. Weitere Bereiche waren Kunst- und Sportveranstaltungen (siehe Plakat zur Eishockey-Weltmeisterschaft), Tanzveranstaltungen und die Unterstützung von Kampagnen im Gesundheitswesen. In den 40er Jahren nehmen die Plakate gegen den Faschismus und Krieg, und für den Wiederaufbau des polnischen Staates einen größeren Raum ein.

Ab 1947 versuchen die Kulturbehörden, den sozialistischen Realismus als Leitlinie im Bereich der Kunst zu verankern. Der Wiederaufbau Polens und die Möglichkeit zur Massenproduktion von Plakaten stieß bei den Künstlern auf großes Interesse. Durch zahlreiche Arbeiten versuchten sie, die ihnen gestellte Aufgabe zu erfüllen. Das Plakat „Es lebe der bergmännische Stand!“ ist eines der bekanntesten der Periode des „sozialistischen Realismus“. Diese Periode hatte ihren Höhepunkt 1953/54, verschwand aber nach 1956 völlig.

Mag auch sein, daß die Künstler auf Grund der wirtschaftlichen und politischen Stabilisierung nicht mehr die Notwendigkeit für diese Leitlinie sahen, so ist doch wohl eher der wichtigere Grund darin zu sehen, daß zumeist mit dem was, unter „sozialistischem Realismus“ verstanden wurde, dem Künstler enge inhaltliche und formale Grenzen auferlegt wurden. (Nebenbemerkung: Ob Polen zu diesem Zeitpunkt sozialistisch war oder nicht, braucht hier kein Streitpunkt sein. Was „sozialistischer Realismus“ theoretisch und praktisch bedeutet, ist so klar auch heute nicht.) Wenn z.B. der damalige Minister für Kunst und Kultur, W. Sokorski, sagt: „Die historische Wahrheit unserer Zeit hat Vorrang vor der künstlerischen Wahrheit“, bringt er die historische Wahrheit mit der künstlerischen in einen Gegensatz. Für ihn kann es sich dann nicht darum handeln, durch subjektive Erkenntnis der Wirklichkeit relativ nahe zu kommen. Für ihn gibt es dann nur, was strategisch „Vorrang“ hat. Die Forderung nach Einfachheit und Allgemeinverständlichkeit der künstlerischen Sprache, wird, wenn sie zum Prinzip erhoben wird, die künstlerischen Entwicklungsmöglichkeiten beschränken. Es sei jedoch bemerkt, daß in der VR Polen die Beschränkungen nie so eng gezogen wurden wie in anderen Ländern des Ostblocks. Alle Bereiche der polnischen Kunst haben immer neue Entwicklungen auf dem internationalen Kunstsektor genutzt, um neue Formen der Darstellungsweise zu finden.

Mit der Abkehr vom „sozialistischen Realismus“ verschoben sich auch die Hauptthemen der Plakatkunst. Nicht mehr die „politischen“ Plakate machen den großen Teil der Arbeiten aus, sondern den weitaus größten Teil nehmen Plakate zur Ankündigung von Kulturveranstaltungen ein.

In der polnischen Plakatkunst finden alle Techniken der bildnerischen Kunst Anwendung. Die Fotographie ist jedoch nur ganz gering vertreten, und wenn, dann werden die Fotos meistens verfremdet oder dienen als Ausgangsmaterial für Kollagen. Ein markantes Merkmal für die polnischen Plakate ist aber, in welchem Verhältnis sie zu dem stehen, wofür sie „werben“. Die Wirtschaftsordnung gibt diesem besonderen Charakter der polnischen Plakate eine feste Grundlage. Das Plakat als Mittel der Werbung hat sich besonders nach dem II. Weltkrieg entwickelt. Schuf die Entwicklung der Drucktechniken die Möglichkeit, so war doch die Ursache für die Anwendung der Plakat-Werbung in den Ländern der auf Privateigentum beruhenden Wirtschaftsordnungen, daß sich die Kapitalisten über die Werbung für ihre Produkte eine Vergrößerung ihrer Marktanteile versprachen. Diesem Leitgedanken hatte und hat sich die Gestaltung der Plakate zu unterwerfen.

In Polen gibt es keine auf Privateigentum beruhende Wirtschaftsordnung, geschweige soviel Produkte auf dem Markt, daß versucht würde, mittels Werbung dem Konkurenten Marktanteile abzujagen. Für die Künstler aber ergab dies reiche Entfaltungsmöglichkeiten. Die Vorgaben seitens des Auftraggebers ließen genug Raum. Die polnischen Plakate haben einen hohen eigenständigen künstlerischen Wert. So werden nicht einfach z.B. für ein Film-Plakat Fotos aus Film-Szenen verwendet (siehe als Beispiel das Plakat zu dem Film „L'Affaire de la Gorgon“), sondern der Künstler hat die Möglichkeit, das Thema selber zu gestalten. Da es so ein Werk des jeweiligen Künstlers ist, signieren sie auch ihre Plakate.

In dem Aufsatz von A. Rutkiewicz, Direktorin des Plakatmuseums Wilanów, im Katalog zur Ausstellung heißt es: „Alle die genannten Faktoren, also das Aussparen von Problemen des alltäglichen Lebens, die Freiheit der Aussage, die nicht von den Forderungen einer verbindlichen Sprache eingeengt wird, und die Freiheit von den Zwängen einer kommerziellen Werbung bestimmen die wichtigen Bedingungen, unter denen die Plakatgestalter in Polen arbeiten.“ Die „Aussparung der Probleme des Alltages“ führt A. Rutkiewicz kurz vorher darauf zurück, daß im polnischen Künstlermilieu nicht gern über die alltäglichen Probleme des Lebens gesprochen würde, da man sich in den frühen 60er Jahren zu sehr darauf konzentriert hat. Eine solche Begründung für das Fehlen von deutlichen Bezügen auf die gegenwärtigen Probleme, vor denen Polen steht, hört sich doch ein wenig schwach an. Zahlreiche Intelektuelle haben sich am gegenwärtigen Kampf für demokratische Rechte in Polen beteiligt; warum sollte die Künstler eine Ausnahme bilden? Es wird wohl eher so sein, daß ihre Produkte keinen Eingang ins Plakatmuseum, zumindest nicht in die in Oberhausen gezeigte Ausstellung, fan-

MISTRZOSTWO SWIATA W HOKEJU NA LODZIE KRYNICA 1-8/II-1931

Weltmeisterschaft im Eishockey, Krynica, 1.–8.II.1931, farbiger Offset von Stefan Osiecki, 1930



Es lebe hoch der bergmännische Stana., farbiger Offset von Lucjan Jagodziński, 1952. Dieses Plakat erhielt den 3. Preis auf der I. Gesamtpolnischen Plakatausstellung in Warschau 1953.



Làffaire de la Gorgon, un film de J. Majewski, farbiger Offset von Jan Lenica, 1977. Dieses Plakat erhielt die Auszeichnung beim Wettbewerb um „Das beste Plakat Warschaus – Nov. 1977“.



Keinen Tropfen Wein, Bier, Schnaps! Offset von Waldemar Swierzy, 1962

Anläßlich der Ausstellung ist auch ein Katalog erschienen. In ihm sind alle in der Ausstellung gezeigten Plakate abgebildet. Verkaufspreis während der Ausstellung 20 DM. Erschienen ist er im Vier-Türme-Verlag, 8711 Münsterscharzach.

Weltmeisterschaft im Eishockey, Krynica, 1.–8.II.1931, farbiger Offset von Stefan Osiecki, 1930
Es lebe hoch der bergmännische Stana., farbiger Offset von Lucjan Jagodziński, 1952. Dieses Plakat erhielt den 3. Preis auf der I. Gesamtpolnischen Plakatausstellung in Warschau 1953.
man davon ausgeht, womit wir hier in Westdeutschland durch Plakate konfrontiert werden, die Anwendungsbereiche und die Darstellungsvielfalt der polnischen Plakate. Bis in die 30er Jahre nahm die Werbung für Waren einen großen Raum bei der Plakatkunst ein. Weitere Bereiche waren Kunst- und Sportveranstaltungen (siehe Plakat zur Eishockey-Weltmeisterschaft), Tanzveranstaltungen und die Unterstützung von Kampagnen im Gesundheitswesen. In den 40er Jahren nehmen die Plakate gegen den Faschismus und Krieg, und für den Wiederaufbau des polnischen Staates einen größeren Raum ein.
Ab 1947 versuchen die Kulturbehörden, den sozialistischen Realismus als Leitlinie im Bereich der Kunst zu verankern. Der Wiederaufbau Polens und die Möglichkeit zur Massenproduktion von Plakaten stieß bei den Künstlern auf großes Interesse. Durch zahlreiche Arbeiten versuchten sie, die ihnen gestellte Aufgabe zu erfüllen. Das Plakat „Es lebe der bergmännische Stand!“ ist eines der bekanntesten der Periode
gensatz. Für ihn kann es sich dann nicht darum handeln, durch subjektive Erkenntnis der Wirklichkeit relativ nahe zu kommen. Für ihn gibt es dann nur, was strategisch „Vorrang“ hat. Die Forderung nach Einfachheit und Allgemeinverständlichkeit der künstlerischen Sprache, wird, wenn sie zum Prinzip erhoben wird, die künstlerischen Entwicklungsmöglichkeiten beschränken. Es sei jedoch bemerkt, daß in der VR Polen die Beschränkungen nie so eng gezogen wurden wie in anderen Ländern des Ostblocks. Alle Bereiche der polnischen Kunst haben immer neue Entwicklungen auf dem internationalen Kunstsektor genutzt, um neue Formen der Darstellungsweise zu finden.
Mit der Abkehr vom „sozialistischen Realismus“ verschoben sich auch die Hauptthemen der Plakatkunst. Nicht mehr die „politischen“ Plakate machen den großen Teil der Arbeiten aus, sondern den weitaus größten Teil nehmen Plakate zur Ankündigung von Kulturveranstaltungen
Làffaire de la Gorgon, un film de J. Majewski, farbiger Offset von Jan Lenica, 1977. Dieses Plakat erhielt die Auszeichnung beim Wettbewerb um „Das beste Plakat Warschaus – Nov. 1977“.
Keinen Tropfen Wein, Bier, Schnaps! Offset von Waldemar Swierzy, 1962
Anläßlich der Ausstellung ist auch ein Katalog erschienen. In ihm sind alle in der Aus-
Rechte in Polen beteiligt; warum sollte die Künstler eine Ausnahme bilden? Es wird wohl eher so sein, daß ihre Produkte keinen Eingang ins Plakatmuseum, zumindest nicht in die in Oberhausen gezeigte Ausstellung, fanden.





„Robotnicy '80“

gek. Wie kürzlich berichtet (KVZ 29/80), ist auf der Pressekonferenz der Initiative „Solidarität mit Solidarność“ der polnische Film „Die Arbeiter '80“ zum ersten Mal in der BRD vorgestellt worden und ist ab jetzt im Verleih.

Was ist der Film „Arbeiter '80“? Ein authentisches Dokument über den Streik und die Verhandlungen auf der Danziger Lenin-Werft im letzten August. Daß der Film überhaupt zustande kam und (in begrenztem Umfang) gezeigt werden konnte, war selbst schon eine erste Bresche in die Festung der staatlichen Zensur. Die Streikenden hatten die Zulassung eines Teams von Dokumentarfilmern auf der Werft gefordert, aber erst, nachdem Wajda und andere prominente Regisseure beim Kultusministerium interveniert hatten, durfte ein auf „Neutralität“ verpflichtetes Team in der zweiten Streikwoche auf die Werft. Die Filmer blieben bis zum Sieg in diesem historischen Streik, und sie blieben keineswegs neutral.

Die Ästhetik des Films ist die der Massenaktion selbst. Und eine Massenaktion blieben auch die Verhandlungen zwischen der Delegation der Streikenden und der Regierungskommission, die den größten Teil einnehmen. Denn diese Verhandlungen wurden – wohl erstmals in der Geschichte der Arbeiterbewegung – auf einer Bühne vor den Augen und Ohren des gesamten „Überbetrieblichen Streikkomitees“, und – per Lautsprecher übertragen – vor der gesamten Belegschaft der Werft geführt. „Eine andere Ikonographie der Arbeiter entsteht. Eisenstein und Pudowkin zeigten die Arbeiter als laufende Menge von Menschen, die mit den Beinen Geschichte macht. ‚Arbeiter '80‘ zeigt Menschen mit Gehirnen, die eine klare Vorstellung von politischer Strategie haben“, heißt es in einer Besprechung in der Zeitschrift „filmfaust“ (23/81). Daran ist etwas, wenngleich die Arbeiter in den Filmen Eisensteins (z.B. „Streik“) oder Pudowkins nicht etwa gehirnlos revolutionär dargestellt waren. Richtig ist: die hier dokumentierten Kampfformen der Streikenden von Danzig waren die einer modernen und erfahrenen Arbeiterbewegung.

Die eigentliche künstlerische Verarbeitung des „polnischen Sommer“ wird Wajdas „Mann aus Eisen“ bringen, der auf dem Festival in Cannes im Juni zum ersten Mal gezeigt und prämiert wurde und der demnächst in die Kinos kommen müßte.

„Arbeiter '80“ kann als 16-mm-Film (auch als Video-Cassette) bestellt werden. Er dauert 92 Minuten, d.h. man kann ihn sehr gut auch für Diskussionsveranstaltungen verwenden. Alle Erlöse gehen in die Spendensammlung der „Solidarität mit Solidarność“ ein. Nach Auskunft des Verleihs sind für August noch Termine frei. Danach kommt der Film in die Kinos.

Eisenstein und Pudowkin zeigten die Arbeiter als laufende Menge von Menschen, die mit den Beinen Geschichte macht. ‚Arbeiter '80‘ zeigt Menschen mit Gehirnen, die eine klare Vorstellung von politischer Strategie haben“, heißt es in einer Besprechung in der Zeitschrift „filmfaust“ (23/81). Daran ist etwas, wenngleich die Arbeiter in den Filmen Eisensteins (z.B. „Streik“) oder Pudowkins nicht etwa gehirnlos revolutionär dargestellt waren. Richtig ist: die hier dokumentierten Kampfformen der Streikenden von Danzig waren die einer modernen und erfahrenen Arbeiterbewegung.
Die eigentliche künstlerische Verarbeitung des „polnischen Sommer“ wird Wajdas „Mann aus Eisen“ bringen, der auf dem Festival in Cannes im Juni zum ersten Mal gezeigt und prämiert wurde und der demnächst in die Kinos kommen müßte.
„Arbeiter '80“ kann als 16-mm-Film (auch als Video-Cassette) bestellt werden. Er dauert 92 Minuten, d.h. man kann ihn sehr gut auch für Diskussionsveranstaltungen verwenden. Alle Erlöse gehen in die Spendensammlung der „Solidarität mit Solidarność“ ein. Nach Auskunft des Verleihs sind für August noch Termine frei. Danach kommt der Film in die Kinos.

Verleihgenossenschaft der Filmemacher
Alfonsstr. 1, 8000 München 19
Telefon 089/1901208

Fernsehvorschau

„Bei den Mujahedin in Afghanistan“

In der Reihe „Blickpunkt Dritte Welt“ wird ein Filmbericht des Hamburgers Christian Sterley gebracht, der im August 1980 afghanische Freiheitskämpfer bis in die Nähe des umkämpften Salang-Passes begleitete und auch vor kurzem wieder bei den Mujahedin war. *Sonntag, 2.8., 21.00 Uhr im Dritten Programm (Gemeinschaftsprogramm Hessen, West und Nord)*

„5 nach 10“ „Ist der Sozialstaat am Ende?“

Über das Thema „Politik und leere Kassen – ist der Sozialstaat am Ende“ sollen sich folgende Personen streiten: Prof. Schiller (SPD), Klose (SPD), Katzer (CDU), Rosenthal (SPD), D. Hensche (Gewerkschaft Druck und Papier) Esther Vilar und „Wirtschaftskolumnist“ Paul C. Martin („Welt am Sonntag“).
Dienstag, 4.8., 22.05 Uhr, ZDF

„Warnung aus dem Käfig“

Peter von Zahn hat sich in einem „Dokumentarspiel“ des Falles eines Wissenschaftlers aus der DDR angenommen, der dem Westen bis 1967 Geheimnisse über die Produktion und Erprobung von chemischen Kampfstoffen zuspielte. Für den Forscher Frucht, der vor drei Jahren (nach 10 Jahren Gefängnishaft) in die BRD kam, waren nach seinen Aussagen militärische Geheimpläne für den Einsatz chemischer Kampfstoffe in Alaska der eigentliche Anlaß, wobei mit Kampfstoffen, die selbst gegen extremste Kältegrade resistent sind, die Radaranlagen der amerikanischen Frühwarnkette in der Arktis ausgeschaltet werden sollten. Frucht selber gibt an, er habe die Sache verraten, weil er als Wissenschaftler in einen Konflikt gekommen sei, die Wissenschaftler keine Verfügungsgewalt über ihre Erkenntnisse mehr hätten und sie nicht veröffentlichen dürften. – Im Anschluß an die Spielhandlung wird ein Gespräch zwischen P. v.Zahn und Frucht gebracht.
Mittwoch, 5.8., 20.15 Uhr, ARD